



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Jahrestagung des Deutschen Städtetags in Dresden:

Investitionskraft der Kommunen stärken

Führungswechsel beim Deutschen Städtetag: Im Rahmen der alle zwei Jahre tagenden Hauptversammlung in Dresden wurde die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse zur neuen Präsidentin des kommunalen Spitzenverbandes gewählt. Sie löst damit Nürnbergs OB Dr. Ulrich Maly ab, der von den Delegierten zum Vizepräsidenten bestimmt wurde. Maly stand seit 2013 an der Spitze des Deutschen Städtetags. Neu im Amt als einer von sechs Stellvertretern der Präsidentin ist Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg.

„Wachsendes Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen für alle sichern“ lautete das Motto der Hauptversammlung 2015, an der mehr als 1.000 Delegierte und Gäste aus allen Teilen der Bundesrepublik teilnahmen. Wie der scheidende Städtetagspräsident Ulrich Maly zu Beginn der Tagung unterstrich, „geht es dabei um nichts weniger als um das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung und um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland“.

Abwärtsspiralen

Laut Maly brennt das Thema nicht allen Städten auf den Nägeln. Probleme wie schwache Wirtschaftskraft, schwierige Sozialstruktur, hohe Sozialausgaben und niedrige Einnahmen sowie schwindende Standortattraktivität konzentrierten sich in einer Reihe von finanzschwächeren Städten und könnten sich dort zu einer Abwärtsspirale verstärken. Doch gehe die Strukturschwäche dieser Städte alle Kommunen an. „Denn wenn immer mehr Kommunen ihre finanziellen Handlungsspielräume und den Anschluss an die allgemeine Entwicklung verlieren, ist die kommunale Selbstbestimmung insgesamt geschwächt. Alle Städte setzen sich deshalb gemeinsam für ausreichende kommunale Finanzmittel ein.“ Städte müssten sich entwickeln und ihren Bürgerinnen und Bürgern Zukunftschancen bieten können, betonte Maly. Diese Forderung wurde auch in einer „Dresdner Erklärung“ deutlich zum Ausdruck gebracht.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Es sei bemerkenswert, welche Anstrengungen auch Städte mit schwieriger finanzieller Situation aufbringen, um Leistungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger aufrecht zu erhalten, konstatierte die neugewählte Verbandspräsidentin Eva Lohse. Beispielsweise hätten die Städte mit großer Kraftanstrengung erfolgreich den Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben. „Die Städte sind sich als bürgernächste Ebene ihrer Verantwortung bewusst, den sozialen Frieden und Zusammenhalt in den Städten zu sichern. Sie sind mit großem Engagement dabei, die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat und das Miteinander in der Stadtgesellschaft zu fördern“, so Lohse.

Zum einen werde die Bevölkerungsstruktur in den Städten im-



Neu gewählte Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse (Ludwigshafen) und Vizepräsident Dr. Ulrich Maly (Nürnberg).

mer vielfältiger. Zusätzlich stellen sich die Städte ihrer Verantwortung, Flüchtlinge und Zuwanderer zu integrieren. „Damit das Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gelingt, wollen die Städte ihre verfügbaren Ressourcen so einsetzen, dass sie möglichst große Effekte erzielen und die Stadt zukunftsfähig weiterentwickeln“, erklärte die Städtetagschefin.

Zugang zu Sprachkursen

Als hilfreich nannte sie die Ankündigung des Bundes, Asylbewerbern mit hoher Chance auf Anerkennung bereits während des Asylverfahrens Zugang zu Sprach- und Integrationskursen zu ermöglichen: „Sprach- und Integrationskurse sind für das Gelingen von Integration elementar. Wer Flüchtlinge und Asylbewer-

ber integrieren will, muss ihnen ermöglichen, die deutsche Sprache zu erlernen und er muss ihnen Grundlagen des Zusammenlebens hierzulande vermitteln. In Zukunft wird es darauf ankommen, dass der Bund die Sprachförderung ausbaut und dass die angebotenen Plätze auch dauerhaft der steigenden Anzahl der Berechtigten entsprechen. Außerdem sollten auch geduldete Menschen die Möglichkeit haben, an Sprachkursen teilzunehmen.“

Zustimmung der Städte erhält der Vorschlag des Bundes und einzelner Länder für ein eigenständiges, stark beschleunigtes Verfahren für offensichtlich unbegründete Asylbegehren von Zuwanderern aus den Westbalkanstaaten – gegenwärtig etwa die Hälfte der Asylantragsteller.

Lohse zufolge besteht zwischen (Fortsetzung auf Seite 4)

DStGB-Jahreskonferenz in Bonn:

In Erwartung klarer Signale

Die aktuellen Themen „Die Stadt der Zukunft gestalten“ und „Flüchtlingsströme meistern - Einwanderung steuern“ standen im Mittelpunkt der Jahrestagung des Hauptausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Bonn. Zudem wurde eine neue Verbands-spitze gewählt: Zum 1. Juli löst der Bergkamener Bürgermeister Roland Schäfer OB Christian Schramm (Bautzen) als Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ab. Zum neuen 1. Vizepräsidenten wurde Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote (Norderstedt) bestimmt.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stefan Müller, hob eingangs die wichtige Rolle der Kommunen bei aktuellen Zukunftsfragen hervor und sicherte die Bereitschaft des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu, mit ihnen in einen intensiven Dialog zu treten.

Schlüsselposition

„Das BMBF erkennt gerade im Hinblick auf die drängenden Herausforderungen der nachhaltigen Stadtentwicklung die Schlüsselposition der Kommunen an und möchte die in den kommenden Jahren erforderlichen Entwicklungsschritte mit zielgerichteter transdisziplinärer und umsetzungsorientierter Forschung unterstützen“, erklärte Müller. Dabei seien die lokalen Experten aus Politik und Verwaltung aus der Sicht des Parlamentarischen Staatssekretärs wichtige Partner.

Mobiler Bürgerservice

Städten und Gemeinden kommt für die Entwicklung Deutschlands eine Schlüsselrolle zu. „Nahezu alle Themen, die für die Modernisierung und Zukunftsfähigkeit Deutschlands von Bedeutung sind, werden vor Ort in den Kommunen geplant und umgesetzt“, betonte DStGB-Präsident Schramm. „Ob es sich um Gesundheitsversorgung mittels Telemedizin, nachhaltige Mobilität oder vernetzte Energiesysteme handelt – in allen diesen Bereichen sind die Städte und Gemeinden die entscheidenden Akteure“, sagte der Politiker. Dies betreffe auch die Arbeit der Kommunalverwaltungen: „Mobiler Bürgerservice, interkommunale Kooperation oder das virtuelle Rathaus sind die Zukunftsfragen für Stadt- und Gemeindeverwaltungen“. Wichtig-

ste Voraussetzung ist aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur.

„Stadt der Zukunft“

Schramm begrüßte auf der Tagung in Bonn, dass sich das Wissenschaftsjahr 2015 mit den Themen der „Stadt der Zukunft“ befasst. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt dieses Projekt nachhaltig. Den ersten Schritt, um Bausteine individuell angepasster Entwicklungskonzepte für Kommunen zu identifizieren und diese zu gestalten, macht das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Wettbewerb „Zukunftstadt“. 52 Kommunen wurden ausgewählt, um vor Ort neue Konzepte für Innen-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Starke Gemeinden – starkes Land

Fachtagung der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Hirschaid

Für viele Gemeinden im ländlichen Raum wird es zunehmend schwieriger, ihren Bürgern hohe Lebensqualität und attraktive Wohnstandorte zu bieten. Unter dem Motto „Starke Gemeinden – starkes Land“ wurden in Hirschaid (Landkreis Bamberg) bei der Fachtagung der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Vorträgen und Diskussionen mit politisch Verantwortlichen, Experten und Praktikern Anforderungen und Lösungswege aufgezeigt.

Landwirtschaftsminister Helmut Brunner will mit einer neuen Förderrichtlinie die Gemeinden im ländlichen Raum noch gezielter und schneller bei der Umsetzung von Projekten unterstützen. Künftig sollen nach einem zügigen Auswahlverfahren an den Ämtern für Ländliche Entwicklung rasch und flächendeckend Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekte mit 60 Prozent der Kosten aus EU-Mitteln gefördert werden. Die formelle Einleitung von Dorferneuerungen ist hierzu nicht mehr erforderlich. „Das neue Förderinstrument punktet mit Schnelligkeit und eröffnet Freiräume“, erklärte Brunner. Gefördert werden zum Beispiel Nahversorgungs- oder Gemeinschaftseinrichtungen zur Stärkung der Ortszentren oder Infrastrukturprojekte wie Verbindungs-, Wald- und Feldwege. „Damit wird das bewährte Förderportfolio zur Stärkung der Gemeinden und des ländlichen Raums um einen wichtigen Baustein ergänzt“, so der Minister.

Beispiele aus der Praxis

Beispiele aus der Praxis bestärkten Verantwortliche und engagierte Bürger darin, sich für attraktive Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu engagieren. Pottenstein im Landkreis Bayreuth beispielsweise ist die erste Gemeinde in Oberfranken, die ein komplettes Gemeindeentwicklungskonzept vorzuweisen hat, wie Erster Bürgermeister Stefan Frühbeißer sowie Thomas Müller,

Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken und Karlheinz Dommer Landimpuls, Regenstauf, darlegten.

Gesellschaftliche Kräfte

Diverse Verfahren zur Dorferneuerung wurden eingeleitet bzw. beantragt. Viele Einzelmaßnahmen sind bereits umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht. Im Rahmen des Gemeindeentwicklungsprozesses ist es gelungen, die politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren, das Bewusstsein für Veränderungsprozesse zu schärfen und Eigeninitiative und Eigenverantwortung anzuregen. Mit neuem Selbstbewusstsein soll nun die Stadt und die Bürgerschaft die vielen guten Ideen und konkreten Vorschläge der Entwicklungsstrategie umsetzen, damit die Funktionalität der Ortskerne erhalten bleibt und das große touristische Potential optimal genutzt wird. Deshalb sei es wichtig, künftig weitere Partner ins Boot zu holen.

Der österreichischen Marktgemeinde Moosburg wiederum ist es laut Herbert Gaggl, Bürgermeister und Abgeordneter zum Kärntner Landtag, gelungen, mit einem umfassenden, nachhaltigen, klar strukturierten und mehrstufigen Umsetzungsprozess seit (Fortsetzung auf Seite 4)



Gefühl toben in Deutschland seit einigen Monaten äußerst lästige Streiks, die eher an England oder Italien in den 1980er Jahren erinnern. Über deren Sinnhaftigkeit kann man nach Ansicht der Vorzimmerperle indes geteilter Meinung sein. Der Bürgermeister sieht das Ganze - wie so oft - pragmatisch. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtag: Barrierefreies Bayern bis 2023	Seite 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Das Land wird sich ändern	3
Krankenhausstrukturgesetz: Massive Kritik	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Bauthemen	5-6
Öffentliche Verwaltung	6
EDV · IT	7-9
Wasser · Abwasser	10-11
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	12-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht:

Neuer Tätigkeitsbericht

Das Bayerische Landesamt für die Datenschutzaufsicht hat seinen Jahresbericht für die Jahre 2013 und 2014 vorgelegt. Das BayLDA ist die einzige Datenschutzaufsichtsbehörde in der Bundesrepublik Deutschland, die ausschließlich für den nicht-öffentlichen Bereich zuständig ist. Laut Präsident Thomas Kranig betrifft der Aufgabenbereich des Landesamts alle Menschen im Freistaat Bayern unmittelbar, da es kaum einen Bereich gibt, in dem der Datenschutz keine Rolle spielt.

Im nicht-öffentlichen Bereich stehen sich in der Regel Bürger und Unternehmen gegenüber, d. h. zwei Träger von Grundrechten, deren Rechte und Pflichten berücksichtigt und abgewogen werden müssen. In dem 180 Seiten umfassenden Tätigkeitsbericht wurde großer Wert darauf gelegt, bei der Darstellung der zahlreichen Einzelfälle auch Rechtsvorschriften anzugeben, um dadurch plausibel und nachvollziehbar zu machen, welcher Prüfungsmaßstab im jeweiligen Fall zur Anwendung kam.

Zahlreiche Beschwerden

Die Zahl der datenschutzrechtlichen Beschwerden, denen das BayLDA in allen Fällen nachgegangen ist, ging mit 925 für 2013 und 953 für 2014 gegenüber 687 im Jahr 2011 und 719 im Jahr 2012 deutlich in die Höhe. Hauptsächlich betrafen die Beschwerden Fragen des Internets. Videoüberwachung ist vom 7. Platz im letzten Bericht auf den 2. Platz vorgezogen, wo hingegen Werbung an Bedeutung verloren und vom 3. auf den 6. Platz zurückgefallen ist.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Hauptbeschwerdebereiche sich zwar ändern, aber dennoch relativ nah beieinander liegen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass deutlich mehr als 50 % der Beschwerden sich im Zuge der datenschutzrechtlichen Überprüfung als begründet herausgestellt haben, d. h. dass ein datenschutzrechtlicher Verstoß festgestellt wurde.

Bußgeldverfahren

Im Berichtszeitraum hat das BayLDA insgesamt 117 Bußgeldverfahren geführt und abgeschlossen, davon 37 mit Erlass eines Bußgeldbescheides. Die Höhe der insgesamt festgesetzten Bußgelder betrug rund 200.000 Euro. Bei der Festsetzung des Bußgeldes fließen der Unrechtsgehalt und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Adressaten zusammen, so dass gleiche Bußgeldsachverhalte mit deutlich unterschiedlichen Bußgeldern belegt werden können. Auf über 100 Seiten sind im

Tätigkeitsbericht Einzelfälle dargestellt, die das BayLDA bearbeitet hat. Diese gehen von der Veröffentlichung von Fotos afrikanischer Kinder auf einer bayerischen Webseite über Fotos im Kindergarten, Ahnenforschung im Internet, Nutzung von Perso-

Hohe Qualität der Daseinsvorsorge nicht gefährden

Bundeswirtschaftsministerium, kommunale Spitzenverbände und VKU: Gemeinsames Positionspapier zur kommunalen Daseinsvorsorge und TTIP

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, und die kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) haben sich auf ein gemeinsames Positionspapier zu den Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) verständigt. Einigkeit besteht darin, dass die hohe Qualität der Daseinsvorsorge auch durch TTIP nicht gefährdet werden darf.

Bundesminister Gabriel hierzu: „Ich habe immer deutlich gemacht, dass Handelsabkommen und Marktöffnung für die exportorientierte deutsche Wirtschaft immens wichtig sind. Deshalb ist es unser Ziel, moderne und ambitionierte Freihandelsabkommen abzuschließen und so die Chance zu nutzen, über solche Abkommen die wirtschaftliche Globalisierung nach unseren Standards mitzugestalten. Gleichzeitig gilt: Die Aufgaben der Daseinsvorsorge müssen wie bisher durch Städte, Landkreise, Gemeinden und ihre Unternehmen vor Ort wahrgenommen werden können. Die Daseinsvorsorge ist ein Eckpfeiler für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir brauchen Bildungseinrichtungen, Gesundheitsvorsorge, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, ein möglichst breites Kulturangebot und vieles andere mehr, das allein unter Gesichtspunkten der Marktattraktivität häufig nicht flächendeckend bereit gestellt werden kann. Weder TTIP noch ein anderes Handelsabkommen kann und wird daran etwas ändern.“

Minister Gabriel, die kommunalen Spitzenverbände und der VKU verständigten sich darauf, in diesem Bereich keine neuen Marktzugangsverpflichtungen einzugehen.

nalausweiskopien, unzulässiger Wahlwerbung durch Vereine und politische Parteien, Nutzung von Gehaltslisten zur Feststellung, ob Gewerkschaftsbeitrag bezahlt wird, Identifizierung von Patienten mittels Foto oder Ausweiskopie durch Ärzte, GPS-Überwachung für Demenzerkrankte, Veröffentlichung der Ergebnisse von Sportwettkämpfen im Amateurbereich im Internet, Einsatz von Gesichtserkennungskameras für Marketingzwecke bis zur Videoüberwachung durch Botschaften und Konsulate.

Besucherstrommessung

In technischer Hinsicht hat sich das BayLDA nach Kranigs Auskunft (auch wieder) mit der Prüfung von Apps, Passwörtern, Phishing und Malware sowie der Besucherstrommessung mit dem Smartphone beschäftigt. DK

Plenardebatte im Bayerischen Landtag:

Barrierefreies Bayern bis 2023

Opposition zweifelt an Umsetzung

Das Versprechen eines barrierefreien Freistaates bis 2023 von Ministerpräsident Horst Seehofer gerät wegen lahmenden Fortschritts zunehmend in die Kritik der Landtagsopposition. In einer Plenardebatte monierte sie insbesondere, dass der Staatsregierung auch 18 Monate nach Seehofers Ankündigung noch immer wesentliche Daten zum aktuellen Stand der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und ein konkreter Aktionsplan zur Verbesserung der Lage fehlten. Dies belegten die Antworten des Sozialministeriums auf eine Interpellation der SPD mit 227 Einzelfragen.

Die SPD-Sozialexpertin Ruth Waldmann bemängelte, dass von den im Doppelhaushalt 2015/16 vorgesehenen 205 Millionen Euro für die Barrierefreiheit lediglich 20 Millionen „frisches Geld“

seien. Durch relativierte Versprechen entstände bei den Betroffenen nur Enttäuschung. Waldmann forderte von der Staatsregierung einen Aktionsplan mit konkreten Handlungsvorgaben. Hans Jürgen Fahn erklärte, Glaubwürdigkeit entstehe nur, wenn man Versprechen einhält. Für die Grünen konstatierte Kerstin Celina, dass sich die Staatsregierung mit dem Verzicht auf ein Sonderinvestitionsprogramm innerlich und äußerlich vom Ziel der Barrierefreiheit 2023 verabschiedet habe. Seehofers Wort vom „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ müsse auch für die Behinderten gelten.

Einzigartiges Programm

Sozialministerin Emilia Müller widersprach ihren Kritikern. Sie bekräftigte, Bayern werde bis 2023 barrierefrei sein. Mit dem

einzigartigen 205 Millionen-Programm verfolge die Staatsregierung ein besonders anspruchsvolles und wichtiges Ziel, von dem nicht nur Behinderte und ältere Menschen profitierten, sondern auch Familien mit Kindern oder durch Unfälle oder Verletzungen mobilitätsingeschränkte Personen.

Ressortübergreifendes Konzept

Mit dem ressortübergreifenden Konzept könne man die einzelnen Maßnahmen nur Schritt für Schritt umsetzen. Dabei besäßen die Verbesserung der Mobilität sowie die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Bildungseinrichtungen Priorität, betonte die Sozialministerin. Darüber hinaus fördere der Freistaat die Anschaffung behindertengerechter Nahverkehrsbusse und den Umbau von Bahnhöfen genauso wie die Modernisierung öffentlicher Gebäude mit Millionenbeträgen. Für die Ertüchtigung von Kitas und Schulen werde den Kommunen ein Aufschlag beim Finanzausgleich (FAG) gewährt. Zuschüsse erhielten auch Maßnahmen des barrierefreien Tourismus. rm

Freiwilliges Ökologisches Jahr als Erfolgsmodell

Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) ist ein Vorzeigeprojekt der Umweltbildung in Bayern. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf bei der Feierstunde zum 20-jährigen Bestehen des FÖJ: „Der Umweltschutz in Bayern lebt von dem Engagement vieler Menschen, die sich leidenschaftlich für den Schutz von Natur und Umwelt einsetzen. Das freiwillige Engagement der Jugendlichen im Rahmen des FÖJ für den Umweltschutz ist ein herausragendes Beispiel von gelebter Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das FÖJ in Bayern ist ein Erfolgsmodell.“

Das FÖJ wurde 1995 in Bayern eingeführt. Seit der Einführung haben rund 3.000 Frei-

willige in Bayern am FÖJ teilgenommen. Jährlich sind dies derzeit rund 200 Teilnehmende. Im Rahmen des Bildungs- und Orientierungsjahrs können sich junge Frauen und Männer zwischen 16 und 26 Jahren freiwillig für den Umwelt- und Naturschutz engagieren und sich dabei auch beruflich orientieren.

In mehr als 180 verschiedensten Einsatzstellen, wie Umweltbildungseinrichtungen und Umweltbehörden, aber auch in Naturkindergärten, Freilandmuseen und Forschungszentren können die Freiwilligen in ökologisch orientierte Berufe hineinschnuppern. Scharf: „Ziel ist, die jungen Leute für die Natur zu begeistern und das Verständnis für ökologische Zusammenhänge zu wecken. Denn nur was man kennt, das schätzt man, und was man schätzt, das schützt man auch.“

Das Bayerische Umweltministerium hat die Trägerschaft für das FÖJ an drei gemeinnützige Verbände übergeben: dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend Bayern, der Evangelischen Jugend in Bayern und der Jugendorganisation des Bund Naturschutz in Bayern. Sie verwalten derzeit insgesamt rund 180 Einsatzstellen für FÖJ-ler. Sie werden vom Umweltministerium jährlich mit rund 700.000 Euro unterstützt. Darüber hinaus fördert der Bund das FÖJ jährlich mit rund 450.000 Euro. Insgesamt hat der Freistaat Bayern in den vergangenen 20 Jahren über 11 Millionen Euro bereitgestellt.

Weitere Informationen unter: www.foej-bayern.de □

Staaten, Städte, Landkreise und Gemeinden müssen aber nach Abschluss von Handelsabkommen wie TTIP innerhalb der europarechtlich zulässigen Grenzen weiter selbst entscheiden können, ob Leistungen der Daseinsvorsorge von ihnen selbst, durch eigene Unternehmen oder von Privaten erbracht werden. Darüber hinaus muss die Möglichkeit zur interkommunalen Zusammenarbeit erhalten bleiben. In diesem Sinne sind die klaren Aussagen im gemeinsamen Positionspapier wichtig, um kommunale Handlungsspielräume bei Organisation und Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge abzusichern. Klarheit muss in diesem Zusammenhang auch in Bezug auf zukünftige Entwicklungen erreicht werden. Auch darf es keine Einschränkungen bei Rekommunalisierungen, den Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und dem Vergaberecht durch das Freihandelsabkommen geben. Letztlich dürften weder TTIP noch andere Handelsabkommen den Spielraum der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben einschränken. □

Zusammenarbeit

Sie erklärten dazu: „Die Kommunen begrüßen grundsätzlich den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen

Landesamt für Statistik:

13.159 Einbürgerungen im Jahr 2014 in Bayern

Rund 15 Prozent der Eingebürgerten haben türkische Wurzeln

Im Jahr 2014 erhielten in Bayern insgesamt 13.159 ausländische Personen, darunter 7.218 Frauen, die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies waren nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik 117 Personen weniger als 2013. Mit 2.002 Eingebürgerten oder rund 15 Prozent stellten Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit nach wie vor die größte Gruppe. Über 80 Prozent der Eingebürgerten waren jünger als 45 Jahre. Aufgrund der hohen Ausländeranteile der Großstädte München, Nürnberg und Augsburg verzeichneten die Regierungsbezirke Oberbayern (5.348), Mittelfranken (2.511) und Schwaben (2.021) die meisten Einbürgerungen.

Die Zahl der Einbürgerungen in Bayern hat sich 2014 gegenüber dem Vorjahr geringfügig verringert. Nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik erhielten 13.159 ausländische Personen (7.218 Frauen und 5.941 Männer) im Jahr 2014 im Freistaat Bayern die deutsche Staatsangehörigkeit. Damit wurden 117 Personen weniger als im Jahr 2013 eingebürgert. 57 Prozent (7.524 Personen) der im Jahr 2014 Eingebürgerten behielten nach der Einbürgerung ihre frühere Staatsangehörigkeit bei.

Schwerpunkt Europa

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, hatten

zum Zeitpunkt ihrer Einbürgerung 65 Prozent (8.607 Personen) eine europäische, 22 Prozent (2.936 Personen) eine asiatische, sieben Prozent (962 Personen) eine afrikanische und vier Prozent (570 Personen) eine amerikanische Staatsangehörigkeit. Weniger als ein Prozent hatte eine australische bzw. ozeanische Staatsangehörigkeit (3 Personen) oder war staatenlos bzw. wies eine ungeklärte Staatsangehörigkeit auf (81 Personen).

Altersgliederung

Nach den fünf häufigsten Herkunftsländern gliedert, stellten die Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit mit 2.002

Eingebürgerten erneut die größte Gruppe, gefolgt von Personen aus Rumänien (808 Personen), Kroatien (743), Polen (709 Personen) und der Ukraine (586 Personen).

Von den im Jahr 2014 Eingebürgerten waren 13 Prozent (1.719 Personen) jünger als 18 Jahre, 70 Prozent (9.272 Personen) waren 18 bis unter 45 Jahre, 13 Prozent (1.754 Personen) 45 bis unter 60 Jahre und drei Prozent (414 Personen) hatten ein Alter von 60 Jahren oder mehr erreicht.

Städte dominieren

Zum Zeitpunkt ihrer Einbürgerung lag von 41 Prozent der Eingebürgerten (5.348 Personen) der Hauptwohnsitz im Regierungsbezirk Oberbayern. In Mittelfranken lebten 19 Prozent (2.511), in Schwaben 15 Prozent (2.021), in Unterfranken neun Prozent (1.124), in Oberpfalz und Niederbayern jeweils sechs Prozent (759 und 731) und im Regierungsbezirk Oberfranken fünf Prozent (665) der eingebürgerten Personen. □

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Köth
97523 Schwanfeld
am 5.7.
Bürgermeister Gerhard Schenkel
97320 Sulzfeld a. Main
am 25.6.
Bürgermeister Klaus Ritter
83301 Traunreut
am 28.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Hoh
97318 Biebelried
am 4.7.
Bürgermeister Winfried Franz
92259 Neukirchen b. Sulzbach
am 26.6.
Bürgermeister Günther Werner
97437 Haßfurt
am 29.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Beyer
95189 Ködnitz
am 7.7.
Bürgermeister Toni Brugger
86672 Thierhaupten
am 29.06.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Eberth
97273 Kürnach
am 3.7.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Tobias Gensberger
86673 Bergheim
am 1.7.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerischer Präventionspreis:

Gesundheit stärken, Lebenswelten gestalten

In München ist zum 13. Mal der Bayerische Präventionspreis verliehen worden. Beworben hatten sich 50 gesundheitsfördernde und präventive Projekte aus dem gesamten Freistaat. Der Wettbewerb stand unter dem Motto: „Gesundheit stärken, Lebenswelten gestalten“.

Erstmals orientierte sich die Ausschreibung an den Handlungsfeldern des Bayerischen Präventionsplans, den Staatsministerin Melanie Huml vor kurzem vorgelegt hatte. Ausgezeichnet wurden Projekte in den Themenbereichen „Gesund aufwachsen“, „Ausbildung und Betrieb“, „Alter“ und – über alle Lebensphasen hinweg – in der „Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit“. Dotiert war der vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gemeinsam mit dem ZPG (Bayerisches Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung) vergebene Preis mit insgesamt 10.000 Euro.

Suchtprävention

In der Kategorie „Prävention in Familie, Kindertagesstätte und Schule“ wurde die Suchtpräventionswoche 2014 für Schulklassen aus Bayern und Tschechien (Deutsches Jugendherbergswerk – Landesverband Bayern, Jugendherberge Wunsiedel) mit einem Preis bedacht. Vor dem Hintergrund, dass die Grenzgebiete von der Suchtproblematik besonders durch die Droge Crystal betroffen sind und beide Länder hier vor einer großen Herausforderung stehen, wollen die Jugendherberge Wunsiedel und die Kriminalpolizei Hof die Präventionsarbeit länderübergreifend stärken. Die Einbindung örtlicher Fachkräfte verschiedener Einrichtungen stärkt das Netzwerk für Prävention vor Ort.

Die Betriebliche Gesundheitsförderung in Werkstätten für Menschen mit geistiger Behinderung (Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband Bayern e.V.) bekam den Preis in der Kategorie „Prävention in Ausbildungsstätte und Betrieb“ zuerkannt.

Menschen mit geistiger und psychischer Behinderung haben ein erhöhtes Risiko für Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems sowie für muskel- und skelettbedingte Erkrankungen. Da sie oft einen schlechteren Zugang zu Sportangeboten haben, kommt der betrieblichen Gesundheitsförderung in der Prävention eine wichtige Aufgabe zu. Der Behinderten- und Versicherten-Sportverband Bayern e.V. (BVS) und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg wollen mit einem Angebot für diese Beschäftigten Risikofaktoren wie z. B. dem Metabolischen Syndrom vorbeugen.

Taschengeldbörse

Die Taschengeldbörse der Jugend Wittelschoten, ein generationsübergreifendes Projekt zur Prävention im Alter und zur Stärkung und Aufrechterhaltung der psychischen Gesundheit, siegte in der Kategorie „Prävention im Alter“.

Wittelschoten im Landkreis Ansbach ist ländlich geprägt und hat mit seinen Ortsteilen ca. 1.250 Einwohner. Eine Befragung ergab, dass bei Familien und älteren Mitbürgern Überlastungsproblematiken bestanden, die bis zur drohenden Dekompensation und Pflegebedürftigkeit reichten. Jugendliche dagegen wünschten sich Möglichkeiten zum Erwerb von „Soft Skills“, zum sozialen Engagement und zum Erwerb von zusätzlichem Wissen, zum Erhalt regionalen Wissens und re-

gionaler Gepflogenheiten sowie zur Verbesserung des Taschengeldes. Das Projekt soll Brücken schlagen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen.

In der Kategorie „Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit“ wurde die Augsburgs Kinderprechstunde (Bezirkskrankenhaus Augsburg und St. Gregor Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Augsburg) ausgezeichnet. Kinder psychisch kranker Eltern befinden sich in einer sehr belasteten familiären, emotionalen und sozialen Situation. Sie benötigen eine dem Entwicklungsalters angemessene Aufklärung über das entsprechende Störungsbild, die Symptome, die sie beobachten, und über die Behandlungsmöglichkeiten, um Angst, Desorientierung und Ohnmacht zu reduzieren. Psychische Erkrankung führt oft zu Isolation. Dadurch werden auch die Kinder aus sozialen Unterstützungsangeboten ausgegrenzt.

Kindersprechstunde

Die Kindersprechstunde bietet betroffenen Kindern eine erste Anlaufstelle, in der sie mit ihren Fragen und Verunsicherungen, mit Ängsten und Nöten wie auch mit Schuld- und Schamgefühlen wahrgenommen werden. Den Eltern wird der Zugang zu Hilfen im Umgang mit ihren Kindern erleichtert, da die Beratungsstelle vor Ort in „ihrer“ Klinik integriert ist.

Die Jury würdigte darüber hinaus weitere vier Projekte mit Belobigungen für besondere Leistungen. Eine Belobigung für

Qualitätsentwicklung wurde den Oberpfälzer Suchtarbeitskreisen für nachhaltige Konzepte und Projekte wie dem Suchtpräventionswettbewerb zuteil. Ein Suchtpräventionswettbewerb für alle Schulen soll die Bedeutung des Themas selbst stärken und die Vernetzung der Akteure den sieben Landkreisen der Oberpfalz und der kreisfreien Stadt Regensburg fördern. Beispiele guter Praxis der Suchtprävention in Schulen werden prämiert und regen zur Nachahmung an.

Förderliches Umfeld

Für ehrenamtliches Engagement erhielt das Netzwerk FamilienLeben Vilshofen e.V. eine Belobigung. Vielfältige Angebote der Familienbildung in diesem Netzwerk schaffen ein förderliches Umfeld für alle Kinder in Vilshofen. Für einen gelungenen Praxistransfer gewürdigt wurde FIT Regensburg – FrauenIntegration durch Sport mit Spaß, ein Kooperationsprojekt für Frauen in schwierigen sozialen Lebenslagen (Landratsamt Regensburg – Gesundheitsamt, stellvertretend für alle Projektpartner). Eine Belobigung für Innovation bekam schließlich Spielfieber – Der Countdown läuft ... ein Online-Präventionsangebot zur Sensibilisierung von Jugendlichen für die (Sucht-)Gefahren des Glücksspiels (Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V.).

Überreicht wurden die Urkunden von der Amtschefin des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, Ruth Nowak, in Vertretung von Ministerin Huml gemeinsam mit dem Vizepräsidenten des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Dr. Dr. Markus Schick. **DK**

Krankenhausstrukturgesetz des Bundes:

Massive Kritik

Empörte Reaktionen haben die aktuellen Reformpläne der Bundesregierung zum neuen Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) bei Kliniken und deren Mitarbeitern ausgelöst. Das Papier sieht unter anderem Zu- und Abschläge für gute und schlechte Qualität sowie einen Strukturfonds für die Umwandlung von Krankenhäusern vor. Zum 1. Januar 2016 soll das Gesetz in Kraft treten.

„Die neuen finanziellen Kürzungen bringen das Fass zum Überlaufen“, erklärte der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) Siegfried Hasenbein. Die wirtschaftlich ohnehin angeschlagenen Krankenhäuser könnten dies nicht mehr schultern, Leidtragende seien in erster Linie die Beschäftigten. „Es ist absurd, mehr Qualität zu fordern und Lippenbekenntnisse für mehr Personal in den Krankenhäusern abzugeben und den Kliniken gleichzeitig die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu entziehen.“

Versorgungsauftrag nicht erfüllbar

Die Kliniken erzürnt, dass das Ziel, ihnen eine auskömmliche wirtschaftliche Grundlage zu bieten, um ihrem Versorgungsauftrag nachzukommen, nicht annähernd erreicht worden sei. Nach wie vor bestehe keine Möglichkeit, die tariflichen Personalkostensteigerungen für die Mitarbeiter zu finanzieren - im Gegenteil.

Besonders schwerwiegend ist nach Darstellung Hasenbeins, dass die Finanzhilfe in Höhe von 0,8 %, die die Vorgängerregierung noch beschloss, ersatzlos gestrichen werden soll. Darüber hinaus würden Krankenhäuser

Immense Kürzungen

Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Großkrankenhäuser bedeutet das Vorhaben der Regierung Kürzungen von mehr als einer Milliarde Euro. Nach den Worten von Vorstand Helmut Schüttig verlieren die Krankenhäuser allein durch

GZ

**Kolumne
Stefan Rößle**

Liebe Leserinnen und Leser,

Asyl, Migration, Flüchtlinge: Kaum ein anderer Themenkomplex beschäftigt derzeit alle politischen Ebenen gleich intensiv – von der großen Welt- und Europasicht bis zu den Entscheidungen vor Ort in den Landkreisen, Städten und Gemeinden.

Gemeinsam geht es darum, den Menschen tatkräftig zu helfen, die wirklich in Not sind. Verfolgung, Folter, Vergewaltigung, Krieg und Bürgerkrieg, drohende Todesstrafe – hier kommt unser verfassungsmäßiges Grundrecht auf Asyl zum Tragen. Dazu stehen wir als kommunale Familie und werden auch alles



Abschiebung sind erfreuliche Fortschritte zu vermelden (über 1.200 Personen in Bayern im laufenden Kalenderjahr). Respekt für den Einsatz, doch auch damit sind noch lange nicht alle Ziele erreicht.

Als KPV haben wir vor wenigen Wochen in einem Gespräch mit Ministerpräsident Horst Seehofer um eine deutliche Unterstützung bei den Personalkosten für die Kommunen gebeten. Hier ist uns Gott sei Dank ein Durchbruch gelungen. Der Freistaat erklärt sich bereit, dass jeder Landkreis/jede kreisfreie Stadt je 75 Asylbewerber die Kosten für eine Stelle der Entgeltgruppe 6 (sog. Hausmeisterdienste) erstattet bekommt. Das führt zu einer deutlichen Senkung der Personalkosten und auch zu einer Verbesserung der Betreuung der Asylbewerber vor Ort.

Stichwort „vor Ort“: Die Menschen, die zu uns kommen und auch bleiben dürfen, müssen sozialverträglich integriert werden. Diese Integrationsleistung findet bei uns in den Kommunen statt. Wir reden hier zahlenmäßig über jährlich nicht weniger als 100.000 Personen bundesweit, also eine ausgewachsene Großstadt. Die Aufgabenfülle umfasst dabei nicht nur allein die finanziellen Mittel, auch angemessener Wohnraum muss geschaffen werden, Fachpersonal geschult, die unterschiedlichsten Integrations- und Bildungsangebote organisiert und mögliche Vorbehalte in der Bevölkerung abgebaut werden.

Das gelungene Miteinander von Flüchtlingen und einheimischer Bevölkerung versteht sich deshalb als gesamtgesellschaftliche Herausforderung, bei der es zudem ohne hohes ehrenamtliches Engagement nicht funktionieren wird. Doch diese Kräfte gibt es erst einmal zu gewinnen und laufend zu unterstützen. Auch hier sind wieder vorrangig wir als Kommunen gefragt.

Eines wird bei genauerer Hinsicht immer klarer: Wir müssen uns daran gewöhnen, dass sich unsere Gesellschaft und unser Land in den kommenden Jahren verändern werden. Als Kommunalpolitiker gestalten wir diese Entwicklung an vorderster Front mit. Ob uns das alles in positiver Weise gelingt, hängt aber in hohem Maße davon ab, ob auch Europa, der Bund und der Freistaat in diesem Zusammenhang ebenso ihren Aufgaben nachkommen.

Ihr Stefan Rößle
KPV-Landesvorsitzender

Das Land wird sich ändern

daran setzen, die Aufgaben im Rahmen unserer Möglichkeiten zu erfüllen.

Ob auch andere Ebenen dazu in der Lage sind, wird sich zeigen. Besonders interessant ist die Frage, ob die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen kann. Es geht um komplexe Aufgaben wie die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, die Seenotrettung im Mittelmeer, die Bekämpfung von Schlepperbanden und eine angemessene Aufnahme und vor allem eine gerechte Verteilung. Hier kann es nicht angehen, dass nur wenige Staaten wie Deutschland die Lasten aller auf ihren Schultern tragen. So ist die Philosophie eines „gemeinsamen Europas“ sicherlich nicht zu verstehen.

Erste positive Zeichen nehmen wir von Seiten der Bundesebene: Der Bund wird für Länder und Kommunen statt 500 Millionen Euro nun eine Milliarde zur Verfügung stellen und sich ab 2016 „strukturell und dauerhaft“ an den gesamtstaatlichen Kosten beteiligen. Konkrete Entscheidungen hierzu sollen aber leider erst im Herbst fallen. Um die Asylverfahren endlich schneller bearbeiten zu können, bekommt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bis zu 2.000 weitere Stellen. Gut so.

Im Freistaat Bayern werden im Doppelhaushalt 2015/2016 derzeit 1 Mrd. Euro pro Jahr für Asylpolitik veranschlagt und auch beim Thema

die geplante Abschaffung des Versorgungszuschlags 500 Millionen Euro. Der Zuschlag war 2013 eingeführt worden, um die chronisch unterfinanzierten Kliniken zu entlasten. Das angekündigte Förderprogramm für Pflegekräfte sei im Vergleich dazu nur ein Tropfen auf den heißen Stein. „Der Gesetzgeber tut so, als ob er sich um Qualität kümmert, aber es geht nur um Kürzungen“, stellte der Vorstand fest.

Ungelöste Probleme

Schüttig sieht drei wesentliche Problembereiche des Krankenhauswesens ungelöst: Die Finanzierung der Betriebskosten inklusive Personalbedarf, die Bereitstellung von Investitionsmitteln und die Finanzierung der Notfallambulanz. Die überzogene Bürokratie und zunehmende Kontrolle werde die medizinische Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser weiter schwächen. Sein Urteil: „Dieser Entwurf gehört in die Kategorie: Ziel verfehlt!“

Öffentlich-rechtliche Krankenhäuser sind ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge wie Schulen, Kindergärten, Universitäten oder gesetzliche Krankenversicherungen. Ihre zentrale Aufgabe ist es somit, die Daseinsvorsorge und flächendeckende Versorgung mit stationären, aber immer häufiger auch ambulanten Gesundheitsleistungen sicherzustellen.

Eine alternde Bevölkerung und der medizinische Fortschritt erfordern mehr Geld. „Im Moment können wir nicht einmal unsere Betriebskosten decken“, machte Schüttig deutlich. Ein Patient in der Notaufnahme koste durchschnittlich 120 Euro, von

den Krankenkassen gebe es dafür aber nur 30 Euro. Für dieses Problem liefere das neue Gesetz keine Lösung. Schüttig befürchtet zudem deutlich mehr Bürokratie für die Krankenhäuser. Vor der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag müsse dringend nachgebessert werden.

Stabile Versorgung

Diese Forderung unterstützt auch der Deutsche Städtetag. Wie Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus hervorhob, erwarten die Bürger eine funktionierende Krankenhausversorgung in ihrer Nähe und in hoher Qualität. Viele Häuser rüden auch Notfallversorgung rund um die Uhr an. Diese stabile, ortsnahe Versorgung müsse auch finanziert werden. Dazu zählten laufende Betriebs- und Personalkosten inklusive Lohn- und Tarifsteigerungen genauso wie dringend notwendige Investitionen. „Der Gesetzentwurf erfüllt diese Anforderungen

in keiner Weise, sondern verschlechtert sogar die Situation in den Häusern“, unterstrich Articus. Insbesondere dürften der Versorgungszuschlag nicht entfallen und bestimmte Krankenhausvergütungen nicht weiter reduziert werden.

Bundesweit liegt der Investitionsbedarf laut Deutscher Krankenhausgesellschaft jährlich bei 6 Milliarden Euro, die tatsächliche Förderung durch die für Investitionskosten zuständigen Länder nur bei etwa 2,7 Milliarden Euro jährlich. „Der inzwischen aufgeblähte milliarden schwere Investitionsstau erfordert dringendes Handeln durch die Länder und den Bund. Der im Gesetzentwurf vorgesehene Strukturfonds hat das Potential, örtliche Versorgungsstrukturen zu fördern, repariert aber nicht ansatzweise die klaffende Lücke bei den Investitionen. Hier sollten Bund und Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen“, forderte Dr. Stephan Articus. **DK**

Wettbewerb für Bayerns Bürgermeister:

1. Bayerische Triathlon Meisterschaften in Dinkelsbühl

Unter der Schirmherrschaft von Bayerischem Städtetag und Bayerischem Gemeindegeld finden am Sonntag, 5. Juli 2015 in Dinkelsbühl die „Ersten Bayerischen Triathlon Meisterschaften der Bayerischen Bürgermeister“ statt.

Der Mehrkampf umfasst die Disziplinen 500 Meter Schwimmen, 20 Kilometer Radfahren und 5 Kilometer Laufen. Startberechtigt ist ein Bürgermeister je bayerischer Kommune. Die Meisterschaften werden im Rahmen des Citytriathlon Dinkelsbühl ausgetragen.

Weitere Informationen und Anmeldung im Internet unter: www.citytriathlon-dinkelsbuehl.de **DK**

Starke Gemeinden...

(Fortsetzung von Seite 1)
Anfang der 1990er Jahre eine ausgesprochen zukunftsfähige Entwicklung zu nehmen. Die Verwirklichung sehr vieler, teils außerordentlich innovativer Projekte in zahlreichen Bereichen lege davon Zeugnis ab. Grundlagen des Erfolgs waren dabei nicht nur das Engagement der Gemeindeverantwortlichen, sondern vor allem auch die intensive Mitwirkung der Menschen und Einbindung von Fachleuten.

Kinderfreundlichkeit

Als herausragend wertete Gaggli die Kinderfreundlichkeit und die Bedeutung von Bildung, die in visionären Bildungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ihren Niederschlag finde. Nennenswert seien auch die architektonischen Highlights sowie umfassende Projekte in den Bereichen Ökologie, Landschaftsschutz und saubere Energie. Mit der Vision 2020 werde der Entwicklungsprozess in die Zukunft geführt. Für seine „ganzheitliche, nachhaltige und motto-gerechte Dorfentwicklung von herausragender Qualität“ wurde Moosburg mit dem „Europäischen Dorferneuerungspreis 2014“ ausgezeichnet.

Gemeinschaft leben

Auch in Gössenheim (Landkreis Main-Spessart) wird Gemeinschaft gelebt und ein zukunftsweisendes Projekt für eine lebenswerte Zukunft im ländlichen Raum umgesetzt: Am 15. Juni 2012 wurde dort die Nahwärme Gössenheim eG ge-

gründet, die sich den Zielen des Bayerischen Energiekonzepts „Energie innovativ“ verschrieben hat. So sollen das Holznutzungspotenzial noch stärker erschlossen sowie effiziente Umwandlungstechnologien (u.a. Biomassevergassungstechnik) weiter vorgebracht werden. Getreu diesen Zielen wird laut Karsten Heesch eine volkswirtschaftlich günstige, gesellschaftlich akzeptierte und zugleich umweltverträgliche Lösung angestrebt. Durch dieses innovative Projekt wird der volks- und energiewirtschaftlich beste Mix eines umweltverträglichen und von Bürgern akzeptierten und mitgestalteten Ausbaus erneuerbarer Energien vorangetrieben.

Aufklärung

Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung sind ein erster und besonders wichtiger Schritt, um eine noch größere Akzeptanz der Bioenergie zu erreichen. Durch Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen, Flyer, sowie in unzähligen Einzelgesprächen wurde erreicht, dass ein Großteil der Ortsbevölkerung der Nahwärme Genossenschaft das „Vertrauen ausgesprochen“ hat und den klaren Auftrag gab, in der Gemeinde die Energiewende einzuleiten und gleichzeitig die politische Gemeinde zu entlasten.

Im Februar 2015 waren bereits ca. 94 % der Gössenheimer Bevölkerung und Haushalte Mitglieder der Nahwärmegenossenschaft. Das im Bau befindliche Nahwärmenetz hat eine Länge von ca. 7,3 Kilometern mit über 220 Hausanschlüssen. Eine Be-

sonderheit ist, dass nicht nur konventionelle Heiztechnik eingesetzt wird, sondern für die thermische Grundlastversorgung zwei Holzstromvergaser errichtet werden, die unter anderem 300 kW elektrische Leistung erzeugen. Für die Abdeckung der Spitzenlast werden 5 weitere konventionelle Hackgutkessel mit je 350 kW thermischer Leistung eingesetzt. Das Projekt hat ein Gesamtinvestitionsvolumen von derzeit ca. 5,2 Millionen Euro.

CO2-Einsparung

Das eingesparte CO2 wird ca. 2.000 Tonnen jährlich betragen. Die politisch forcierte CO2-Einsparung wird durch dieses Projekt beispielhaft und zukunftsweisend umgesetzt. Mit der Anlage ist die Genossenschaft in der Lage, über 2.500.000 kWh Strom pro Jahr in das Netz einzuspeisen und 500 Vier-Personen-Haushalte mit Strom zu versorgen.

Nahversorgung

Eine Genossenschaft war es auch, die die Nahversorgung von Bürgern und Urlaubern in Absberg (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen) in die Hand genommen hat. Im Oktober 2013 fand die Gründungsversammlung der Dorfladen Markt Absberg eG statt, Ende November 2014 erfolgte die Eröffnung des Ladens in einem sanierten Schulhaus. Auf einer Verkaufsfläche von etwa 100 Quadratmetern ist die Nahversorgung mit Produkten des täglichen Bedarfs sichergestellt. „Das Ganze verbunden mit dem Respekt vor dem Alter sowie der damit verbundenen Immobilität“, wie Fritz Menhorn hervor- **DK**

Investitionskraft der...

(Fortsetzung von Seite 1)
Städten und Bund Einigkeit darüber, dass die Aufnahmekapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen und zentralen Aufnahmeeinrichtungen der Länder insgesamt verdoppelt werden müssen, damit solche schnelleren Verfahren wirken. Die Länder müssten zudem die Kommunen frühzeitig über die vorgesehene Aufnahme weiterer Menschen informieren, damit diese vorbereitet werden kann.

Unterbringung erleichtern

„Die Länder sollten all jene Menschen, die aller Wahrscheinlichkeit nach keine Chance auf Anerkennung als politisch Verfolgte haben, in den staatlichen Erstaufnahmeeinrichtungen betreuen, ihre Verfahren dort zügig abschließen und abgelehnte Asylbewerber aus den Einrichtungen heraus in ihre Heimatländer zurückführen. Damit würde die Unterbringung in den Kommunen erleichtert. Denn dann können wir uns mit ganzer Kraft auf die Menschen konzentrieren, die lange bleiben werden, weil sie als Flüchtlinge oder Asylbewerber anerkannt sind oder ein Bleiberecht haben“, hob Lohse hervor.

Hohe Dynamik

Alle Städte müssen nach Auffassung des Deutschen Städtetags in der Lage sein, die erforderlichen Dienstleistungen für die Menschen in ihrer Stadt zu gewährleisten. In erster Linie müssten die Länder für eine adäquate Finanzausstattung ihrer Städte Sorge tragen. Aber auch der Bund stehe in der Verantwortung, die hohe Dynamik bei den kommunalen Sozialausgaben zu stoppen: „So unzureichend die Investitionsausgaben der Städte sind, so ungebremst steigen deren Ausgaben für soziale Leistungen – in diesem Jahr erstmals auf über 50 Milliarden Euro. Deshalb müssen die Städte

durch den Bund weiter bei den Sozialausgaben entlastet werden, und zwar wie im Koalitionsvertrag vereinbart, um 5 Milliarden Euro jährlich. Auch das 'Wie' muss der Bund noch in dieser Legislaturperiode beschließen. Und die Länder fordern wir nachdrücklich auf, die Kommunen bei den Leistungen für Flüchtlinge und Asylbewerber zu entlasten.“

Altschuldenregelung

Damit unterstützende Maßnahmen für die Kommunen auch langfristig wirken können, sei eine Altschuldenregelung die Voraussetzung, die Perspektiven für einen schrittweisen Abbau kommunaler Altschulden schafft. Allein die Kassenkredite der Kommunen beliefen sich inzwischen auf etwa 50 Milliarden Euro.

Um den sozialen Ausgleich in den Städten zu sichern, hält der Deutsche Städtetag bezahlbaren Wohnraum für unverzichtbar. Mit Blick auf die Wohnungspolitik lobte Ulrich Maly die Mietpreisbremse. Damit habe die Bundesregierung einer wichtigen Forderung des Deutschen Städtetages entsprochen. Allerdings werde sich die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nach seiner Einschätzung durch die anhaltend hohe Zahl an Flüchtlingen in einer Reihe von Städten eher noch verschärfen, weshalb es wichtig sei, schnell und in ausreichender Zahl zu bezahlbaren Wohnungen zu kommen.

Bund soll Anreize schaffen

Hier sieht Maly auch den Bund gefordert, möglichst schnell geeignete Anreize zu entwickeln, zum Beispiel über die Wohnungsbau- und Städtebauförderung oder über weitere Instrumente. Aber auch der Leerstand in manchen Städten dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Beide Herausforderungen müssten beachtet werden: Wachstum hier, Leerstand dort.

Hinsichtlich des Klimaschutzes, der Energiewende und der künftigen Energieversorgung in Deutschland verwies der Vizepräsident auf die entscheidende Rolle der Städte und warnte gleichzeitig vor übereilten Entscheidungen der Bundesregierung zu Lasten der Stadtwerke: „Die Energiemärkte der Zukunft werden dezentraler werden, wohl auch kleinteiliger. Es wäre in höchstem Maße fahrlässig und eine inakzeptable Verschwendung volkswirtschaftlichen Vermögens, wenn wir genau die Strukturen – also unsere Stadtwerke –, von denen wir wissen, dass wir sie später brauchen werden, heute gefährden würden.“

Akuten Handlungsbedarf sehen die Städte außerdem bei der kommunalen Infrastruktur. Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2015 bestätigen die Einschätzungen des Deutschen Städtetages zum teilweise schlechten Zustand und zu regionalen Unterschieden und beziffern den kommunalen Investitionsrückstand auf rund 132 Milliarden Euro. Unter dem über Jahrzehnte aufgewachsenen Investitionsstau leiden insbesondere finanzschwächere Städte.

Investitionspaket für finanzschwache Kommunen

„So hilfreich das Investitionspaket des Bundes von 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen ist: Wir brauchen eine nachhaltige Reform der föderalen Finanzbeziehungen, die auch die Investitionskraft der Kommunen auf Dauer stärkt. Nur wenn alle Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, ihrem Bedarf gemäß vor Ort zu investieren, können sie aktiv das Lebensumfeld der Menschen gestalten. Investitionen sind der Schlüssel, um Lebensqualität und kommunale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern oder auszubauen. Etwa 60 Prozent der öffentlichen Investitionen sind kommunal. Wer kommunale Investitionen stärkt, stärkt deshalb auch den Standort Deutschland“, bemerkte Maly. **DK**

In Erwartung klarer...

(Fortsetzung von Seite 1)
städte, Quartiere, Mobilität, Versorgung, Energie, den demographischen Wandel und weitere stadtrelevante Aspekte gemeinsam mit Experten aus der Wissenschaft und den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund war an der Expertenjury zur Auswahl der Kommunen beteiligt.

Steigende Flüchtlingszahlen

Mit Blick auf die weiter dramatisch steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland forderte der Verbandschef eine Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik in Deutschland: „Anfang des Jahres ging das Bundesamt für Migration von 300.000 Asylanträgen im Jahre 2015 aus. Mittlerweile wurde die Zahl auf 450.000 erhöht. Selbst die Zahl von 500.000 Asylsuchenden erscheint heute möglich. Viele Kommunen kommen bereits jetzt deutlich an ihre Leistungsgrenze bei Unterbringung, Versorgung und Integration der Antragsteller. Im Hinblick auf die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten werden die Flüchtlingsströme auch mittelfristig anhalten. Wir brauchen daher eine Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik in personeller, organisatorischer und finanzieller Hinsicht.“ Hier seien alle staatlichen Ebenen gefordert, Bund, Länder und Kommunen, aber auch die gesamte Gesellschaft.

Erstaufnahmeeinrichtungen

Die Länder müssten die Zahl der Erstaufnahmeeinrichtungen deutlich erhöhen. Bereits in diesen Erstaufnahmeeinrichtungen sei über den Asylantrag zu entscheiden. Dies setze voraus, dass der Bund das Personal beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – wie angekündigt – deutlich aufstockt. Derzeit seien dort über 200.000 Asylanträge anhängig, über die noch nicht entschieden wurde. „Eine Verteilung auf die Kommunen sollte erst nach positiver Asylentscheidung erfolgen“, erläuterte Schramm. Dafür sei ein ausreichender zeitlicher Vorlauf nötig, damit die Städte und Gemeinden die Unterbringung und Versorgung vorbereiten könnten und nicht plötzlich durch eine hohe Zahl von Flüchtlingen „überrascht und überfordert“ würden.

„Abgelehnte Bewerber müssen ausreisen oder zurückgeführt werden. Zurzeit kommen über 40 Prozent der Antragsteller aus sicheren Ländern in Europa, insbesondere aus den Balkanstaaten“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. „Das deutsche Asylrecht ist nicht das geeignete Instrument, um Wirtschaftsflüchtlings zu helfen. Sie sollten in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben, nur Sachleistungen erhalten und von dort ausreisen.“ Gleichzeitig sei die Bundesregierung gefordert, auf die Herkunftsländer einzuwirken und mit Programmen der EU diesen Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive aufzubauen.

Bauprogramm

„Um die große Zahl insbesondere der Bürgerkriegsflüchtlinge langfristig möglichst dezentral unterzubringen, müssen Bund und Länder ein Bauprogramm auflegen“, forderten Schramm und Landsberg. „Die Kommunen bekennen sich zur Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge, erwarten aber die vollständige Kostenübernahme durch Bund und Länder einschließlich der Gesundheitskosten. Die Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, mit der die Flüchtlings-

ströme gemeistert werden müssen, ist eindeutig eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ist die Flüchtlingsfrage eine gesamteuropäische Herausforderung, die auch die EU in den nächsten Jahren vorrangig beschäftigen werde. Erforderlich sei eine solidarische Verteilung bei der Aufnahme von Asylbewerbern. Verwiesen wurde auf ein europäisches Quotenmodell, das Flüchtlinge gerechter über Europa verteilen würde. Selbstverständlich werde man dabei die Größe, die Wirtschaftskraft und die allgemeine Situation des jeweiligen Landes zu berücksichtigen haben. Für eine Übergangszeit sollte man besonders betroffene Staaten entlasten, führten Schramm und Landsberg aus.

Einheitliche Standards

Zu einer europäischen Asylpolitik gehöre auch, dass einheitliche humanitäre Standards gelten, die von allen Mitgliedsstaaten eingehalten werden müssen, damit den Flüchtlingen eine gesicherte Lebens- und Integrationsperspektive geboten werden kann. „Als Wertegemeinschaft hat die EU auch den Auftrag, diese Werte gegenüber den Flüchtlingen in Solidarität umzusetzen“, stellten Schramm und Landsberg fest.

„Massiven Nachholbedarf“ sieht Ersterer beim Thema digitale Infrastruktur. „Ein flächendeckender Ausbau mit einer leistungsstarken Breitbandinfrastruktur ist dringend erforderlich, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes nicht aufs Spiel setzen wollen“, unterstrich Schramm. Benötigt würden kurzfristige Lösungen zur besseren Versorgung der bislang nicht oder unzureichend erschlossenen Regionen. Perspektivisch müsse ein flächendeckendes Hochleistungsnetz auf Glasfaserbasis das Ziel sein.

Schnelles Internet

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine flächendeckende Versorgung mit einer Geschwindigkeit von 50 MBit/s bis zum Jahr 2018 in Aussicht gestellt. Dieses Ziel muss aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auch ernsthaft verfolgt werden. „Wir erwarten vom Bund, dass er die dafür notwendigen finanziellen Mittel schnell bereitstellt“, betonte Schramm. „Die Menschen und die Wirtschaft in den bislang nur unzureichend versorgten Regionen sind auf diese Technologie angewiesen.“ Derzeit seien nur rund 65 Prozent der Haushalte mit dieser Breitband-Geschwindigkeit versorgt.

Hauptgeschäftsführer Landsberg forderte ein Umdenken bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen: „Um den Breitbandausbau für die Unternehmen in den Regionen attraktiver zu machen, in denen er sich derzeit nicht lohnt, brauchen wir neue Ansätze bei der Regulierung.“ Bislang orientiere sich diese am Grundsatz „möglichst preiswert“, zukünftig müsse aber das Prinzip „möglichst schnell und flächendeckend“ in den Mittelpunkt rücken. „Der flächendeckende Breitbandausbau wird nur gelingen, wenn wir für alle Beteiligten akzeptable Bedingungen schaffen“, so Landsberg.

„Investitionen in Breitband sind Investitionen in die Zukunft Deutschlands“, machte er deutlich. Die Verfügbarkeit dieser Technologie bilde das Fundament für alle kommunalen Zukunftsthemen. „Neue Wege in der Gesundheitsversorgung über Telemedizin, die digitale Verwaltung oder das virtuelle Rathaus sind

ohne Breitband nicht möglich. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels brauchen wir aber diese Innovationen, um Städte und Gemeinden für die Zukunft gut aufzustellen.“

Ein klares Signal für eine Verbesserung der Investitionsbedingungen in den Kommunen erwartet der DSfGB von der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Schramm zufolge hat der Investitionsrückstand in Deutschland ein dramatisches Ausmaß angenommen. Deutschland sei die größte und erfolgreichste Volkswirtschaft in Europa. Diese Führungsposition werde nur zu erhalten sein, „wenn wir auch eine leistungsfähige Infrastruktur sichern. Gute Schulen, Straßen, Wege, Plätze sowie in ein leistungsfähiges, flächendeckendes Breitbandnetz, sind unverzichtbare Bausteine für eine erfolgreiche Wirtschaft und die Grundlage für Lebensqualität, Sicherheit und Wohlstand.“

Verfall der Infrastruktur

Als besonders dramatisch bezeichnete der Präsident den rapiden Verfall der kommunalen Infrastruktur. Die Kommunen schöben einen immensen Investitionsstau vor sich her, der sich nach Berechnungen der KfW-Bankengruppe auf insgesamt 132 Milliarden Euro beläuft. „Bei Straßen, Wegen und Brücken wird seit Jahren nur geflickt und nicht grundlegend saniert. Diese Defizite werden nicht nur als Belastung für die Wirtschaft wahrgenommen, sondern beeinträchtigen auch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Lebensqualität durch gesperrte Brücken, Geschwindigkeitsbeschränkungen wegen Straßenschäden, verfallende Schwimmbäder, sanierungsbedürftige Schulen und fehlende Stadtsanierungen. Von der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen muss ein Signal für eine nachhaltige Infrastruktur-offensive ausgehen“, hob der DSfGB-Chef hervor.

Es müsse endlich sichergestellt werden, dass die Politik neben der sozialen Gerechtigkeit auch die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur in ihre Zielsetzung aufnimmt und nachhaltig umsetzt. Viel zu sehr sei auch die öffentliche Diskussion ausschließlich auf die richtige Justierung der sozialen Sicherungssysteme konzentriert. Dabei dürfe nicht übersehen werden, dass auch die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats von einer leistungsfähigen Infrastruktur abhängt, mit der die notwendigen Mittel für soziale Leistungen durch eine funktionsfähige Wirtschaft erarbeitet werden könnten.

Richtiger Schritt

Die geplante Ausweitung der kommunalen Investitionen in Höhe von 15 Milliarden Euro zwischen den Jahren 2016 und 2018 durch den Bund sei ein wichtiger und richtiger Schritt, dem nun weitere folgen müssten, betonte Schramm.

Gerd Landsberg wies darauf hin, dass die zusätzlichen kommunalen Investitionen nicht nur durch Geld, sondern auch durch Verfahrenvereinfachungen erleichtert werden müssen. Längst gehöre Deutschland bei der Geschwindigkeit der Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen zu den Schlusslichtern, nicht nur bei Flughäfen. „Made in Germany muss wieder zum Markenzeichen für Qualität, Effizienz und solide Umsetzungen auch bei den Investitionsvorhaben werden. Den Titel des Weltmeisters von Bedenken und Ängsten sollten wir nicht anstreben“, unterstrichen Schramm und Landsberg. Zudem verwies sie darauf, „dass der DSfGB zurzeit keinen Spielraum für Steuerentlastungen sieht“. **DK**

Erstmaliger „Tag der Städtebauförderung“:

Facettenreiche Projektpalette

Mehr als 570 Städte und Gemeinden haben mit zahlreichen Veranstaltungen am erstmaligen bundesweiten „Tag der Städtebauförderung“ teilgenommen. Ziel war es, die Bürgerbeteiligung zu stärken und kommunale Projekte der Städtebauförderung der Öffentlichkeit zu präsentieren. Der Aktionstag war eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag sowie Deutschem Städte- und Gemeindebund.

Die Spannweite der Projekte, die die Städte und Gemeinden interessierten Bürgern vorstellten, reichte von Baustellenbesichtigungen, Ausstellungen, Fachforen und Podiumsgesprächen bis hin zu Einweihungen, Rundgängen und Festen. Inhaltlicher Bezugspunkt war stets ein Stadterneuerungs- oder Stadtentwicklungsprojekt in der Stadt, Gemeinde oder im Quartier. Den Rahmen hierfür setzten die gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen getragenen Städtebauförderprogramme Soziale Stadt, Stadtumbau Ost und West, Städtebaulicher Denkmalschutz, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren und Kleinere Städte und Gemeinden.

Jüdisches Museum Franken

Anlässlich des „Tags der Städtebauförderung“, der in allen Regierungsbezirken ein voller Erfolg war, hat Bauminister Joachim Herrmann den Spatenstich für den Erweiterungsbau zum Jüdischen Museum Franken in Fürth gesetzt. Es handelt sich dabei um eines der bedeutendsten Museen für jüdische Geschichte und Kultur in Deutschland.

Mit dem Neubau entstehen Räume für Wechselausstellungen, ein Veranstaltungsraum, eine

Studienbibliothek sowie ein großzügiges Foyer mit Café und Shop. Der kubische Anbau fügt sich in die bestehende Situation ein und erhält den historischen Altbau fast unangetastet. Das rund 5,6 Millionen Euro teure Neubauprojekt leistet einen wichtigen Bei-

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme
www.renz-container.eu

trag zur Stärkung der Innenstadt von Fürth. Aufgrund dieser besonderen Strukturbedeutung konnte über den Regelfördersatz von 60 % eine Beteiligung der Städtebauförderung von 80 % bereitgestellt werden.

Vorzeigeprojekt

Das Vorzeigeprojekt ist Teil eines 115 Millionen Euro starken Strukturprogramms, das die Bayerische Staatsregierung Ende 2009 im Zuge der Insolvenz des Quelle-Konzerns zur Unterstützung der Städte Nürnberg und Fürth aufgelegt hatte. Das Strukturprogramm Nürnberg/Fürth trägt zur Stärkung und Entwicklung der Innenstadt Fürth bei. Im Zuge des Sonderprogramms un-

terstützt die Städtebauförderung folgende weitere Projekte in Fürth: Errichtung des Ludwig-Erhard-Zentrums, Umbau und Sanierung des Jugendhauses Otto sowie Sanierung und Umbau der ehemaligen Schickedanz-Villa zur Wilhelm-Löhe-Hochschule.

Neben weiteren Großstädten wie München und Nürnberg waren auch zahlreiche kleinere Städte und Gemeinden aus Bayern beim ersten „Tag der Städtebauförderung“ mit dabei. Programmatisch

in den Tag eingebunden war die Einweihung des in den 1960er Jahren für die umliegenden Geschosswohnungen als Quartierszentrum geplanten „Neuen Platz“ im oberbayerischen Geretsried. Wie Regierungspräsident Christoph Hillenbrand lobend hervorhob, wurde nach intensiven Diskussionen in mehreren Bürgerworkshops und einstimmigem Stadtratsbeschluss die bisherige u-förmige Straßenführung auf zwei Stichstraßen reduziert.

Die Regierung von Oberbayern bezuschusst die Stadt Geretsried für die Umgestaltung des Neuen Platzes mit über 832.000 Euro, bei veranschlagten Gesamtkosten von 1,5 Millionen Euro. Die Förderung erfolgt im Rahmen der Bundesländer-Städtebauförderung nach

dem Teilprogramm Soziale Stadt – Investitionen im Quartier. Auf der so vergrößerten Fläche hinter den Pavillons entstanden mit einer Brunnenanlage, Bänken und Spielgeräten Aufenthaltsbereiche für alle Generationen. Der Wochenmarkt könnte nun neben den Pavillons seinen neuen Standort beziehen.

Bahnhof in Deggendorf

Während sich in Oberbayern 17 Gemeinden am „Tag der Städtebauförderung“ beteiligten, fanden in der Oberpfalz in 26 Städten, Märkten und Gemeinden Veranstaltungen und Aktionen statt. In Niederbayern wiederum stand unter anderem der Spatenstich für den barrierefreien Bahnhof in Deggendorf im Zentrum des Interesses. Die Konstruktion eines neuen Lifts zur Bahnunterführung an der Schwaigerbreite wird analog zu den bereits vorhandenen Aufzügen sein und den bevölkerungsreichsten Stadtteil barrierefrei an die Bahnhofstraße und die Innenstadt anbinden. Die Kosten belaufen sich auf etwa 574.000 Euro.

Barrierefreiheit

Wie Oberbürgermeister Dr. Christian Moser vor zahlreichen Gästen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung betonte, habe Deggendorf in den vergangenen Jahren massiv von Städtebau-Fördermitteln in ihren Sanierungsgebieten „Altstadt“ und „Schaching“ profitiert; dies unter anderem bei der Neugestaltung des Kulturviertels, beim Parkdeck auf der Ackerloh und bei der Umgestaltung des Bahnhof-Vorplatzes. Künftig würden auch zahlreiche weitere Maßnahmen dazu beitragen, Deggendorf barrierefreier zu machen. **DK**



Auch die Stadt Würzburg nahm am Aktionstag teil. Unser Bild zeigt den Heuchelhof nach der Sanierung. Dort wurde mit Mitteln der Städtebauförderung ein attraktives Bewegungsfeld errichtet. □

Online über Architektur diskutieren

Vor kurzem eröffnete BDAtalk, das Online-Debattenmagazin des BDA Bayern, die Diskussion über Chancen und Risiken beim Umgang mit der Gestalt der bayerischen Kulturlandschaft.

Zum Auftakt äußerten sich u.a. Dr. Jörg Heiler (Architekt und Stadtplaner, Kempten), Prof. Dr. Stefan Kurath (Architekt und Urbanist, Zürich und Graubünden), Mathias Pfeil (Generalkonservator des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, München), Walter Heidl (Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, München), Prof. Dr. Cordula Kropp (Sozialwissenschaftlerin, München) und Gerhard Hagen (Fotograf, Bamberg).

Anlass sind Pläne der Bayerischen Staatsregierung unter dem Motto „Bayern Heimat 2020“, das Ausweisen von Gewerbegebieten auf dem Land zu erleichtern. Durch die Lockerung des sog. Anbindegebots wird auch der Bau auf der grünen Wiese erlaubt sein.

Mit dem Verschwimmen der Grenzen zwischen Stadt und Land entstehen neue, hybride Stadtland-

schaften – selten geschätzt aber gelebte Wirklichkeit und Produktion unserer Gesellschaft.

Welche räumlich-ästhetischen Qualitäten haben diese Stadtlandschaften? Welche ökonomischen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten stecken in ihnen? Wie können Öffentlichkeit und Politik für diese Stadtlandschaften sensibilisiert werden? Welche Verantwortung tragen wir als Gesellschaft, dem willkürlichen Flächenfraß Einhalt zu gebieten und uns zu fragen, welche Stadtlandschaften wir zukünftigen Generationen hinterlassen wollen?

Mit BDAtalk initiiert der Bund Deutscher Architekten BDA Bayern eine umfassende und breite Online-Debatte hinsichtlich der Qualität von Baukultur über die bayerischen Landesgrenzen hinaus. Weitere Info unter www.bda-bayern.de □

Schülerheim der Berufsschule Lauingen:

Erweiterungsbau eingeweiht

Mit der Erweiterung des Schülerheimes der Staatlichen Berufsschule Lauingen um 68 Betten hat das Kommunalunternehmen des Landkreises Dillingen (KDL) optimale Bedingungen für die Unterbringung der heimberechtigten Schülerinnen und Schüler geschaffen. Bei der Einweihung des dreigeschossigen Erweiterungsbaus betonte Landrat Leo Schrell, dass ein bedarfsgerecht ausgestattetes Schülerheim unabdingbare Voraussetzung für eine positive und stabile Entwicklung des beruflichen Schulzentrums sei.

So sei die Berufsschule Lauingen beispielsweise auf dem Gebiet der Umweltechnik bayernweit und teilweise darüber hinaus zentrale Ausbildungsstätte in Berufen der Zukunft. „Vor diesem Hintergrund stärken wir mit einem modernen und zeitgemäß ausgestatteten Gebäude nachhaltig unsere weithin anerkannte Bildungseinrichtung und damit schlussendlich unseren stark produktionsorientierten Wirtschaftsraum“, unterstrich Schrell die Notwendigkeit der 6 Mio. Euro teuren Maßnahme, die in einer relativ kurzen Bauzeit von nur 15 Monaten realisiert wurde. Rechtzeitig zum neuen Schuljahr 2014 / 2015 waren die 34 2-Bett-Zimmer in den beiden Obergeschossen bezugsfertig. Die Verwaltungs- und Gemeinschaftsräume sowie das Bistro konnten im November 2014 in Betrieb genommen werden.

Seit dem Jahr 2000 sind für rund 240 Berufe neue bzw. zeitgemäßere Ausbildungsordnungen in Kraft gesetzt worden. „Mit der steigenden Zahl von neuen Berufen und den veränderten Anforderungen“, so der Landrat, „haben sich auch die Anforderungen an die Lehrkräfte und die Sachausstattungen der Berufsschule geändert.“ Deshalb habe die Erweiterung des Schülerheimes im Interesse einer nachhaltigen Stärkung sowohl des Berufsschulstandortes als auch des Wirtschaftsstandortes Landkreis Dillingen fraktionsübergreifend breite Unterstützung gefunden. Leo Schrell dankte in diesem Zusammenhang auch Stimmkreisabgeordnetem Georg Winter und dem früheren Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß. Beide hatten

sich im Interesse einer bestmöglichen Förderung dafür eingesetzt, dass Schülerheime wieder in den Maßnahmenkatalog aufgenommen werden, der eine Förderung überhaupt erst ermöglichte.

MdL Georg Winter betonte dazu in seinem Grußwort, dass der Freistaat Bayern wichtige Rechtsänderungen teilweise gegen große Widerstände vorgenommen habe, um die Landkreise mit Internatsstandorten besser finanziell unterstützen zu können. „In die Förderrichtlinien des Finanzausgleichs wurde auch die Förderung von Schulinternaten aufgenommen und so gestaltet, dass Kommunalunternehmen förderfähig sind. Den Erweiterungsbau Lauingen fördert der Freistaat deshalb mit 1,573 Millionen Euro“, freute sich Winter.

Zudem sei das Schulfinanzierungsgesetz dahingehend geändert worden, dass die Investitionskosten ausschließlich auf die das Schülerheim nutzenden Schüler entfallen werden. Die vorherige Gesetzeslage sei sachlich nicht nachvollziehbar, ungerecht und für den Landkreis finanziell nachteilig gewesen.

Für den Leiter der Staatlichen Berufsschule Lauingen (Donau), Oberstudiendirektor Werner Wittmann, und das Lehrerkollegium ging mit der Fertigstellung des Erweiterungsbaus ein großer Wunsch in Erfüllung. „Es ist ein beruhigender Gedanke, dass die jungen Menschen nun nicht mehr in Hotels und Pensionen über den näheren Landkreis verstreut sind, sondern gemeinsam betreut und verköstigt ihre Schulwoche an der Berufsschule verbringen können“, zeigte sich Wittmann bei seiner

Begrüßung zufrieden. Auch böte der komfortabel ausgestattete Neubau kurze Distanzen zwischen theoretischem und praktischem Lernen auf der einen und der bedarfsgerechten Unterbringung auf der anderen Seite.

Bürgermeister Wolfgang Schenk betonte in seinem Grußwort, dass insgesamt ein zukunftsorientierter Bau errichtet worden sei, der durch modern und freundlich eingerichtete Unterkünfte kombiniert mit neuester Technik ein attraktives Lern- und Lebensumfeld schaffe. In Bezug auf die Standortwahl bringe die Realisierung des Erweiterungsbaus des Schülerheims wichtige Synergieeffekte mit sich. So sei das Gebäude zum einen in unmittelbarer Nähe der Ausbildungsschule und zum anderen direkt an das Gebäude und die Gemeinschaftseinrichtungen der Bayerischen Verwaltungsschule angeschlossen.

Einschließlich des Bestandsgebäudes stehen nunmehr 208 Betten im Schülerheim des Landkreises dauerhaft zur Verfügung. „Bei durchschnittlich 218 unterzubringenden Schülern pro Woche ist die nunmehr vorhandene Kapazität bedarfsgerecht“, betonte Schrell. Im laufenden Schuljahr werden rund 39.000 Übernachtungen erwartet. Deshalb stünden in Spitzenzeiten weiterhin 30 Betten übergangsweise im Bildungszentrum der Bayerischen Verwaltungsschule zur Verfügung.

Der Landrat betonte in seiner Ansprache zudem, dass sich die Modernität des Gebäudes neben seiner Architektur auch im energetischen Standard widerspiegle. So sei das Energiekonzept des modernen und zeitgemäß ausgestatteten Neubaus so gestaltet worden, dass eine Errichtung im KfW-70-Standard möglich gewesen sei und damit bereits bessere Standards erzielt werden konnten, als dies die zur Bauzeit gültigen Anforderungen der Energieeinsparverordnung 2009 vorgegeben haben. □



Unser Service für

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolios. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ▶ Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

Bayern LB

16. Kongress neue Verwaltung in Leipzig:

stabil.mobil.agil.

Der diesjährige Kongress neue Verwaltung in Leipzig hob unter dem Motto „stabil.mobil.agil.“ die Bedeutung der öffentlichen Verwaltung für Wirtschaft und Gesellschaft in Beziehung zu den aktuellen Entwicklungen in Bund, Ländern und Gemeinden hervor. Besondere Schwerpunkte waren u.a. die Themen Gesundheitsmanagement und Personalentwicklung. Zudem standen die Programmpunkte Datenschutz, Personalvertretungsrecht, Dokumentenmanagement und eAkte, Kooperatives eGovernment, mobile Government und One Stop Government auf der Agenda.

Plenumsveranstaltungen, über 40 Fachforen und Workshops sowie eine Fachausstellung mit etwa 50 Ausstellern boten den rund 1.000 Besuchern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz hervorragende Möglichkeiten, den Weg in eine bürgernahe und leistungsstarke öffentliche Verwaltung aktiv mit zu gestalten. Veranstalter des Kongresses waren die dbb akademie und tarifunion.

Rasantes Tempo

Wie die Geschäftsführerin der dbb akademie, Anke Weigend, zum Auftakt des Kongresses deutlich machte, stehe die öffentliche Verwaltung vor großen Herausforderungen. Global eng verbundene Beziehungsgeflechte, die Menge verfügbarer Informationen, die dynamische Entwicklung von Politikfeldern und der technologische Wandel sorgen für immer weiter steigende Anforderungen. „Die Digitalisierung der Verwaltung entwickelt sich in rasantem Tempo und macht das Thema eGovernment zum wichtigsten Faktor der Verwaltungsmodernisierung“, stellte Weigend fest und ergänzte: „Wirtschaft, Bürger und Politik erwarten von der Verwaltung in diesem Zusammenhang effiziente Abläufe, transparente Verfahren und proaktives Verhalten.“

Als eine der größten Herausforderungen bezeichnete Weigend die Umstellung auf ein mobiles eGovernment. Bürgerinnen und Bürger hätten sich inzwischen daran gewöhnt, mit Hilfe von Smartphones oder anderen mobilen Endgeräten Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. „Derzeit stehen auch die Verwaltungen vor der Aufgabe, ihre traditionellen Informationsangebo-

te und Portale auf solche Geräte zu bringen“, betonte die Geschäftsführerin.

Welche Kompetenzenanforderungen bestehen im digitalen Zeitalter für Staat und Verwaltung? Laut Prof. Dr. Tino Schuppan, Professor für Public Management an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit und wissenschaftlicher Direktor am Institut für eGovernment (IfGCC) in Potsdam, verlangt das Konzept der vernetzten Verwaltung, das digitale Netzwerktechnologien mit der kooperativen Nutzung gesellschaftlich verfügbaren Wissens und Engagements kombiniert, eine neue Sicht auf bestehende Verwaltungsprozesse und -strukturen. Die durch IT veränderte Arbeitssituation erfordere eine Kompetenzerweiterung aller am Verwaltungsprozess Beteiligten. Hierzu gehöre insbesondere eine fachübergreifende Sicht, in der die Informationstechnik als integraler Teil von Veränderungen gesehen werden müsse.

Schwerpunkte

Peter Beuth, Hessischer Minister des Innern und für Sport, hob seinerseits als zwei besondere Schwerpunkte im digitalen Wandel die Unterstützung von Kooperationen sowie den Fokus auf IT- und Cyber-Sicherheit hervor.

Bei welchen Themen im Rahmen des digitalen Wandels ist schon viel erreicht und wo hat die Verwaltung schon modernisiert? Zu diesen Fragen bezog Dr. Marianne Wulff, Geschäftsführerin VITAKO e.V. dezidiert Stellung. Ihrer Ansicht nach muss die Politik in Bund, Ländern und Kommunen schnellstmöglich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung schaffen – „das heißt für sichere Straßen, für Leitplan-

ken und Regeln sorgen, auf denen sich die Umsetzer bewegen können“. Weiteres Zögern beim Abschneiden alter Zöpfe wie dem Schriftformerfordernis und dem persönlichen Erscheinen verbiete sich vor dem Hintergrund der Dynamik des Wandels. „Damit wir eine höhere Reisegeschwindigkeit erreichen, sollten Bund und Länder ggf. auch zentrale Infrastrukturkomponenten bereitstellen – von breitbandigem Internet bis zu IT-Komponenten wie E-Payment“, erklärte Wulff.

Interoperable Lösungen

Damit dies Wirklichkeit werden kann, würden interoperable Lösungen für alle Verwaltungsebenen und Lösungen der Privatwirtschaft benötigt, um in allen Räumen (Zentren, ländliche Räume usw.) gleichwertige Leistungen als Service anbieten zu können. Wulff: „Wir brauchen digitale, organisationsübergreifende Prozessketten. Denn Daten und Informationen verlassen die einzelne Verwaltung – sei es als Bescheid für Bürger und Unternehmen oder als Daten, die von einer anderen Behörde weiterverwendet werden. Ohne organisationsübergreifende Prozessgestaltung können die Bürger und Unternehmen öffentliche Dienstleistungen nur eingeschränkt nutzen.“

Wichtige Rollen

Politik und öffentliche Verwaltung spielten im digitalen Wandel wichtige Rollen, fuhr Wulff fort. Wegen ihrer besonderen Verantwortung für Gemeinwohl und Lebensqualität seien Politiker und Verwaltungsspitze die „natürlichen“ Initiatoren, Koordinatoren und Begleiter des digitalen Wandels. Sie seien die Treiber einer Entwicklung, die viele Akteure im Gemeinwesen (mit-)gestalten sollen.

Als eine Variante bezeichnete Wulff die Einbeziehung der Mitglieder des Gemeinwesens in die Leistungsproduktion als Ko-Produzenten. Damit seien nicht nur Baupatenschaften oder die Be-

füllung des Mängelmelders gemeint; Bürger und Bürgerinnen könnten zu Lehrpersonen in regionalen Bildungslandschaften werden oder mit ihrem speziellen Know-how Teil-Leistungen erbringen, z. B. die Betreuung von Sportplätzen, Schwimmbädern oder ähnlichen Stätten des öffentlichen Lebens übernehmen. Bürger könnten Informationen liefern oder ihre handwerklichen und intellektuellen Fähigkeiten einbringen.

Wulff zufolge sind NGOs Teil einer vernetzten Kommune z.B. im Sozialbereich. „Unternehmen können in Partnerschaften zur Energiewende Gutes tun. Ärzte können sich in telemedizinischen Projekten engagieren, Nahverkehrsbetriebe können Transport- und Logistikaufgaben übernehmen, Übersetzer können auf digitalen Wegen auch in entfernten Orten für die Beratung von Flüchtlingen tätig werden usw.“

Viele Veränderungen

Die Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung seien im digitalen Wandel mit vielen Veränderungen zum Teil gleichzeitig konfrontiert: Ein Grundrecht auf Papier gebe es nicht mehr, so die Geschäftsführerin. Die Kraft des persönlichen Erscheinens und der Unterschrift seien in Frage gestellt, d.h. eingetübte Regeln, die bisher Garant für ordnungsgemäßes und rechtssicheres Handeln waren, müssten über Bord geworfen werden. Die informellen Routinen der Zusammenarbeit und überflüssige, aber liebgewordene Schleifen im Arbeitsprozess kämen ans Tageslicht, wenn die Arbeitsprozesse elektronisch unterstützt werden.

Umdenken erforderlich

Transparenz des Verwaltungshandelns durch die Bereitstellung und Weiternutzung von Daten für die Öffentlichkeit erfordere massives Umdenken, erzeuge ggf. Ängste und Widerstand. Mobiles Arbeiten erfordere informationstechnisches Wissen und gute Selbstmanagementkompetenz, Zusammenarbeit müsse anders organisiert werden. Die Kooperation mit Fachleuten aus anderen Verwaltungen oder gar aus der Zivilgesellschaft sei ungewohnt „und will eingeübt sein“. Dabei nähmen die Führungskräfte in dieser Entwicklung eine besondere Rolle ein: „Sie müssen die Chancen des digitalen Wandels für den eigenen Wirkungskreis erkennen und nutzen und dies auch überzeugend kommunizieren“, erläuterte Wulff.

dbb Innovationspreis

Zum zweiten Mal nach 2013 wurde im Rahmen des Kongresses der dbb Innovationspreis verliehen. 2015 ging er an das Modellprojekt „Kooperatives eGovernment in föderalen Strukturen“, initiiert von der Metropolregion Rhein-Neckar, den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz sowie dem Bund. Mit 20.000 Euro zählt der Award zu den höchstdotierten Auszeichnungen im deutschsprachigen Raum und soll Neuerungen im öffentlichen Dienst initiieren, fördern und der Öffentlichkeit als Best-Practice-Beispiele bekannt machen.

Den zunehmenden Schwierigkeiten, Berufsnachwuchs zu gewinnen, begegnen die kommunalen Arbeitgeber im Münsterland und in Ostwestfalen-Lippe gemeinsam mit dem Studieninstitut Westfalen-Lippe einerseits und im Kreis Lippe andererseits mit den interkommunalen Nachwuchskampagnen „azubi-kommunal.de“ und „GO K.A.Li“, die in diesem Jahr beide einen Sonderpreis von je 2.500 Euro erhielten. Die Kampagnen arbeiten mit speziell auf junge Menschen zugeschnittenen Instru-

Erfolg braucht Raum**Plädoyer für eine neue emotionale Bürokultur**

Was motiviert deutsche Arbeitnehmer? Diese Frage ist nicht nur „Dauerbrenner“ in Chefetagen kleiner bis großer Unternehmen, sondern auch Kernthema der aktuellen Studie „Arbeitsmotivation 2015“ der ManpowerGroup. In die Top Ten der motivierendsten Faktoren wählten die über 1.000 Befragten auch eine ansprechende Raumgestaltung, Pflanzen im Büro und zeitgemäßes Mobiliar am Arbeitsplatz.

Ein Ergebnis, das Gaby Jansen kein bisschen überrascht. Die Expertin für Mitarbeitergewinnung und -bindung mit dem Schwerpunkt „Wohlfühlfaktor Arbeitsplatz“ plädiert schon lange für eine emotionalere Büro- kultur, die den optimalen Raum für motiviertere und damit erfolgreichere Mitarbeiter schafft.

Traurige Realität

Kein Klischee, sondern leider nach wie vor traurige Realität an vielen deutschen Schreibtischen ist der typische „Bürolook“: Unpersönlich und meist trist gestaltete Räume, in denen allein Funktionalität den Ton angibt. Und dieser variiert noch dazu gerne zwischen maus- und staubgrau. Aber auch ein anderes Extrem taucht immer häufiger auf: „Arbeitswelten“, die eher einem überdimensionalen Kinderland gleichen, in dem Möbelhausbesucher gerne ihren Nachwuchs abgeben. Besonders beliebt ist dieser neue Infantilismus in puncto Büroeinrichtung bei Unternehmen der klassischen Startup-Branche, die auf diese Weise vor allem ihr innovatives Image unterstreichen wollen.

Der Mensch im Mittelpunkt

Denn: Der Mensch hinter dem Schreibtisch steht in beiden Fällen eher selten im Fokus, geschweige denn seine Bedürfnisse, sagt Raumgestalterin und Marketingprofi Gaby Jansen und sieht in dieser Tatsache auch einen gewichtigen Grund für allgegenwärtige Personalprobleme wie die innere Kündigung von Arbeitnehmern, hohe Krankenstände oder eine generell sinkende Loyalität von Angestellten gegenüber ihrem Unternehmen.

Dabei könnte die richtige Raumgestaltung exakt das Gegenteil bewirken und Unternehmen sozusagen in die Hände spielen. Eine optimale Arbeitsat-

menten wie Websites und Apps sowie Werbung und Aktionen auf Jobmessen, um auf den attraktiven Arbeitgeber Öffentlicher Dienst aufmerksam zu machen, räumen auf mit falschen Vorstellungen und wollen junge motivierte Menschen für das vielfältige und abwechslungsreiche Angebot der kommunalen Arbeitgeber interessieren.

Lob für Aktionsfähigkeit

Hans-Ulrich Benra, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, lobte anlässlich der Preisverleihung die Aktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes: „Erneut belegen drei ausgezeichnete Best-Practice-Beispiele, dass Deutschlands öffentlicher Dienst und seine Beschäftigten ein hohes Maß an Problembewusstsein und Lösungskompetenz in sich tragen.“

Ob im Modellversuch föderale Hürden überwunden oder interkommunal der konzertierte Kampf um die besten Köpfe auf dem Arbeitsmarkt angegangen wird – der öffentliche Dienst stellt sich den Herausforderungen offensiv und mit guten Ideen. Daher profitieren Verwaltung und Bürger gleichermaßen, weil öffentliche Dienstleistungen optimiert und ihre Qualität gesichert werden“, unterstrich Benra. **DK**

mosphäre kann nicht nur gesündere, sondern auch kreativere, motiviertere und erfolgreichere Mitarbeiter hervorbringen, ist Jansen überzeugt. Noch dazu sieht sie in Räumen das ideale Medium, um Unternehmenskultur sprichwörtlich bis in jeden Winkel und an jeden einzelnen Arbeitsplatz zu kommunizieren.

bleibt nur die Frage nach dem Wie. Für Gaby Jansen ist die Antwort darauf ganz einfach: „Bei allen Theorien und innovativen Ansätzen über das Büro der Zukunft sollte vor allem der Mensch im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen. Die Bedürfnisse der Mitarbeiter sind die entscheidenden Parameter, um eine wirkliche Wohlfühl- atmosphäre zu schaffen.“

Wie das konkret in der Praxis aussieht, weiß die Expertin für Home Staging und Redesign ebenfalls und empfiehlt ihren Kunden immer erst einmal ein paar grundlegende Arbeitsplatzoptimierungen:

- Damit Mitarbeiter hellwach bleiben, sollten mehrere Lichtquellen im gesamten Raum verteilt leuchten. Der Wechsel von direkter und indirekter, tageslichtähnlicher Beleuchtung macht gute Laune.

- In vielen Büros ist es den Mitarbeitern schlicht und ergreifend zu laut und die Konzentration leidet. Die Lösung? Geräuschkulissen reduzieren. Auch mit Akustik-Bildern oder Deckensegeln als schallschluckende Elemente oder mobilen Grünwänden lassen sich Produktivitätssteigerungen von bis zu 30 Prozent erzielen. Eine Wohltat für Auge und Ohr und nachweislich konzentrationsfördernd.

- Farben haben eine enorme stimmungsbildende Wirkung, was nicht nur dem Wohlbefinden dient, sondern auch verkaufsfördernd wirken kann. Die animierende Wirkung von Farben lässt sich also nutzen, um Räume frisch oder beruhigend zu gestalten, je nachdem welche Wirkung erzielt werden soll. Abgestimmt auf die Firmenfarben wird so außerdem die Gesamtwahrnehmung eines Unternehmens positiv unterstützt.

- Ein oft unterschätzter Klassiker unter den Motivationstools: Außergewöhnlich guter Kaffee, frisches Obst und individuelle Entspannungsmöglichkeiten für notwendige Pausen. Diese Maßnahmen erhöhen nachweislich die Zufriedenheit und Treue der Mitarbeiter.

- Am wohlsten fühlen sich Mitarbeiter, wenn sie je nach Aufgabe einen Arbeitsbereich auswählen können, so dass sie frei zwischen freundlich wirkenden Bereichen für lockeren Austausch und kurze Feedbacks, gemütlichen Teamarbeitsplätzen für die Ideenfindung und spannenden Rückzugsräumen für konzentriertes Arbeiten switchen können. Klingt vielleicht im ersten Moment kompliziert, aber es lohnt sich, eine Bürostruktur danach auszurichten. Eine solche Aufteilung macht die einzelnen Mitarbeiter (nicht nur im Kopf) beweglicher, zufriedener, wirkt sich ökonomisch positiv aus und kann eigentlich in jedem Büro umgesetzt werden. So wird der Arbeitsplatz deutlich aufgewertet und zu einem Ort der Begegnung und des sozialen Netzwerkens. **□**

Wohnungsmarktprognose:**Zu wenig Neubau in den Hotspots**

... zu viel Leerstand in den schrumpfenden Regionen

Der Wohnungsmarkt befindet sich im Spannungsfeld wachsender und schrumpfender Regionen. „Die aktuelle Bautätigkeit reicht bei weitem nicht aus, um den Bedarf an neuen Wohnungen in den Hotspots zu decken“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW anlässlich der Präsentation der BBSR-Bevölkerungs- und Wohnungsmarktprognose durch Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks im Rahmen des 2. Forums des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen in Berlin. Dazu seien mindestens 320.000 neue Wohnungen jährlich in den nächsten zehn Jahren notwendig. Auf der anderen Seite dürfen die schrumpfenden Regionen nicht außer Acht gelassen werden. „Wenn wir jetzt nicht handeln, droht vielerorts eine neue Leerstandswelle“, so Gedaschko.

Die neue Bevölkerungs- und Wohnungsmarktprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) soll ein Bild künftiger demografischer Entwicklungen und Trends auf den Wohnungsmärkten vermitteln. Anhand der Studie müssten in den nächsten fünf Jahren 272.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Im Jahr 2014 lag die Zahl der Baufertigstellungen aber erst bei rund 240.000 Wohnungen. Damit gibt es derzeit jährlich immer noch 30.000 Wohnungen zu wenig.

Die Studie beschreibt dabei jedoch nur den zukünftigen Wohnungsbedarf und berücksichtigt nicht den angestauten Nachholbedarf aus den Jahren mit sehr niedriger Bautätigkeit seit 2002. In dieser Zeit sind laut BBSR-Bedarfszahlen näherungsweise 500.000 Woh-

nungen im Geschosswohnungsbau zu wenig gebaut worden. Aus Sicht des GdW sind daher auch angesichts der steigenden Zuwanderungszahlen mindestens 320.000 neue Wohnungen per anno in den nächsten 10 Jahren notwendig.

Warnung des GdW

Der GdW warnte darüber hinaus, dass sich die Dynamik bei den Baufertigstellungen nach jüngsten Zahlen bereits wieder abschwäche. „Es müssen alle an einem Strang ziehen, damit der Neubauboom nicht sofort wieder abebbt“, so Gedaschko. Dass die Zahl der Baufertigstellungen deutlich unter der der Baugenehmigungen liegt, zeigt auch, dass viele Bauinvestoren durch die hohen Baukosten während des

Bauprozesses abgeschreckt werden.

Das Bündel aus energetischen Anforderungen, steuerlichen und baurechtlichen Anforderungen, Auflagen der Kommunen und Baulandkosten hat dazu geführt, dass die Kosten rund um den Neubau von Mehrfamilienhäusern in Deutschland seit dem Jahr 2000 um nahezu 40 Prozent gestiegen sind. „Die Politik muss jetzt handeln“, so Gedaschko. Dazu gehören neben der Abgabe von Grundstücken nach Konzeptqualität anstelle von Höchstpreisen auch ein Stopp bei den Steuerpreisspiralen und wirksame Maßnahmen zur Senkung von Baukosten.

Auf der anderen Seite stellt die Studie klar heraus: Für die Regionen außerhalb der Hotspots bleiben schrumpfende Wohnungsmärkte das bestimmende Thema. Im Jahr 2030 werden nur knapp 39 Prozent aller Kreise noch wachsende Haushaltszahlen ausweisen. „Die derzeit laufende Evaluierung der Stadumbauprogramme muss zu einem Maßnahmenpaket führen, das die Wohnungswirtschaft in die Lage versetzt, den notwendigen Rückbau wirtschaftlich tragbar zu bewältigen“, so Gedaschko. Sonst werde der Wohnungsleerstand drastisch ansteigen. **□**

7. Bayerisches Anwenderforum eGovernment:

IT-Einsatz in der Verwaltung

Unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Landtags diskutierten beim 7. Bayerischen Anwenderforum eGovernment in München rund 350 Teilnehmer über konzeptionelle und praktische Fragen des IT-Einsatzes in der Verwaltung und erörterten zudem aktuelle Entwicklungen der rechtlichen, personellen und technologischen Rahmenbedingungen. Das Forum hat sich seit nunmehr sieben Jahren als eine der wichtigsten eGovernment-Veranstaltungen im Freistaat etabliert.

Durch die Mitwirkung der bayerischen Wirtschaft an der Programmgestaltung wurde sichergestellt, dass auch die wichtige eGovernment-Schnittstelle Wirtschaft/Verwaltung repräsentiert ist. Auf der diesjährigen Agenda standen die Themen Cybersicherheit, Datenschutz, Informationssicherheit, aktuelle eGovernment-Projekte (Erfahrungsberichte), eGovernment und Wirtschaft, Arbeitsplatz der Zukunft, eGovernment-Portale im Vergleich, rechtliche Entwicklungen im eGovernment, Smart City sowie ebenenübergreifendes e- und openGovernment. Wie immer wurde das Programm begleitet von einer Fachausstellung mit neuesten Lösungen, Konzepten und Anwendungen rund um eGov.

Für schnelleres Tempo

Landtagsvizepräsident Peter Meyer, der das Forum eröffnete, diagnostizierte in seinem Grußwort Fortschritte beim Ausbau von eGovernment, mahnte zugleich aber ein schnelleres Tempo bei der weiteren Umsetzung an.

Angesichts von über sechs Millionen Smartphones, die im ersten Quartal 2015 allein in Deutschland verkauft worden seien, meinte er: „Der Tag könnte nah sein, an dem auf breiter Front M(obile)-Government gefordert wird und wir mit eGo-

vernment noch gar nicht fertig sind.“

Der Entwurf eines Bayerischen eGovernment-Gesetzes werde demnächst in den Landtag zur Beratung eingebracht, erklärte Meyer und forderte in diesem Zusammenhang, dass die elektronische Kommunikation der Bürger mit den Behörden in rechtsverbindlicher Form zulässig wird. „Antragstellung und Rechtsbehelfsverfahren müssten auch in elektronischer Form zulässig werden“, so der Vizepräsident.

Verstärkte Einbindung

Darüber hinaus verwies er darauf, dass bei der Umsetzung von eGovernment neben dem technisch Machbaren immer auch Prozesse und die jeweilige Prozessorganisation eine entscheidende Rolle spielten. Deshalb müssten IT-Fachleute die Fachverantwortlichen verstärkt in den Behörden einbinden.

Wie Finanzstaatssekretär Johannes Hintersberger deutlich machte, ist Digitalisierung das Top-Thema in Bayern. Dazu zählten der Ausbau der Infrastruktur wie Breitbandausbau, der Ausbau von E-Government nach modernem Recht und die Datensicherheit. Ein Breitbandanschluss sei ein wichtiger Schlüssel für einen erfolgreichen ländlichen Raum. Hintersberger: „Wir wollen kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten. Für die

Bayerische Staatsregierung ist deshalb der flächendeckende Ausbau des schnellen Internets in ganz Bayern das wichtigste Infrastrukturprojekt dieser Legislaturperiode. Hierfür stellt der Freistaat Bayern seinen Kommunen bis 2018 insgesamt 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung - eine bundesweit einzigartige Summe.“

Schnelles Internet

Wichtige Voraussetzung für funktionierendes E-Government sei flächendeckend schnelles Internet, betonte Hintersberger. Das schnelle Internet solle für gute Erreichbarkeit und für die Ansiedlung von Unternehmen. Es erhöhe Bildungschancen und steigere den Lebenskomfort. Es ermögliche die digitale Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung. Innerhalb weniger Monate habe das Finanzministerium das bestehende bayerische Breitbandförderprogramm grundlegend überarbeitet und deutlich vereinfacht.

Mehr Breitbandanschlüsse

Die Fördersätze sowie Förderummen seien massiv erhöht und die Beratung maßgeblich verbessert worden. Seit Oktober 2013 stieg die Verfügbarkeit von Anschlüssen mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s und mehr in ländlichen Gemeinden bereits von 15 auf 29 Prozent. Im gesamten Freistaat könnten heute 65 Prozent der Haushalte eine Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s

nutzen. Hintersberger zufolge „haben nun 700.000 bayerische Haushalte mehr einen Breitbandanschluss als noch vor einem Jahr. Und es werden ständig mehr.“

Netz für freies WLAN

„Wir wollen bis 2020 stufenweise ein Netz für freies WLAN aufbauen“, unterstrich der Staatssekretär. Bereits in diesem Jahr solle an ausgewählten Behördenstandorten im Zuständigkeitsbereich des Heimatministeriums damit begonnen werden. Auch auf der Flotte der Bayerischen Seenschiffahrt sei WLAN erfolgreich pilotiert worden.

Laut Hintersberger sollen alle Bürger und Unternehmen in Bayern unabhängig von ihrem Wohnort ein digitales Serviceangebot der Verwaltungen nutzen können. Dies sei Ziel der Digitalisierungsstrategie Montgelas 3.0. Der digitale Verwaltungskreislauf solle geschlossen werden - von der Kontaktaufnahme des Bürgers mit der Verwaltung bis zu deren Antwort.

Montgelas 3.0

Die Digitalisierungsstrategie „Montgelas 3.0“ basiere auf drei Säulen, dem BayernPortal, einem bayerischen EGovernment-Gesetz und dem E-Government Pakt mit den Kommunen. Das BayernPortal stelle das zentrale E-Governmentportal der Bayerischen Staatsregierung dar. Damit könnten Bürger und Wirtschaft einfach, schnell, sicher und rund um die Uhr ihre Behördengänge online erledigen. „Im Freistaat entsteht Schritt für Schritt die Verwaltung von morgen - serviceorientiert und bürgernah“, informierte der Staatssekretär. **DK**

AKDB-Jahresbericht 2014:

Wichtige Eckpfeiler der künftigen elektronischen Verwaltung

Die AKDB kann auf ein für die kommunale IT in Bayern ereignisreiches Jahr 2014 zurückblicken. Wie der neueste Jahresbericht ausweist, wurden durch die vertragliche Vereinbarung mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat über die kostenfreie Bereitstellung von eGovernment-Infrastrukturen für alle Kommunen grundlegende Weichen neu gestellt.

Über 300 Kommunen nutzen Ende des Jahres diese Infrastruktur für die elektronische Kommunikation mit Bürger und Wirtschaft. In wesentlichen Teilen darauf aufbauend hat der CIO des Freistaats, Finanzminister Dr. Markus Söder, die Digitalisierungsoffensive „Montgelas 3.0“ für die bayerische Verwaltung gestartet. Mit dieser Initiative sowie auch im eGovernment-Pakt zwischen dem Freistaat Bayern und den vier bayerischen Kommunalen Spitzenverbänden werden laut Vorstandsvorsitzenden Alexander Schroth und Vorstandsmitglied Rudolf Schleyer wichtige Eckpfeiler der zukünftigen elektronischen Verwaltung in Bayern festgelegt.

Personenstandsregister

Nach der Einführung der zentralen elektronischen Personenstandsregister in Bayern wurden im ersten Jahr über 1,4 Millionen elektronisch beurkundete Vorgänge erfolgreich durchgeführt. Dank der vorausschauenden Planung aller Beteiligten und der guten Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, den bayerischen Kommunalen Spitzenverbänden sowie nicht zuletzt den Ständesbeamten nutzen die bayerischen Kommunen das mit

Abstand bundesweit wirtschaftlichste Personenstandsregister.

Im Zuge der technologischen Veränderungen ist die bereits in den vergangenen Jahren große Nachfrage nach Rechenzentrumsangeboten weiter angestiegen. Diesem Trend kommt die AKDB auch durch die Weiterentwicklung der OK-Verfahren unter der Marke SYNERGO® nach. Dabei wird nicht nur eine verbesserte Rechenzentrumsfähigkeit der Verfahren angestrebt, sondern auch, die Nutzung der Fachverfahren am Arbeitsplatz, am Heimarbeitsplatz sowie auf mobilen Geräten jeweils bestmöglich zu gestalten.

„Im Sinne der Kunden verfolgen wir zudem das Ziel, bei den notwendigen Veränderungen stets das Gleichgewicht zwischen Beständigkeit und Wandel zu wahren. Davon, wie diese Aufgaben mit der modernen und innovativen Produktpalette der AKDB erfüllt werden, konnten sich im Herbst auf dem Kommunalforum über 700 Kunden und Partner überzeugen“, so Schroth und Schleyer.

Besonders hohe Resonanz fanden überdies auch die Themen Datenschutz und Datensicherheit, bei denen die AKDB etwa durch die Zertifizierung ihres Rechenzentrums durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik höchste Ansprüche erfüllt. **□**

M-net eröffnet hochmodernes Rechenzentrum in Augsburg

Performante und redundante Datenanbindung an den M-net Glasfaser-Backbone

Das Housing-Geschäft von M-net ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Um der zunehmenden Nachfrage nach Serverstellplätzen gerecht zu werden, eröffnete der Telefon- und Internetanbieter ein weiteres hochmodernes Rechenzentrum in Augsburg. Es bietet modernste Technologien für eine zugangs- und ausfallsichere Unterbringung der Unternehmensserver.

So garantiert die hochleistungsfähige und mehrfach angebundene Glasfaserinfrastruktur höchste Sicherheit sowie Verfügbarkeiten für hochsensible und unternehmenskritische Informationen. Die reibungslose Abwicklung des Internet-Traffics ist zudem durch die breit aufgestellte Kopplung zu den Internet-Knotenpunkten gewährleistet. Eine wesentliche Voraussetzung für die permanente Erreichbarkeit bandbreitenhungriger Webangebote.

Zuverlässiger Partner vonnöten

Immer mehr Unternehmen lagern ihre Geschäftsdaten in die Cloud, also in die sinnbildliche Wolke aus, statt eigene ressourcenintensive IT-Landschaften zu betreiben. Dafür braucht es einen zuverlässigen Partner, der neben höchsten technologischen Standards auch regionale Nähe repräsentiert und so die Erreichbarkeit der Daten jederzeit sicherstellt.

„Zur Unterbringung ihrer Server-Hardware stellen wir unseren Kunden komplette Serverschränke oder auch maßgeschneiderte Schrankplätze zur Verfügung“, erklärt Christian Smetana, Leiter der M-net-Niederlassung Augsburg. „Sowohl die Anzahl der benötigten Racks als auch die dazugehörige Bandbreite sind dabei individuell wählbar und können bei Bedarf jederzeit flexi-

bel angepasst werden.“ Zu einer ressourcenschonenden Klimatisierung trägt neben der Kaltgang-Einhausung ein Grundwasserbrunnen bei.

Höchste Sicherheitsstandards

Auch die Sicherheitsstandards des Rechenzentrums bewegen sich bei M-net auf höchstem Niveau: Bauliche Schutzmaßnahmen vor Staub, Wasser und Feuer sowie zusätzliche Brandmelde- und eine automatische Stickstoff-Gaslöschanlage zählen zur Ausstattung. Eine redundante unterbrechungsfreie Stromversorgung und ein vorgeschaltetes Notstromdieselaggregat garantieren die ausfallsichere Energieversorgung.

Darüber hinaus ist der videoüberwachte Zugang zu der bereitgestellten Rechenzentrums-Infrastruktur ausschließlich über eine Vereinzelungsanlage möglich und wird über weitere Zugangskontrollen - wie einer Biometrie am Eingang der Datensicherheitsräume - gesichert.

Die Überwachung der gesamten Infrastruktur sowie aller Sicherheitstechnischen Einrichtungen erfolgt durch das Network Operation Center (NOC) von M-net 24 Stunden täglich an 365 Tagen im Jahr. Das NOC leitet alle zur Entstörung notwendigen Maßnahmen ein und überwacht die Durchführung. **□**



Technikchamp.

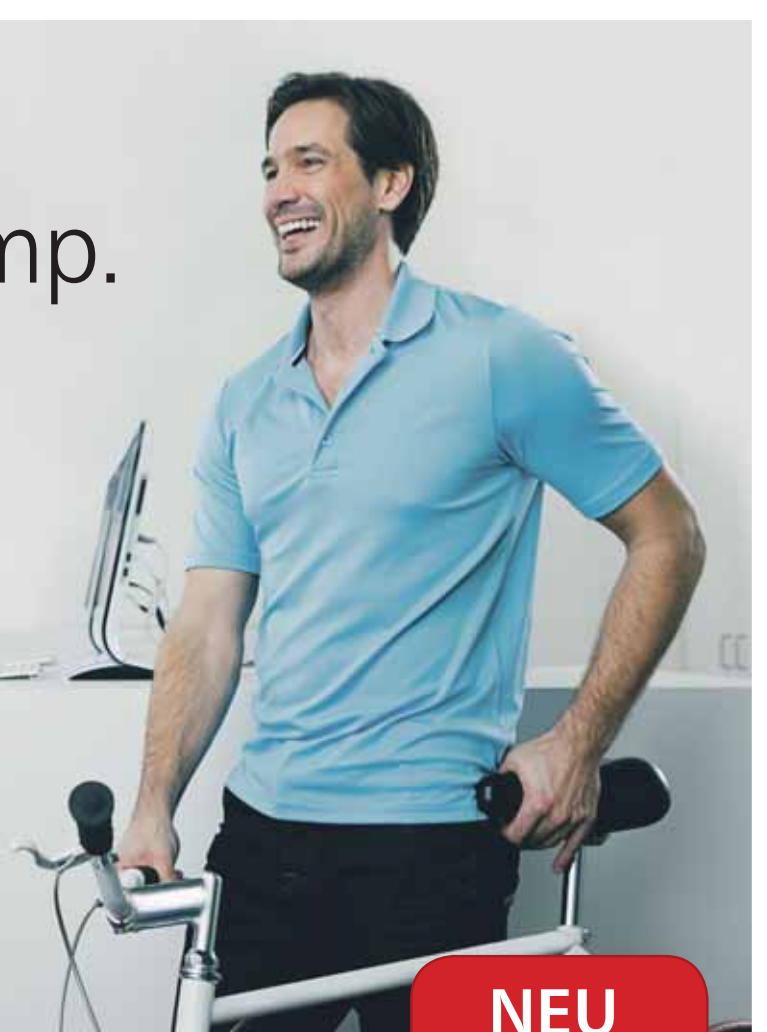
Produktivität powered by SYNERGO®

IT-Leiter Herbert R. liebt privat wie beruflich ebenso leistungsfähige wie leichtgängige Produktsysteme, bei denen man nicht strampeln muss, sondern schnell und effizient nach vorne kommt.

Egal, wie Sie es mit Ihrer kommunalen IT halten: Mit der neuen AKDB-Generation kommunaler Fachverfahren auf SYNERGO®-Basis kommen Sie immer schnell in die Gänge. Ob autonom bei Ihnen vor Ort oder als Hosting-Service durch das BSI-zertifizierte Rechenzentrum der AKDB - Sie behalten immer einen kühlen Kopf. Automatisierte Installations- und Updateroutinen sorgen genauso für einen produktiven Betrieb wie die fachverfahrenübergreifende Administration oder die zentralen Funktionen und Dienste. Für ein gehostetes SYNERGO®-Fachverfahren genügt als Arbeitsplatz ein internetfähiger PC. An teure Servertechnologie, Datenbanklizenzen und ausgeklügelte Sicherheitskonzepte für Datensicherheit und Datenschutz müssen Sie keine Gedanken verschwenden. Das wirkt nicht nur ungeheuer befreiend, sondern schon auch Ihren Haushalt - bei maximalem Investitionsschutz und höchster Produktivität.

Neugierig? Dann überzeugen Sie sich, wie leichtfüßig und wirtschaftlich die neue Verfahrensgeneration SYNERGO® ist.

www.akdb.de/synergo



NEU

Entdecken Sie jetzt die neuen Fachverfahren OK.GEWERBE, OK.JUS, OK.VERKEHR und viele weitere zukunftssichere Lösungen auf Basis SYNERGO®.

akdb
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

InfoVerm 2015 in München:

Projekte und Erfahrungsberichte

Neuerungen und Einsatzmöglichkeiten amtlicher Geobasisdaten standen ebenso im Mittelpunkt der diesjährigen Informationsveranstaltung der Bayerischen Vermessungsverwaltung InfoVerm wie aktuelle Entwicklungen im Bereich der Geoinformatik. Die Münchner Tagung verzeichnete über 600 Teilnehmer aus Wirtschaft, Forschung und Verwaltung.

Der Präsident des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV), Dr. Klement Aringer, blickte eingangs auf ein ereignisreiches Jahr 2014 zurück. Es sei geprägt gewesen von der weitgehend abgeschlossenen Integration des IT-Dienstleistungszentrums in das LDBV sowie vom fortschreitenden Breitbandausbau, bei dem die Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ÄBV) die bayerischen Kommunen unterstützen.

3D-Gebäudemodelle und ALKIS

Laut Aringer soll 2015 unter anderem die Produktion der 3D-Gebäudemodelle in LoD2 mit inzwischen über 3,5 Millionen Gebäuden vorangetrieben werden. Zudem soll die Einführung des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) an den ÄBV zum Abschluss kommen. Die Altformate DFK und ALB sind übergangsweise noch bis Ende 2017 erhältlich.

Über die ALKIS-Einführung

aus Sicht der Kommunen informierte Felix Kummer von der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB). Seiner Erfahrung nach wird das neue System gut angenommen; die Umsetzung läuft problemlos. Inzwischen sei gut die Hälfte aller Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung auf ALKIS umgestellt. Ein bedeutender Mehrwert für die Kommunen liege darin, dass mit dem neuen System nun ein deutlich größerer Datenumfang zur Verfügung gestellt werden kann.

Geodaten-Pilotprojekt

Wie Geodaten grenzübergreifend genutzt werden können, darüber informierten Lucia Erdt und Gerrit Bernstein von der Stadt Ulm. In einem Pilotprojekt erproben die Städte Ulm und Neu-Ulm den gegenseitigen Zugriff auf die Geobasisdaten des jeweils anderen Bundeslands. Unterschiedliche Datenstrukturen sorgen dabei für Herausforderungen. Es gelte, vertragliche Grund-

lagen zur Nutzung zu schaffen.

Geodaten helfen auch bei der Energieplanung, erklärte Tobias Eder vom Lehrstuhl für Erneuerbare und Nachhaltige Energiesysteme der TU München. Er erläuterte, wie sich mit Hilfe von 3D-Gebäudemodellen Energiebedarf und Einsparmöglichkeiten ermitteln lassen.

Energiesystemmodelle

Die Grundlage einer präzisen Energiesystemmodellierung sind nach seinen Worten stetig fortentwickelte Werkzeuge, etwa zur Analyse des Heizwärmebedarfs von Gebäuden, zur Evaluation von Sanierungsmaßnahmen, zur Erfassung von Potenzialen der Solarthermie, für Photovoltaik und Geothermie sowie zur Nutzung von Windenergie und zur Netz- und Fernwärmeoptimierung.

Energiesystemmodelle umfassen die wichtigsten Aspekte eines optimierten Ausbaus der Versorgungsinfrastruktur im Kontext von Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbaren Energien. Sie beschreiben in einer umfassenden Synthese künftige Entwicklungspfade hin zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung. Klaus R. Müller, Müller Sys-

temtechnik GmbH, beschrieb, wie man auf der Grundlage von Vermessungs- und Planungsdaten zu photorealistischen, computergestützten 3D-Modellen von Landschaften gelangt, in die die Bauvorhaben eingebettet sind. An Hand ausgewählter Beispiele zeigte er auf, wie die interaktive Begehung solcher Landschaften nicht nur hilft, geplante Bauwerke greifbar zu machen, sondern durch die Präsentation von Varianten auch die Evaluierung einer Planung ermöglicht.

Computersimulationen auf Grundlage amtlicher Geodaten erleichtern auch die Arbeit von Unfallgutachtern wie Peter Stolle (gutax-Unfallanalyse GbR). Nach schweren Verkehrsunfällen bedarf es häufig, sowohl in zivil- als auch in strafrechtlicher Hinsicht, einer umfassenden Aufklärung des Hergangs und der Ursache des Unfalls.

Unfallgutachten

Neben den Schadensbildern an den Fahrzeugen und Verletzungen der beteiligten Personen sind die Endstellungen der Fahrzeuge und die Art, Lage, Größe und Ausrichtung der Spuren auf der Fahrbahn (z. B. Bremsspuren, Splitterfelder oder Blutspuren) für die Aufklärung solcher Unfälle von besonderer Bedeutung. Hierzu ist Stolle zufolge eine Vermessung der Unfallstelle erforderlich. Orthogonale Luftbilder in geeigneter Auflösung (DOP20) stellen eine enorme Erleichterung dar.

Man stelle sich nur die Markierungen und baulichen Gegebenheiten einer großen innerstädtischen Kreuzung vor: Diese einzeln von Hand einzumessen, während die Kreuzung möglicherweise zur Rush-Hour gesperrt ist, bedeutet großen Druck für die Polizeibeamten und Sachverständigen vor Ort. Verlässliche, maßstabgerechte Luftbilder der Abhilfe und verbessern gleichzeitig die Visualisierung des Unfallablaufs im Gutachten mit Bildern und Videos enorm. Zeitliche Abstände zwischen Bildflug- und Unfalldatum, Verkehr, Vegetation und Schattenwurf könnten die Anwendungsmöglichkeiten jedoch einschränken, so Stolle.

Archäologisches Spessartprojekt

Einen Einblick in seine Arbeit beim Archäologischen Spessartprojekt gab schließlich Dr. Jürgen Jung. Rund zwei Drittel des Spessarts sind mit Wald bedeckt. Mit seinen ausgedehnten Buchen- und Eichenwäldern ist das Mittelgebirge das größte zusammenhängende Mischlaubwaldgebiet in Deutschland. Dem heutigen Eindruck einer Naturlandschaft kann entgegengesetzt werden, dass es sich bei der Gebietskulisse im Gesamten um eine seit der Steinzeit intensiv genutzte Kulturlandschaft handelt.

Wie Jung erläuterte, sei ein Großteil der Zeugnisse der menschlichen Einflussnahme bis zum Einsatz von Airborne Laser-Scanning in ihrer Dimension nur partiell erschließbar gewesen. Nun sei ein sehr differenzierter Blick möglich und könne als wesentliche Grundlage für weitere Forschungen für Archäologen, Geographen, Geologen und Historiker dienen.

Auf der Basis einer engen Zusammenarbeit mit der Bayerischen Vermessungsverwaltung war es ausgehend von der Erschließung einzelner Bodendenkmale möglich, der Infrastruktur und Landschaftsentwicklung geschlossener Siedlungs- und Wirtschaftsräume nachzugehen. Einer der aktuellen Forschungsschwerpunkte ist laut Jung die Erschließung der Birkenhainer Straße, einer hochmittelalterlichen Fernstraße zwischen Frankfurt und Nürnberg. **DK**

VKU-Publikation zur Digitalisierung der Energiewirtschaft:

Geschäftsmodelle für Stadtwerke

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) nehmen sowohl in den Geschäftsprozessen als auch in den Dienstleistungen der Stadtwerke eine zunehmende Bedeutung ein. Als Spitzenverband der kommunalen Wirtschaft hat der VKU diesem Umbruch mit der Neuausrichtung des Ausschusses für Informationsmanagement (AIM) Rechnung getragen. Unter dessen Dach hat der Verband nunmehr eine Publikation mit dem Titel „Stadtwerke-IT bei Energieversorgungsunternehmen – Die zukünftigen Herausforderungen“ erarbeitet.

„In der Energiewirtschaft sind viele Veränderungen ursächlich auf die Marktliberalisierung und die Energiewende zurückzuführen“, heißt es in der Broschüre. Durch den Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien-Anlagen werde die Stromproduktion zunehmend volatil und wetterabhängig.

Zum Ausgleich der Schwankungen müsse eine zunehmend heterogene Anlagenlandschaft aus Speichern, steuerbaren Lasten und Erzeugungsanlagen aufgebaut und in das Netz integriert werden. Das dafür notwendige Netz aus Sensoren für die Messung von Verbrauch und Erzeugung, das sog. Smart Grid, werde durch den in den kommenden Jahren zu erwartenden Rollout von intelligenten Messsystemen gefördert. Dazu werde das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die entsprechenden Verordnungen in nächster Zeit vorlegen.

Neue Wettbewerber

Laut Publikation sind durch die Marktliberalisierung vor der Jahrtausendwende neue Wettbewerber auf den Markt getreten. Die Stadtwerke können sich hier als Stabilitätsanker bei der Einführung neuer, digitaler Dienstleistungen und Services präsentieren, der Verantwortung in der Region übernimmt und ein hohes Ansehen und Vertrauen bei seinen Kunden genießt.

Auf neuen Geschäftsfeldern wie den Energiedienstleistungen, Elektromobilität oder Contracting sei es möglich, Kundenbeziehung zu stärken und neue Kunden zu gewinnen, heißt es weiter. Gewerbe und Wohnungswirtschaft könnten mit Spezialprodukten wie Smart Submetering und Dienstleistungen in Zusammenhang mit Smart Metern als Kundengruppe erschlossen werden. Hier biete die Digitalisierung ein hohes Potential für regional starkere Stadtwerke – diese neuen Geschäftsfelder – neben der klassischen und zunehmend austauschbaren Lieferung von „Commodity“ – zu erschließen.

Spielräume für Kostensenkungen

Auch wird darauf hingewiesen, dass die IT-Abteilung bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen eine zentrale Rolle spielt. Die Digitalisierung schaffe Spielräume für Kostensenkungen, dort wo Prozesse automatisiert und industrialisiert werden. Der Aufbau einer serviceorientierten IT-Architektur solle für eine Ausrichtung der informations- und Kommunikationstechnik an den Geschäftsprozessen des Unternehmens.

Intelligente Netzsteuerung

Ein massendatentaugliches Datenmanagement könne durch die Einbindung diverser Sensoren beispielsweise die intelligente Netzsteuerung und die Vermarktung von Flexibilitäten ermöglichen. Dafür sei der Aufbau und Betrieb einer Kommunikationsinfrastruktur jedoch unabdingbar. Auch der erwähnte Rollout intelligenter Messsysteme müsse durch den Geschäftsbereich IT

vorbereitet und insbesondere die noch zu definierenden Prozesse der Marktkommunikation in den IT-Systemen implementiert werden. Nicht zuletzt gelte es zu prüfen, ob zukünftig – allein oder in Kooperationsmodellen – die Rolle des Smart Meter Gateway Administrators wahrgenommen werden soll. Möglich sei die Schaffung einer Plattform zur Vermarktung und Steuerung von flexiblen Verbrauchs- und Erzeugungsanlagen.

Systemlandschaften

Eine Strategie zum Umgang mit den Herausforderungen auf Seiten des Kundenmanagements stellen der Aufbau und die Weiterentwicklung kundenzentrierter Systemlandschaften dar, so die Publikation. Diese müssten sich flexibel an das sich ändernde Produktportfolio anpassen und einen ganzheitlichen Blick auf die Kundenbeziehungen ermöglichen. Auch die Kundenkommunikation sei hier einzubinden. Hier würden verstärkt Portallösungen oder Smartphone-Anwendungen für den Kontakt zum Energieversorger nachgefragt. Die gleichen Kanäle könnten dann auch für den Vertrieb genutzt werden.

Sicherheit der IT-Systeme

Durch die zunehmenden Aufgaben dürfe auch die Sicherheit der IT-Systeme nicht vernachlässigt werden. Laut Handreichung „werden hier in nächster Zeit einige Gesetze und Regelungen seitens der Politik und Behörden den Rahmen vorgeben“.

Anlässlich der Konferenz „Digitalisierung der Energiewirtschaft: Konkrete Geschäftsmodelle für Stadtwerke“, die der VKU jüngst in Berlin organisierte, hatte Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck bereits auf die Umbrüche und Herausforderungen aufmerksam gemacht, vor denen die Stadtwerke vor dem Hintergrund des rapiden Wandels der Informationstechnologie stehen: „Stadtwerke müssen ihre Kunden in einem zunehmend fragmentierten Markt, in den mehr und mehr branchenfremde Akteure eintreten, erfolgreich an sich binden.“

Neues Denken im Vertrieb

Das bedingt Reck zufolge vor allem ein neues Denken im Vertrieb: „Wünsche und Ansprüche ändern sich. Die Kunden verlangen nach umfassenderen Informationen, flexiblen und raschen Anpassungen ihrer Tarife, vergleichen Angebote online und wechseln im Zweifel den Versorger.“ Stadtwerke müssten sich diesem Tempo und den veränderten Anforderungen in verschiedenen Bereichen anpassen.

Reck weiter: „Verbrauchsdaten werden zum Wert an sich. Daran sind zunehmend auch andere Akteure insbesondere aus der IT-Welt interessiert. Die Stadtwerke haben hier mächtige Konkurrenten. Aber sie haben einen wesentlichen Vorteil, das Vertrauen der Bevölkerung, was sie nutzen sollten. Wenn man es jemandem zutraut, vertrauenswürdig mit Kundendaten umzugehen, dann sind es die kommunalen Unternehmen.“ **DK**

Technische Universität Darmstadt und Fraunhofer SIT:

Entwickler machen Millionen Datensätze anfällig für Angriffe

Die Technische Universität Darmstadt und das Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie SIT haben Cloud-Datenbanken wie Facebooks Parse und Amazons AWS untersucht und 56 Millionen ungeschützte Datensätze gefunden. Die Forscher fanden E-Mailadressen, Passwörter, Gesundheitsdaten und andere sensible Informationen von App-Benutzern, die leicht gestohlen und manipuliert werden können.

App-Entwickler verwenden Cloud-Datenbanken, um Nutzerdaten zu speichern, ignorieren dabei aber scheinbar die Sicherheitsempfehlungen der Cloud-Anbieter. Das Ergebnis: Viele Nutzerkonten sind durch Identitätsdiebstahl und andere Internetverbrechen bedroht. „Nutzer sollten sich deshalb gut überlegen, welche Daten sie mit Apps verwalten“, sagt Prof. Eric Bodden, der Leiter des Forschungsteams. Weitere Informationen zur Schwachstelle sind im Internet unter www.sit.fraunhofer.de/appdatathreat zu finden.

Viele Smartphone-Apps speichern Nutzerinformationen in Cloud-Datenbanken, um zum Beispiel die Synchronisation zwischen Android und iOS Apps zu vereinfachen. Cloud-Betrei-

ber bieten – je nach Sensibilität der Daten – verschiedene Authentifizierungsmethoden hierfür an. Die schwächste Form der Authentifizierung, eher dazu gedacht, Daten zu identifizieren als zu schützen, verwendet ein einfaches API-Token, eine in den App-Code eingebettete Nummer.

Zugangskontrollschema

Mit aktuellen Werkzeugen können Angreifer diese Token jedoch einfach extrahieren und dazu nutzen, die gespeicherten Daten nicht nur zu lesen, sondern oft sogar zu manipulieren. Angreifer können so zum Beispiel E-Mailadressen auf dem Schwarzmarkt verkaufen, Nutzer erpressen, Webseiten verän-

dern oder Schadcode einschleusen, um Malware zu verbreiten oder Botnetze aufzubauen.

Um private Daten richtig zu schützen, müssen Apps ein Zugangskontrollschema implementieren. Die Tests zeigten allerdings, dass die große Mehrheit der Apps keine solche Zugangskontrolle verwendet. Die Wissenschaftler untersuchten 750.000 Apps aus dem Google Play Store und dem Apple App Store. Dazu verwendeten sie intern entwickelte Analyse-Frameworks wie etwa den Fraunhofer AppCaptor.

Mit Hilfe dieser Expertenwerkzeuge konnten die Forscher Apps identifizieren, die eine schwache Authentifizierung nutzen und führten eine Tiefenanalyse ausgewählter Apps durch. Während dieser Untersuchungen stellte sich heraus, dass viele Datenfelder private Informationen wie verifizierte E-Mailadressen, komplette Benutzernamen oder gar Informationen zu psychischen Krankheiten enthielten.

Forschungsergebnisse

„Aufgrund rechtlicher Einschränkungen und der großen Menge verdächtiger Apps konnten wir nur eine kleine Anzahl detailliert untersuchen“, erklärt Prof. Eric Bodden. „Allerdings zeigen unsere Forschungsergebnisse und die Problematik an sich, dass eine große Menge App-bezogener Informationen von Identitätsdiebstahl und Manipulation bedroht ist.“

Als die Wissenschaftler das Problem entdeckten, informierten sie umgehend die Cloud-Anbieter sowie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). „Mit der Hilfe von Amazon und Facebook informierten wir ebenfalls die Entwickler der betroffenen Apps, denn sie sind diejenigen, die aktiv werden müssen. Sie dürfen die Gefahr nicht unterschätzen.“, sagt Bodden. **□**

www.krenzer-sitzmoebel.de
Fordern Sie kostenlos unser Infomaterial an!



KRENZER
Wir gestalten Räume.



Qualität ab Werk – das KRENZER-Modularsystem

Stühle ••• Sessel ••• Sitzgruppen ••• Hocker ••• Pulte ••• Tische





Walter Krenzer GmbH & Co KG • Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26 • 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 0 27 71/32 08-0 • E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de

Die zehn größten Gefahren im Internet

**Trojaner und Würmer sind aktuell die stärkste Bedrohung
Vorsicht auch vor webbasierten Angriffen, Spam und Phishing**

Schadsoftware in Form von Trojanern und Würmern ist derzeit die größte Gefahr im Internet. Das berichtet der Digitalverband BITKOM. Trojaner führen auf befallenen Geräten unbemerkt gefährliche Aktionen aus, während sich Würmer selbst über das Internet verbreiten und infizierte Rechner beschädigen. „Jeden Tag tauchen rund 350.000 neue Varianten von Schadsoftware im Internet auf“, sagt BITKOM-Präsident Prof. Dieter Kempf. „Nutzer müssen sich und ihre Daten vor kriminellen Hackern und neugierigen Geheimdiensten schützen.“

Auf dem zweiten Platz im Ranking der größten Gefahren im Internet liegen Attacken durch webbasierte Software, auch bekannt als „Drive-By-Downloads“. Oft reicht der Be-

such einer infizierten Website, um sich unbemerkt Schadsoftware herunterzuladen. Als weitere Gefahren folgen manipulierte Smartphone-Apps, massenhaft ferngesteuerte Compu-

ter (Botnetze), infizierte E-Mails (Spam) und das Abgreifen sensibler Zugangsdaten (Phishing). Grundlage der Angaben ist ein aktueller Bericht der European Network and Information Security Agency. BITKOM erläutert die größten Bedrohungen und erklärt, wie sich Nutzer schützen können.

Schadsoftware: Trojaner und Würmer

Sie existieren bereits seit Jahrzehnten und sind trotzdem immer noch die größte Cyber-Bedrohung: Würmer und Trojaner. Die Klassiker unter den IT-Schädlingen nisten sich unbemerkt in Computersysteme ein. Von dort aus übertragen sie dann sensible Daten wie Passwörter oder versenden wiederum infizierte E-Mails. Jeden Tag tauchen im Internet rund 350.000 neue Formen der Schädlinge auf. Schützen kann man sich dagegen durch aktuelle Versionen der Anti-Viren-Programme. Trotzdem bleibt nach aktuellen Erkenntnissen etwa die Hälfte aller Infektionen unentdeckt. Experten raten daher insbesondere professionellen Anwendern in Unternehmen und anderen Organisationen, die Abwehrmaßnahmen über die Endgeräte hinaus auf die Netzwerkarchitektur auszuweiten. Maßnahmen zur Früherkennung von erfolgreichen Angriffen sowie Strategien zur Wiederherstellung des Geschäftsbetriebs ergänzen diese rein präventiven Maßnahmen.

Schäden durch webbasierte Schadsoftware

Nichtsahnend lädt sich der Benutzer beim Besuch einer manipulierten Internetseite eine Schadsoftware herunter. Dann öffnen Sicherheitslücken in den häufig veralteten Zusatzprogrammen der Browser (Plug-Ins) den Schädlingen Tür und Tor. Allein im vergangenen Jahr haben Experten mehr als 145 Millionen Internetadressen identifiziert, über die Schadsoft-

ware heruntergeladen werden konnte. Diese heimlichen Downloads, auch „Drive-by-Downloads“ genannt, gehören aktuell zu den größten IT-Bedrohungen, da sich die Viren rasant verbreiten. Um sich vor der Schadsoftware zu schützen, sollten Nutzer stets die aktuellste Version ihrer Plug-Ins (Flash, Java, Acrobat Reader u.a.) verwenden.

Infizierte Websites und mobile Apps

Cyberkriminelle fügen auf Webseiten bestimmte Codes ein, die das Aussehen der Homepage verändern können. Dieser Vorgang, auch als „SQL-Injection“ bekannt, ermöglicht das Ausspähen sensibler Logindaten von diesen Seiten. Betroffen von solchen Angriffen sind aber auch Apps für Smartphones und Tablets. Am Computer hilft zum Schutz, Javascript oder Flash zu deaktivieren. Außerdem wird empfohlen, mobile Anwendungen nur aus den offiziellen App-Stores herunterzuladen, da diese auf Schadsoftware geprüft sind.

Botnetze

Botnetze sind Netzwerke, die aus mehreren Computern bestehen und von einem Botmaster kontrolliert werden. Botmaster können Passwörter oder andere persönliche Daten ausspähen, das Netzwerk für den automatischen Versand gefährlicher Spam- oder Phishing-Mails verwenden oder damit einen kollektiven Angriff auf ein IT-System starten (siehe nächsten Punkt).

Nachdem zuletzt einige große Botnetze zerschlagen werden konnten, verändern die Betreiber ihre Strategie. Neben Computern integrieren sie zunehmend Smartphones, Webserver, Router oder andere vernetzte Geräte im Internet of Things in die Botnetze. Nutzer sollten zum Schutz aktuelle Software und die neuesten Virens Scanner inklusive Firewall verwenden. Weitere Infos unter www.botfrei.de.

Denial-of-Service-Attacken

Bei Denial-of-Service-Attacken (Angriffe zur Blockierung eines Dienstes) geht es darum, einen Webserver oder einen Internetdienst so auszulasten, so dass er

im Internet nicht mehr erreichbar ist. Um das zu erreichen, werden massenhaft Datenpakete an den entsprechenden Server geschickt. Diese Angriffe können einzelne Rechner oder Botnetze ausführen.

Die Attacken werden immer unvorhersehbarer und effizienter, weil sie an unterschiedlichsten Stellen der IT-Infrastruktur ansetzen und sowohl die Zahl als auch die Leistungsfähigkeit der Botnetze steigt. Denial-of-Service-Angriffe werden mitunter auch als Ablenkungsmanöver eingesetzt, um gleichzeitig Schadsoftware zu aktivieren und zum Beispiel sensible Daten oder geistiges Eigentum zu stehlen.

Spam

Drei von vier E-Mails sind unerwünscht. Zwar ist Spam zahlenmäßig rückläufig, trotzdem bleibt es eine der größten Gefahren im Internet. Oft verbirgt sich hinter scheinbar seriösen E-Mails mit Rechnungen oder Informationen zu Online-Bestellungen eine infizierte Datei oder ein Download-Link für gefährliche Schadsoftware. Die meisten Internet-Provider haben zwar Spam-Filter eingerichtet, die potenziell gefährliche E-Mails aussortieren.

Internetnutzer sollten dennoch vorsichtig sein und weder auf Anhänge noch auf Links in E-Mails unbekannter Herkunft klicken. Neuestes Phänomen ist Social Media Spam, das über soziale Netzwerke, Apps oder Kurznachrichtendienste verbreitet wird.

Phishing

Möglichst viele sensible Daten in kurzer Zeit bekommen, das Ziel steckt auch hinter Phishing. Gefälschte Mails enthalten Links zu Online-Händlern, Bezahldiensten, Paketdiensten oder sozialen Netzwerken. Dort geben die Opfer dann nichtsahnend ihre persönlichen Daten Preis. Häufig holt sich aber auch ein unerkannter Trojaner die vertraulichen Informationen. Vor allem wollen Cyberkriminelle so an die Identität der Opfer in Kombination mit den zugehörigen Zugangsdaten zu Online-Banking oder anderen Diensten kommen.

Oberstes Gebot: den gesunden Menschenverstand nutzen. Banken und andere Unterneh-

men bitten ihre Kunden nie per E-Mail, vertrauliche Daten im Netz einzugeben. Diese Mails am besten sofort löschen. Das Gleiche gilt für E-Mails mit unbekanntem Dateianhang oder verdächtigen Anfragen in sozialen Netzwerken. Auch bei scheinbar bekannten Absendern sollten die Empfänger den Inhalt kritisch hinterfragen. Hinweise sind logische Schwächen, zum Beispiel eine allgemeine Anrede oder Verweise auf eine nicht getätigte Bestellung.

Viren-Baukästen

Viren-Baukästen (Exploit Kits) sind Programme, die die Entwicklung individueller Schadsoftware ermöglichen und Cyberangriffe praktisch automatisieren. Die Programme können Drive-by-Downloads initiieren und nutzen eine Vielzahl weiterer Verbreitungswege, um Computer zu infizieren. Typisch für Viren-Baukästen ist ihre einfache Handhabung, die sie auch für technische Laien benutzbar macht.

Physischer Verlust

Genauso gefährlich wie Angriffe auf IT-Systeme ist der Verlust von Datenträgern. Entweder werden Notebooks, Tablets oder Smartphones gestohlen oder ihre Besitzer verlieren sie versehentlich. Vor allem auf Reisen kommen immer wieder Geräte abhanden und nur ein Teil findet sich wieder an. Der Zugang zu den Geräten sollte durch sichere Passwörter geschützt und sensible Daten sollten verschlüsselt werden. Zudem können Inhalte mit entsprechenden Tools auch aus der Ferne gelöscht werden, sofern das Gerät online ist.

Datenverlust

Wichtigste Folge von Cyberangriffen ist der Verlust sensibler Daten. Neben großen Unternehmen waren davon zuletzt auch Prominente betroffen. Ganz egal, wie die Informationen abhandengekommen sind, die Folgen können verheerend sein. So können Kreditkartendaten missbraucht, beim Online-Banking Überweisungen getätigt oder der Besitzer der Daten mit einer Veröffentlichung sensibler Informationen erpresst werden. □

Vorsicht beim Eingang digitaler Rechnungen

Elektronische Rechnungen werden in der breiten Wirtschaft zur Selbstverständlichkeit. Neben dem Rechnungsaussteller müssen auch die Rechnungsempfänger strenge Regeln einhalten. Nachfolgend häufige Fehler und wie man sie vermeidet.

Immer mehr kleine und mittlere Firmen empfangen Rechnungen auf elektronischem Wege. Während Rechnungsaussteller vor Start des sogenannten „E-Invoicing“ eingehende Vorbereitungen treffen müssen, flattern digitale Abrechnungen Empfängern zum Teil unvermittelt ins Haus. Der Empfang elektronischer Abrechnungsdokumente birgt einige steuerliche Fallstricke, warnt die Wirtschaftskanzlei WWS in Mönchengladbach. Unternehmen sollten jetzt die Handhabung digitaler Rechnungen überprüfen und Fehlerquellen systematisch beseitigen. Ansonsten drohen hohe Steuernachzahlungen oder Bußgelder.

Sinnvolle Checklisten

„Empfänger elektronischer Rechnungen sollten die steuerlichen Pflichten keinesfalls unterschätzen“, warnt Torsten Lambert, Steuerberater bei der WWS. Grundsätzlich müssen digitale Rechnungen die gleichen formalen Rechenkriterien erfüllen wie Papierrechnungen. Leicht werden bei der Belegprüfung am Bildschirm Fehler übersehen. Daher sollten Unternehmen den für die Rechnungsprüfung verantwortlichen Mitarbeitern Checklisten an die Hand geben, mit denen sie die formale und inhaltliche Richtigkeit lückenlos prüfen können.

Darüber hinaus müssen Rechnungsempfänger die Echtheit der Herkunft und die Unversehrtheit des Dokuments sicherstellen. Dies kann eine elektronische Signatur oder die Übermittlung per Electronic Data Interchange (EDI)-Verfahren automatisch gewährleisten. Andernfalls müssen Unternehmen dies mit firmenindividuellen Kontrollverfahren prüfen.

Neben der Rechnungskontrolle erfordert auch die Archivierung digitaler Rechnungen erhöhte Aufmerksamkeit. „Der Ausdruck eines digitalen Dokuments auf Papier und die anschließende Belegablage reichen aus Sicht der Finanzverwaltung für Archivierungszwecke nicht aus“, betont WWS-Steuerberater Lambert. „Eine elektronische Rechnung muss grundsätzlich in dem Datenformat aufbewahrt werden und jederzeit lesbar sein, in dem sie empfangen wurde.“ Die Folge: Unternehmen müssen auch die Softwareprogramme zur Anzeige und Auswertung der Dateien während der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht von zehn Jahren vorhalten. Andernfalls kann es spätestens bei einer Betriebsprüfung zu bösen Überraschungen kommen.

Viele Rechnungsteller versenden Abrechnungen per E-Mail.

Bisweilen enthält auch die E-Mail steuerrelevante Daten wie etwa einen Hinweis auf Skonto. Dann müssen Rechnungsempfänger nicht nur die digitale Rechnung, sondern auch die E-Mail mit allen Anhängen und Verknüpfungen aufbewahren. „Verstöße gegen die Aufbewahrungsvorschriften gelten als Ordnungswidrigkeit“, warnt WWS-Experte Lambert. „Bei nachlässiger Handhabung ist der Vorsteuerabzug gefährdet. Zudem können die Finanzbehörden Geldbußen von bis zu 5.000 Euro verhängen.“

Auch für die Bearbeitung eingehender digitaler Rechnungen machen die Finanzbehörden strenge Vorgaben. Das Anbringen von Informationen wie Buchungsvermerken, Indexierungen oder Barcodes darf keinen Einfluss auf die Lesbarkeit des Originalzustands haben. Unternehmen müssen alle elektronischen Bearbeitungsvorgänge protokollieren und zusammen mit dem digitalen Dokument abspeichern. Nur so ist die Nachvollziehbarkeit und Prüfbarkeit des Originals und seiner Ergänzungen gewährleistet.

Einverständnis nötig

Unternehmen müssen elektronische Rechnungen nicht zwangsläufig dulden. Der Rechnungsaussteller muss vorab das Einverständnis des Empfängers einholen. Doch Vorsicht: „Eine Zustimmung kann auch durch die Anerkennung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen erfolgen, die den Versand digitaler Rechnungen einschließt“, sagt WWS-Berater Lambert. „So lange die Einhaltung aller steuerlichen Vorgaben nicht gewährleistet ist, sollten Unternehmen sicherheitshalber auf Papierrechnungen bestehen.“

Richtig eingesetzt bieten digitale Rechnungen Vorteile für alle Beteiligten. Rechnungsteller sparen Kosten für Papier, Druck und Porto und beschleunigen die Zustellung, was sich positiv auf die Liquidität auswirkt. Rechnungsempfänger müssen eingehende digitale Rechnungen nicht einscannen und können Belege räumlich und zeitlich unabhängig zur weiteren Bearbeitung zugänglich machen. Unternehmen ohne elektronischen Rechnungsaustausch sollten jetzt prüfen, wann es sinnvoll ist, das Thema E-Invoicing systematisch anzugehen. Firmen sollten frühzeitig mit ihrem steuerlichen Berater klären, welche Verfahrensweisen sinnvoll und praktikabel sind.

Quelle: WWS Wirtz, Walter, Schmitz GmbH, www.wws-gruppe.de □



Ganz Bayern in 60 Minuten.



**Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.**

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

*** Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.**

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

13. Deutscher Schlauchlinertag in Pforzheim:

Erfolgreiche Veranstaltung mit neuen Akzenten

Im CongressCentrum Pforzheim hat der 13. Deutsche Schlauchlinertag stattgefunden. Der eintägige Kongress genießt seit vielen Jahren einen hervorragenden Ruf als bundesweit einzige Veranstaltung, die sich ausdrücklich mit dem Produkt Schlauchliner, dem aktuellen Stand der Technik sowie der derzeitigen Marktsituation auseinandersetzt. Dass Bedarf für den jährlich stattfindenden Branchentreff besteht, machte das erneut große Publikumsinteresse deutlich. Rund 500 Fachleute suchten in Pforzheim den Dialog mit Herstellern und Anwendern.

Dabei lässt die Diskussion stets auch Raum für kritische Töne, und genau das macht den Wert des Schlauchlinertages aus: Wenn sich Hersteller und Anwender kritisch und offen mit Produkt und Technik auseinandersetzen und die Technologie ebenso weiterentwickeln wie die normativen Rahmenbedingungen, hat dies entscheidenden Anteil daran, dass sich das Verfahren im Laufe von 40 Jahren bei Auftraggebern, Netzbetreibern und Planern als technisch ausgereifte und wirtschaftliche Kanalsanierungslösung etablieren konnte. Die Diskussion über das Verfahren immer wieder aufs Neue anregen, zur Auseinandersetzung auffordern, Entwicklungspotenzial aufzeigen – darin liegen die besonderen Stärken des Impulsgebers Schlauchlinertag.

Hauptprogramm

Das in vier Blöcke gegliederte Hauptprogramm der 13. Auflage des Branchentreffs machte die enorme Bandbreite des Themenspektrums deutlich, die von politischen und rechtlichen Inhalten über Aspekte der Qualitätssicherung bis hin zu technischen Fragestellungen reicht. Mit einer neuen Programm aufgenommenen Ergänzung ist es den Veranstaltern in diesem Jahr zudem gelungen, den traditionellen starken Praxisbezug des Schlauchlinertages auf ein neues Niveau zu heben: die moderierten Außenvorfürhungen erwiesen sich als regelrechter Publikumsmagnet.

Großen Zulauf verbuchte auch das für erstmalige Besucher der Veranstaltung konzipierte Einstiegsforum, das Grundlagen über das Verfahren vermittelte, bei dem flexible, mit Reaktionsscharzen getränkte Schlauchträger in eine zu sanierende Haltung eingebracht und mit Warmwasser-, UV-Licht oder Dampf ausgehärtet werden. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch das Firmenforum der Sponsoren und die begleitende Fachausstellung, welche Hersteller und Anwender erneut als Möglichkeit zum intensiven Austausch nutzen. Geballtes Know-how, zielgruppengerechte Vermittlung, hoher Praxisbezug und kritische Auseinandersetzung auf Augenhöhe – ein erfolgreiches Rezept, das in Pforzheim erneut aufging und der Diskussion über ein bewährtes Verfahren neue Impulse verlieh.

Auseinandersetzung auf Augenhöhe

Der Zustand des deutschen Kanalnetzes gibt nach wie vor Anlass zur Sorge. Renommiertere Untersuchungen und Umfrageergebnisse belegen dies zweifelsfrei: Mit diesem Statement eröffnete Dr.-Ing. Igor Borovsky, Vorsitzender der Technischen Akademie Hannover, die Veranstaltung. Die gute Nachricht: Das Schlauchlinerverfahren hat seinen Markt gefunden und sich im Laufe der Jahre einen Standard erreicht, der Produkte und Verfahren bietet, welche die im Regelwerk definierten Rahmenbedingungen erfüllen. Dies habe dazu geführt, dass die Schlauchlinertechnologie im Bereich der grabenlosen Sanierungen „zwar nicht das Allheilmittel“ sei, aber doch zu den am häufigsten

angewandten zähle. Zur Weiterentwicklung des Verfahrens beizutragen ist eines der zentralen Anliegen, mit denen der Schlauchlinertag vor 13 Jahren aus der Taufe gehoben wurde – mit dieser Meinung befindet sich Borovsky mit Dipl.-Ing. Franz Hoppe, dem Initiator des Schlauchlinertages, im Schulterschluss. Dazu gehört, nicht nur über Fortschritte zu berichten, sondern auch den Finger in offene Wunden zu legen: „Wir packen auch unangenehme Themen an“, so Borovsky, „denn wir



Die moderierten Außenvorfürhungen boten „Schlauchlinertechnik zum Anfassen“. Bild: TAH

wollen die kritische Auseinandersetzung – genau das zeichnet den Schlauchlinertag aus“. Aus dieser Einstellung habe sich ein Konzept entwickelt, das für positive Resonanz Sorge – nicht nur bei den Teilnehmern, sondern auch bei den Sponsoren und den am Rahmenprogramm beteiligten Unternehmen, ohne die eine Veranstaltung wie der Schlauchlinertag nicht durchführbar sei und denen der Redner für ihr fortgesetztes Engagement ebenso Dank aussprach wie den Referenten und Impulsgeber Hoppe.

Aus den Augen, aus dem Sinn

Der Schlauchlinertag ist die geeignete Plattform, um den für die Lösung von Problemen erforderlichen Druck aufzubauen, ist sich Dipl.-Ing. Franz Hoppe sicher. Dass dieser Druck nötig ist, machte Hoppe in seiner thematischen Einleitung deutlich: „Wir haben etwas voranzutreiben“, so Hoppe, „alle reden über kaputte Straßen, zu sanierende Brücken oder die Weiterentwicklung der Fahrzeugtechnik – nur nicht über die Kanalisation“. Dabei sei ein funktionierendes Abwasseretz die Grundlage unserer Gesellschaft und ihrer Zukunft.

Aufgrund mangelnder Sichtbarkeit der Kanalinfrastruktur werde die wichtige Rolle leider oft vergessen, welche diese bei der Eindämmung von Seuchen und Krankheiten gespielt habe und die in der Zeit zwischen 1842 und 1910 erbauten Abwasserkanäle von Hamburg – sie bilden das deutschlandweit erste zusammenhängende Kanalnetz überhaupt und das älteste Bauwerk seiner Art auf dem europäischen Kontinent – sind, wenn auch überwiegend saniert oder renoviert, noch heute das Rückgrat der innerstädtischen Kanalisation. „Wir müssen verfügbare Ressourcen nutzen, um die wertvolle unterirdische Infrastruktur zu erhalten. Die Lebenserwartung der teu-

eren Abwasserkanäle durch geeignete wirtschaftliche Maßnahmen zu verlängern – das rechnet sich. Das Schlauchlinerverfahren, das vor Jahrzehnten seinen Siegeszug angetreten hat, ist eine solche Maßnahme,“ resümierte Hoppe.

Was bringt die Zukunft?

Einen klar erkennbaren Trend zur Stadtnähe und eine daraus resultierende Vergrößerung von hiesigen Metropolen und deren Randbereichen prognostizierte Prof. Dr. Michael Schreckenberger, der an der Universität Duisburg-Essen zur Physik von Transport und Verkehr forschet, in seinem Vortrag über zukünftige Infrastrukturerfordernisse in Deutschland. In seiner zwar „branchenfremden“ Bestandaufnahme, mit der Schreckenberger den ersten

Themenblock „Allgemeines“ eröffnete, wurden dennoch Parallelen zwischen überirdischer und unterirdischer Infrastruktur deutlich. Deutschland sei ein „Labor der Zukunft“, die interessanteste Frage sei für ihn derzeit, wie sich Mobilität zukünftig entwickle: „Werden wir irgendwann an nur einem Ort wohnen und arbeiten, dabei aber komplett vernetzt sein und das Haus nicht mehr verlassen müssen?“ Junge Menschen von heute schienen diese Option zu bevorzugen – ein Zukunftsentwurf, der weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Infrastruktur unseres Landes hätte.

Stand der Dinge

Im Anschluss machte Dipl.-Ing. Ulrich Winkler, RSV Rohrleitungsbauverband e. V., die Bedeutung des Schlauchlinerverfahrens und die derzeitige Situation im Markt anhand von Zahlen deutlich: 136 Unternehmen mit einem Gütezeichen der Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau setzen 21 unterschiedliche Schlauchliner-Systeme ein, davon 17 in Hauptkanälen > DN 200. Zu beobachten sei ein Trend zum Einsatz in größeren Nennweitenbereichen sowie zu lichtaushärtenden Systemen, generell setze sich der Wachstumstrend der Vorjahre fort. 2014 seien bundesweit 1.355 km Schlauchliner > DN 200 eingebaut worden, mit einem Anteil von 896 km bzw. 66% hätten lichtaushärtende Verfahren dabei vor warmwasserhärtenden Verfahren (459 km bzw. 34%) rangiert. Bisher keine Rolle spielt die Lichtaushärtung hingegen in der Grundstücksentwässerung und im Hausanschlussbereich – aber auch das, so Winkler, könne sich zukünftig ändern. Denkbar erscheinen lasse das ein kürzlich vorgestelltes System, das die UV-Licht-Aushärtung bogengängiger Nadelfilzliner mittels miniaturisierter Lampeneinheiten gestattet: „Gut vorstellbar, dass das einen Innovationsschub im Linermarkt < DN 200 auslöst“, so der Redner.

Ausschreibung und ganzheitliche Sanierung

Um den Komplex „Ausschreibung und ganzheitliche Sanierung“ ging es in Themenblock II. Rechtsanwalt Carsten Schmidt, LL.M., CLP Rechtsanwälte, beschäftigte sich mit dem Aspekt der Rechtssicherheit. „Der Wunsch des Auftraggebers nach weitreichenden Gestaltungsmöglichkeiten und das Vergaberecht sind nicht unbedingt immer kompatibel“, so Schmidts Fazit. Vor jeder Entscheidung im Verfahren gelte es, allgemeine Verfahrensgrundsätze aufzurufen und auszuloten, an welchen Stellen im Verfahren Gestaltungsspielräume eingeschränkt oder gar ausgeschlossen sind.

Mit den Auswirkungen der Ausschreibung auf die Kalkulation setzte sich Dipl.-Ing. (FH), Oliver Timm, PT&P Planungsbüro Timm + Partner, auseinander. Oft seien Ausschreibungsunterlagen unvollständig und nicht regelwerkskonform, so der Redner. Die Bandbreite von Fehlern sei groß und reiche von Planungen auf Basis veralteter und/oder unvollständiger Bestandsdaten, fehlerhaften Mengenermittlungen, Planung ungeeigneter Technik sowie unvollständigen bzw. widersprüchlichen Leistungsbeschreibungen bis hin zu vergessenen Leistungen und AGB-widrigen Vertragsbedingungen; im Schlauchlinertag seien vor allem die vor- und nachbereitenden Arbeiten sowie die Peripherieleistungen Verkehrs- und Abwasserlenkung anfällig für Nachträge.

Timm gab Empfehlungen zu Aufbau und Inhalt eines Lei-

stungsverzeichnisses und schlug eine Struktur für den Aufbau von VOB-konformen Leistungsverzeichnistexten vor. Die einst kritisierte Regelwerksvielfalt, so Timm, gehöre immerhin inzwischen der Vergangenheit an; die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (ATV) der VOB, Teil C, und die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen (ZTV) seien „zumindest für das deutsche Renovierungsflaggschiff Schlauchlinertag schon mal geklärt“.

Qualitätssicherung – auch eine Kostenfrage

Auf den Umgang mit Falten und anderen Mängeln konzentrierte sich Dipl.-Ing. Markus Maletz, TÜV Rheinland Industrie-Service GmbH, im ersten Beitrag von Themenblock III „Qualitätssicherung und Beispiele“. Maletz schilderte den aktuellen Stand der Normung, gab einen Überblick über sonstige Regelwerke und erörterte die Qualitätssicherung in der praktischen Anwendung sowie die Behandlung von Abweichungen. Maletz' Resümee: Der Qualitätsstandard in Deutschland sei hoch, Probenahmen durch Prüflabore würden das bestätigen. Damit das so bleibe, dürfe der Verfall der Liner-Preise aber nicht weiter fortschreiten – auch hier müsse der billigste Anbieter eben nicht der beste sein.

Block IV des Hauptprogramms stand ganz im Zeichen konkreter Fallbeispiele. „Jede Baumaßnahme ist auch ein Lernprozess“, so die Quintessenz von Dipl.-Ing. Roland Wacker, Ingenieurbüro

Wacker, der anhand einer Sanierung eines Sammlers DN 1200 mit Schlauchliner vor Augen führte, wo in der Praxis Fallstricke liegen. So wiesen z. B. gerade ältere, nicht mit heutigen Techniken verlegte Kanäle größerer Nennweite oft Bögen auf, die bei einer optischen Inspektion nicht auffallen. Um negative Effekte auf Abwicklung und Kosten zu vermeiden, empfehle sich die exakte Vermessung von Länge und Umfang. Eine Maßnahme an einer Haltung in einer solchen Dimension erfordere deshalb eine sehr detaillierte Planung mit Berücksichtigung der besonderen spezifischen Randbedingungen, da jede Abweichung von den idealen Randbedingungen einen großen Einfluss auf die Abwicklung der Maßnahme und somit auf die Kosten habe, lautete sein Fazit.

Als anspruchsvolles Unterfangen erwies sich auch die von Helmut Wanning, Geschäftsführer, BR Betriebsgesellschaft mbH und Dipl.-Ing. (FH) Michael Eff, Ing.-Büro Völker & Partner GbR, geschilderte Sanierung eines Entlastungssammlers im Bereich der Stadt Roding. Im Zuge des Einbaus stellte sich heraus, dass sich der Liner nicht komplett an das Alrohr angelegt hatte und der hierdurch entstandene Hohlraum nachträglich verdrämmt werden musste. Auch die abschließende Dichtigkeitsprüfungen gestalteten sich knifflig: Anfänglich eingesetzte Absperrblasen in DN 1.400 erwiesen sich als zu klein, nach Platzen einer Blase und Scheitern der Prüfung wurden Blasen DN 1.600 mit Erfolg eingesetzt. □

Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum (WFW):

Erforderliche Dauerdesinfektion

Über den Wasserversorger WFW werden 1,2 Millionen Menschen von Marxheim (Landkreis Donau-Ries) bis in den Großraum Nürnberg und darüber hinaus nach Unterfranken und Oberfranken mit Trinkwasser aus 3 Brunnen bei Genderkingen im Landkreis Donau-Ries versorgt. Jahrelang fand schon früher zur Vorbeugung möglicher Verkeimungen eine Transportchlorung des Trinkwassers statt.

Wegen Widerständen in der Bevölkerung gegen eine Dauerchlorung (vorwiegend im Nürnberger Raum, aber auch in Marxheim) wurde im Jahr 2011 vom Fränkischen Wasserversorger der Wunsch geäußert, auf die Desinfektionsmaßnahmen zu verzichten. In enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt wurde daraufhin die Chlorung eingestellt. Ergebnisse umfangreicher Wasserprobenahmen ließen diese Vorgehensweise unter engermaschiger Überprüfung des Trinkwassers zu; es kam im Brunnenbereich nur zu gelegentlichen geringen und tolerablen Verkeimungen mit erhöhten Koloniezahlen oder coliformen Keimen, die durch umgehende Kontrolluntersuchungen aber nie bestätigt wurden.

Schlechter Zustand

Im Verlauf der nächsten Jahre traten entlang der Wasserleitung in den Räumen Pleinfeld und Schwabach/Nürnberg mehrere Befundverschlechterungen auf, die zwischenzeitlich Sanierungsmaßnahmen in den dortigen Hochbehältern erforderlich machten.

In diesem Rahmen wurde jetzt auch das Brunnengebiet in Genderkingen mit Fachpersonal des Bayerischen Landesuntersuchungsamtes (LGL) überprüft. Die Untersuchungen ergaben, dass der Bereich der 3 Brunnenfassungen in Genderkingen durch Oberflächenwasser (z.B. bei Starkregenfällen oder Überschwemmungen) und Uferfiltrate von Donau und Lech negativ beeinflusst wird. Vom LGL wird deshalb eine Dauerdesinfizierung des Trinkwassers für notwendig erachtet, die zukünftig mit Chlordioxid statt wie bisher mit Chlorbleichlauge erfolgen soll.

Hierdurch sind für die Bevölkerung geringere Geruchsbeein-

Gutachten sowie durch die Beurteilung vom LGL und dem Landesamt für Umwelt (LfU) zusätzlich überprüft. Da es sich um ein großflächiges Naherholungsgebiet in naturbelassener Auwaldregion mit hohem Erholungswert handelt, sollen mögliche Eingriffe in den Bewuchs so gering wie möglich und in Abstimmung mit der Naturschutzbehörde erfolgen.

Im Vordergrund steht die Sicherheit der Bevölkerung, sodass nach einer Güterabwägung auf die künftige Dauerchlorung des Trinkwassers nicht verzichtet werden kann. □

Ausstellungseröffnung am Bauernhofmuseum Jexhof:

„Die Amper. Geschichte(n) eines Flusses“

Der Jexhof, das Bauernhofmuseum des Landkreises Fürstentfeldbruck bei Schöngesing, zeigt noch bis 31. Oktober 2015 die Hauptausstellung „Die Amper. Geschichte(n) eines Flusses. I: Vom Ammersee bis Olching“.

Einst ein mächtiger Schmelzwasser-Fluss, ist die Amper immer noch die Gewässer-Dominante der Landkreise Fürstentfeldbruck und Dachau, die zu Recht auch Amperland genannt werden. Das Bauernhofmuseum Jexhof beschäftigt sich in der geplanten Präsentation mit Geschichte und Gegenwart der Amper.

Wo hat der Fluss seine Quelle? Wie wurde sein Lauf reguliert? Wo bricht er sich Bahn? Flussbegradigungen, Hochwasser, aber auch Feuchtgebiete wie das Ampermoos sind zentrale Aspekte der Ausstellung.

Die Amper liefert wichtige Antriebskraft für Elektrizitätswerke, Fabriken und Mühlen. Auch hier gilt es in der Ausstellung, den Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart zu schlagen.

Was die Wenigsten wissen: Nicht nur für die Flößerei war die Amper eine wichtige Wasserstraße, sondern sogar für Dampfschiffe wie die berühmte Mooskuh.

Die geplante Präsentation ist Teil des Ausstellungsprojektes „Wasser“ der Arbeitsgemeinschaft „Landpartie – Museen rund um München“. Das Bezirksmuseum Dachau behandelt dabei den Amperlauf von Olching bis Moosburg.

Zur Ausstellung erscheint eine Publikation. Zahlreiche Exkursionen, Lesungen und Vorträge begleiten die Ausstellung. Die Ausstellung ist Dienstag bis Samstag von 13 bis 17 Uhr (Montags Ruhetag, außer an Feiertagen) sowie Sonn- und Feiertagen von 11 bis 18 Uhr zu sehen.

Während der Öffnungszeiten sorgen die Wirtsleute mit Kaffee und Kuchen, Getränken und kleinen warmen Speisen bzw. Brotzeiten für das leibliche Wohl der Besucher. □

Die Zukunft von Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung:

HWS geht neue Wege mit Erfolg

Der kommunale Ver- und Entsorger Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) konnte seine Schuldenlast deutlich reduzieren, ohne dafür die Preise zu erhöhen oder den Bürger mehr zu belasten - ein Ergebnis des umfangreichen Entwicklungsprogramms „HWS 2020“.

Die HWS ist als junges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH 2009 aus dem Zusammenschluss zweier kommunaler Unternehmen hervorgegangen, beschäftigt heute etwa 600 Mitarbeiter. Sie kümmern sich um die Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Straßenreinigung in Halle und Umland.

Auch die HWS kämpft wie viele kommunale Ver- und Entsorger mit bekannten Problemen wie u. a. der steigenden Schuldenlast. „Diese Unternehmungen sind enorm kapitalintensiv und ohne Fremdkapital praktisch nicht durchführbar“, erläutert Matthias Lux, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH. „Der Bau und die Instandhaltung von Abwasserkanälen ist für Stadtwerke die teuerste Leistung von allen.“ Zu den Fixkosten

gesellen sich Aufwendungen, wie sie z. B. infolge neuer gesetzlicher Vorgaben nötig werden. Den steigenden Ausgaben stehen Einnahmen gegenüber, die sich für Ver- und Entsorger kurzfristig nur schwer erhöhen lassen.

Trendwende in der Schuldenlast

Der HWS ist unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen jedoch eine echte Trendwende gelungen. Matthias Lux: „Der Schuldenstand des Unternehmens konnte in den letzten drei Jahren um mehr als 10 Prozent reduziert werden – bei weiter sinkender Tendenz.“ Zinslasten wurden so verringert, Rücklagen gebildet. Gleichzeitig blieben die Wasser- und Abwasserpreise für die Hallenser stabil, Anfang 2013 wurden sie

sogar leicht gesenkt. Und: Nicht ein einziger HWS-Mitarbeiter musste betriebsbedingt gehen. Wie war das möglich? „Um diesen Erfolg zu erreichen, musste die Finanzierung der HWS komplett umgekrempelt werden“, berichtet Jörg Schulze, Geschäftsführer der HWS. „Das ist Teil unseres langfristigen Entwicklungs- und Effizienzprogramms ‚HWS 2020‘. Wir haben es gemeinsam mit dem Leipziger Unternehmen Tilia GmbH entwickelt und setzen es gemeinsam um. Aber nur die Finanzierung zu verändern wäre kaum möglich. Mit unseren tatkräftigen Mitarbeitern und unserem Partner Tilia haben wir in allen Feldern des Unternehmens gearbeitet, um die Effizienz zu steigern.“

Intensive Kooperation

Hintergrund von „HWS 2020“ ist die Zusammenarbeit mit Tilia in Form der Impulspartnerschaft® - eine intensive und langfristige Kooperation, die Unternehmen und Dienstleister nunmehr vier Jahren verbindet. „Nun ist eine Zusammenarbeit mit externen Beratern nichts Neues, wohl aber, wenn die Partner auch aus dem operativen Geschäft kommen, alles gemeinsam umsetzen, so wie jede Seite ein dauerndes Kostenrisiko trägt“, so Jörg Schulze.

Da das Honorar von Partner Tilia größtenteils erfolgsbasiert ist, stehen Dienstleister und Unternehmen stets gleichermaßen in der Verantwortung. „Beide haben identische Interessen. Es entsteht eine wahre Partnerschaft, die zum Erfolg verpflichtet und Sicherheit in der Umsetzung gewährleistet“, hebt Christophe Hug, Vorsitzender Geschäftsführer der Tilia GmbH seinerseits hervor. Eines der ersten Ergebnisse dieser Partnerschaft: das 2012 entwickelte Entschuldungskonzept namens „Pakt zur Schuldenreduzierung“.

Teil eines großen Ganzen

Der Pakt gilt für drei Anspruchsgruppen: die Stadt Halle und die Stadtwerke als Gesellschafter der HWS, die Mitarbeiter und die Kunden. Grundidee ist, dass Entscheidungen in allein zulasten einer dieser Anspruchsgruppen getroffen werden, jede aber ein Stück beitragen muss. Das schloss vermeintlich einfache, aber wenig nachhaltige Lösungen wie Preiserhöhungen oder Entlassungen von Beginn an aus. Stattdessen wurde der Weg frei für viele einzelne Maßnahmen, die zusammengenommen eine enorme Wirkung haben.

Konzeptmaßnahmen

Das Ergebnis ist nicht nur die jetzt schon erreichte Fremdkapitalreduktion, sondern auch die klare Perspektive, Schulden weiterhin kontinuierlich auf ein langfristig tragfähiges Niveau abzubauen. In das Konzept eingeschlossen ist die langfristige Zinsicherung zur Reduzierung und besseren Planbarkeit der mit den Krediten verbundenen Kapitalstruktur. Der „Pakt zur Schuldenreduzierung“ ist vielleicht der bis dato spektakulärste Erfolg, aber nur ein Teil des Programms „HWS 2020“. Dieses umfasst viele weitere Maßnahmen in allen Bereichen des Unternehmens. Denn die Erfahrung zeigt, dass Zukunftsfähigkeit nicht mit einer einzigen Maßnahme zu erreichen ist. Sie hat immer mit guter Führung zu tun, mit motivierter Personal-

entwicklung und nachhaltiger Investitionsstrategie. Effektivität und Effizienz sind Basis der aktuellen Wirtschaftlichkeit, aber auch der Geschäftsentwicklung. So werden beispielsweise an anderer Stelle neue Geschäftsfelder für die HWS erschlossen: Mit der Sortierung und Vermarktung von Alt- und Elektrogeräten erkundet das Unternehmen momentan ein umweltfreundliches und perspektivisch entwicklungsfähiges Geschäftsfeld. Es bietet gegenwärtig wirtschaftlich vernünftige Beschäftigung für sieben Mitarbeiter. Weil in Halle immer noch zu viele ausgediente Elektrogeräte im Restmüll landen, wurden zudem spezielle Sammelbehälter aufgestellt, um die Sammelquote zu erhöhen.

Nachhaltigkeit braucht Zeit

Im Rahmen von „HWS 2020“ ging das kommunale Unternehmen auch die Überprüfung seines Kanalnetzes an. Die Untersuchung wird mittels einer TV-Befahrung durchgeführt und war lange Zeit eine Fremdleistung. Die HWS entschied sich, eigene Technik anzuschaffen und Fremdleistungen auf ein Minimum zu reduzieren. Dadurch konnten Kosten gespart und Arbeitsplätze geschaffen werden. „Auch ergibt sich jetzt die Möglichkeit, neue, effizientere Technologien in der Praxis zu erproben und das eigene Know-how zu vergrößern“ ergänzt Romy Kloß, HWS-Bereichsleiterin Wasser und Abwasser.

Neben diesen exemplarischen Maßnahmen bearbeiten HWS und Partner Tilia derzeit ca. 40 andere Aufgaben in allen Unternehmensbereichen – weitere 21 sind bereits abgeschlossen. Allein die Vielfalt der Aktionen, ihre Tiefe und Wirkung begründen die Dauer der Partnerschaft. Durch die kontinuierliche Arbeit wird zudem der Projektzeitdruck für die HWS-Mitarbeiter verringert, es ergeben sich Synergien aus den einzelnen Maßnahmen, und die spezifischen Kosten von der Idee bis zur Umsetzung können kleingehalten werden. In Halle nimmt man sich die notwendige Zeit, die für eine nachhaltige Neuausrichtung des Unternehmens nötig ist.

Denn auch in Zukunft wollen die Partner weiter neue Ideen und Projekte gemeinsam prüfen und umsetzen. Die bisher sichtbaren Effekte geben der Strategie recht. Mit ständig belebenden Impulsen und Innovationen soll die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft in Bewegung gehalten werden, damit auch im wörtlichen Sinne alles im Fluss bleibt. □

Im europäischen Vergleich angemessen

Neue VEWA-Studie zu deutschen Wasser- und Abwasserpreisen

Was zahlen Verbraucher in Europa tatsächlich für Wasser und Abwasser? Wie viel müssten die Haushalte in europäischen Ländern darüber hinaus bezahlen, wenn die hohen Leistungs- und Qualitätsstandards wie in Deutschland auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten vollständig umgesetzt würden? Diese Fragen analysiert die vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Auftrag gegebene dritte Auflage der Studie „VEWA - Vergleich Europäischer Wasser- und Abwasserpreise“, die der Verband heute veröffentlichte.

Die Studie vergleicht die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Ländern Deutschland, England/Wales, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Polen und deckt damit etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung der EU-28 ab. Dabei werden die Struktur der Wasserwirtschaft, Infrastruktur und Investitionen, Preise, Zuschüsse, Steuern und Abgaben sowie Leistungs- und Qualitätsstandards verglichen, um zu differenzierten Aussagen zu gelangen, in welchem Umfang Preise kostendeckend sind und welches Leistungs- und Qualitätsniveau damit finanziert wird.

Eindeutiges Ergebnis

„Das Ergebnis der VEWA-Studie ist eindeutig: Bei Annahme eines ähnlichen, von der EU vorgegebenen Qualitäts- und Leistungslevels und gleichzeitiger Berücksichtigung aller Steuern, Abgaben und Zuschüsse zahlen Verbraucher in Deutschland pro Kopf und Jahr gemessen am verfügbaren Einkommen für ihre Wasserversorgung und Abwasserentsorgung nicht mehr als Verbraucher in England/Wales, Frankreich, Österreich und den Niederlanden“, erläutert Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser.

Qualität und Kostendeckung

Die Studie trägt auch den europäischen Vorgaben zur Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung Rechnung. Dabei handelt es sich um Vorgaben zur Qualität und zur Kostendeckung. Die Mitgliedstaaten der EU sind zur Umsetzung dieser europäischen Richtlinien rechtlich verpflichtet. Dennoch werden sie in vielen Ländern nur teilweise in nationales Recht übertragen. In diesen Fällen bleiben die erforderlichen Investitionen in die wasserwirtschaftliche Infrastruktur teilweise aus und fließen folglich auch nicht als Kostenbestandteil in die Rechnungen der Verbraucher ein. Die VEWA-

Studie ermittelt, wie sich eine vollständige Umsetzung dieser Vorgaben auf die Kosten der Verbraucher auswirken würden – exemplarisch dargestellt anhand der ausgewählten Vergleichsländer.

Konkret berücksichtigt die Untersuchung in ihrem Preismodell die Qualität der Ver- und Entsorgung in den sechs Ländern anhand der Parameter „Erneuerungsinvestitionen und Instandhaltungsaufwendungen für das Rohrnetz“ sowie den Anschlussgrad an das Rohrnetz und die laufenden Kosten für die Ausstattung mit Zählern. „Die VEWA-Studie ermöglicht einen quantitativen und qualitativen Vergleich europäischer Wasser- und Abwasserpreise. Sie ist damit ein Beitrag zur Versachlichung der europäischen Preisdiskussion“, betonte Weyand.

Höhere Leistungsfähigkeit

Die nach der erstmaligen Untersuchung im Jahr 2006 zum dritten Mal durchgeführte VEWA-Studie zeigt zudem, dass die Leistungsfähigkeit der Wasserwirtschaft in den letzten Jahren in allen Ländern gestiegen ist und sich teilweise auf ein ähnliches Niveau angeglichen hat. Die damit verbundenen Investitionen haben in der Regel zu sich angleichenden Preisniveaus geführt. Ausnahmen bleiben hier die Abwasserentsorgung in England/Wales und Frankreich, wo die Standards teilweise noch deutlich unter den anderen Ländern bleiben und die Abwasserpreise entsprechend tiefer liegen.

Unterschiedliche Tendenzen

Hinsichtlich der von der Wasserrahmenrichtlinie geforderten Kostendeckung ergeben sich unterschiedliche Tendenzen. Während in Deutschland, den Niederlanden und England/Wales aktuell nur noch marginale oder geringe Zuschüsse gezahlt werden, sind diese in Frankreich, Österreich und – aufgrund des hohen Nachholbedarfs – auch in Polen noch sehr hoch. □



Daniel Korczinski, Bereichsleiter Süd und Technik, (l.v.l.) und Jason Sharp, Vertrieb Anlagentechnik, (2.v.r.), stellen moderne Reparaturverfahren von der DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG und Pipe-Robo-Tec vor.

Bild: DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG

Produktneuheiten zum Anfassen

DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG beim 4. Deutschen Reparaturtag

Am 11. Juni hat in der Stadthalle in Troisdorf der 4. Deutsche Reparaturtag stattgefunden. Zu den Sponsoren der Veranstaltung zählte die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG, die auf der begleitenden Fachausstellung auf einem Gemeinschaftsstand mit der Pipe-Robo-Tec GmbH & Co. KG Neuentwicklungen für den Bereich der grabenlosen Rohrsanierung präsentierte. Hierzu zählten unter anderem moderne Rohrinnechtssysteme, mit denen ausgereifte technische Lösungen für die Reparatur von Rohrleitungen möglich sind.

Das Programm der in vier Blöcke gegliederten Veranstaltung war breitgefächert. Der Bogen, den die Redner in ihren Vorträgen spannten, reichte von Planung und Ausschreibung über Bauteile und Verfahren bis hin zu praktischen Erfahrungen mit der Robotertechnik und deren Grenzen; auch die Reparatur von Kanälen und Leitungen sowie Fragen der Bauüberwachung wurden thematisiert.

Geballtes Sanierungs-Know-how

Mit Blick auf diese Themenbereiche war die D&S Rohrsanierung mit ihren Produkten und Verfahren sowie ihrem technischen Know-how zur richtigen Zeit am richtigen Ort: zum einen in ihrer Eigenschaft als Sponsor der gutbesuchten Veranstaltung, zum anderen mit einem eigenen Ausstellungsstand im Rahmen der begleitenden Fachausstellung.

Hier konnten sich die interes-

sierten Besucher über die Leistungspalette der Rohrsanierungspalette der D&S ebenso informieren wie über Produkte der Pipe-Robo-Tec GmbH & Co. KG, die wie die D&S Rohrsanierung zur DIRINGER & SCHEIDEL Unternehmensgruppe gehört.

In Troisdorf zeigte wurden unter anderem einige der in jüngster Zeit im Bereich der Rohrinnechtssysteme neuentwickelten Produkte: Die RedEx®-Innechtmanschette bietet eine ausgereifte technische Lösung für die Abdichtung von Undichtigkeiten in begehbaren Rohrleitungen DN 800 bis DN 2400 und lässt sich zudem als Linerendmanschette DN 200 bis DN 1200 in Trinkwassernetzen einsetzen. Die ebenfalls neu entwickelte Pipe-Seal-Edelstahlhülstechnik findet in nicht begehbaren Abwasserrohrleitungen DN 200 bis DN 800 als Reparaturverfahren zur Abdichtung von Undichtigkeiten Verwendung. □

Qualität fordern, Werte schaffen

GÜTEZEICHEN RAL-KANALBAU 25

25 Jahre Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam für Qualität

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

Berliner Kongress zur Stadtentwicklungspolitik:

„Grün in der Stadt“

Über die Bedeutung des Grüns in der integrierten Stadtentwicklung diskutierten auf dem Berliner Kongress „Grün in der Stadt - Für eine lebenswerte Zukunft“ Akteure aus Politik, Wissenschaft, Gartenämtern, Architekturbüros und Verbänden mit Vertretern aus Bund, Land und Kommunen. Veranstaltet wurde die Tagung vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL).

Wie Bundesumweltministerin Barbara Hendricks in ihrer Begrüßung ausführte, seien urbane Grünflächen Orte der Begegnung, der Erholung und Integration. Sie spielten eine wichtige Rolle bei der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und dienten als Frischluftschneisen, zur Luftreinhaltung und Temperaturregulierung. Zudem seien sie wichtig für Klimaschutz und Gesundheit. Als Lebensräume für Flora und Fauna unterstützten sie die biologische Artenvielfalt. Eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklungspolitik müsse diese wichtigen Aufgaben fördern.

Querschnittsthema

Da Grün in der Stadt ein wichtiges Querschnittsthema darstelle, sei in der Städtebauförderung das Handlungsfeld „Grün in der Stadt“ explizit aufgenommen worden, so Hendricks. Die Bundesregierung habe die Bundesmittel für die Städtebauförderung im Jahr 2014 von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro aufgestockt. Auch heuer werde die Förderung auf diesem Niveau fortgesetzt. Städtebauliche Investitionen könnten helfen, Nachbarschaften zu beleben - sei es auf öffentlichen Plätzen oder in Gemeinschaftsgärten.

„Auch Zwischennutzungen helfen, Freiräume zu sichern“, fuhr die Ministerin fort und ergänzte: „Wir fördern dies mit den Programmen Stadttumbau Ost und West. Auf Gewerbe- oder Militärbrachen sind auf diesem Weg grüne Oasen entstanden. Sie merken: Wir können auf eine Fülle von Erfahrungen zurückgreifen - und auf Kommunen, die mit schönen Beispielen vorangehen. Geld ist auch in diesem Fall nicht alles. Die Menschen sind oft bereit, sich für ihr Grün zu engagieren. Das wollen wir unterstützen.“

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt unterstrich: „Stadtgrün statt grau muss zur Devise der Stadt der Zukunft werden. Wir brauchen neue Konzepte für urbane Grünflächen der Zukunft. Mit diesem Kongress wollen wir zeigen, dass es in Deutschland den Sachverstand und die Ideen gibt, um Grünanlagen intelligent in Städte zu integrieren. Die wachsenden Städte der Zukunft brauchen Grünanlagen als ökologische Lunge der Stadt und soziales Herz der Bewohner.“

Freiraumverbundsysteme

„Makroebene: Grüne Infrastruktur“, „Mikroebene: Grüne Quartiere“ und „Akteursebene: Grün wertschätzen“ lauteten die Titel dreier Foren am zweiten Veranstaltungstag. In Forum 1 wurde die Bedeutung und Entwicklung von Stadtgrün auf einer großräumigen gesamtstädtischen Ebene diskutiert. Hierbei ging es um vernetzte Freiraumverbundsysteme und ihre funktionale Vielfalt etwa für Stadtnatur, Klima, Biodiversität und städtische Lebensqualität. Forum 2 beschäftigte sich mit der Gestaltung, Planung und Nutzung des nachbarschaftlichen Grünraums. Auf dieser kleinstmöglichen Maßstabebene von der Pflanze bis zum Quartierspark sind gartenbauliche Möglichkei-

ten, ökologische Ziele und soziale Ansprüche in Einklang zu bringen.

In Forum C schließlich standen die Akteure im Mittelpunkt. Im Zusammenspiel von kommunalem Handeln, zivilgesellschaftlichem Engagement und privatwirtschaftlichen Initiativen bilden sich neue Kooperationsformen heraus. Welche Perspektiven sieht daraus für das städtische Grün ergeben, war hier die zentrale Frage.

Exkursionen

Diverse Exkursionen innerhalb der Bundeshauptstadt rundeten den informativen Kongress ab. Wie neue Landschaftsräume geschaffen werden können, wurde am Beispiel des Landschaftsparks Herzberge gezeigt. Ein circa 100 Hektar großer, nahezu vergessener Stadtraum von ehemaligen Gewächshausanlagen, Bahn- und Industriebrachen wird derzeit zu einem neuartigen Landschaftspark transformiert. Neue Formen städtischer Landwirtschaft und Naturschutz sollen in Einklang gebracht werden. Mehrere Schaffherden übernehmen die Landschaftspflege und ziehen Besucherinnen und Besucher an.

Ein weiteres Beispiel für „Grün in der Stadterneuerung“ sind die gründerzeitlichen „Mietskasernen-Viertel“ im Prenzlauer Berg. Dass diese heute zu den attraktivsten Bereichen der Stadt zählen, ist nicht zuletzt Ergebnis der vielen neuen klein- und großflächigen Grünanlagen. Mit einem in die Stadterneuerung integrierten Hofgärtenprogramm wurden gezielt Mieter und Eigentümer aktiviert und Grünoasen in den Hinterhöfen geschaffen. Der auf dem ehemaligen Mauerstreifen und auf Bahnbrachen angelegte Mauerpark mit dem vor kurzem entstandenen Mauergarten ist einer der prominenten Freiräume, denen Berlin seine internationale Anziehungskraft verdankt und die Raum für vielfältige Aneignungsmöglichkeiten bieten. Am Beispiel des Mauerparks wird auch die Kontroverse zwischen neuer Wohnbebauung und Erhalt beziehungsweise Erweiterung von Freiflächen deutlich.

Naturnahe Elemente

Eine der jüngsten und beliebtesten Grünanlagen Berlins ist der Park am Gleisdreieck. Während er im nördlichen Bereich als Sport- und Erholungspark gestaltet ist, überwiegen im südlichen Bereich naturnahe Elemente. Ein spezielles Pflege- und Managementkonzept trägt ebenfalls zur dauerhaften Attraktivität des Parks bei. Die intensive Baulastigkeit am Rande belegt, welchen immobilienwirtschaftlichen Effekt eine solche qualitätsvolle Grünanlage auslösen kann.

Zu Beginn des Kongresses war bereits ein unter Federführung des BMUB erarbeitetes „Grünbuch Stadtgrün“ mit einer Bestandsaufnahme zum Thema vorgestellt worden. Erstmals und ressortübergreifend ist darin der aktuelle Wissensstand zum urbanen Grün zusammengefasst. Mit der Publikation werden ein integrierter und langfristiger Prozess und ein breiter Dialog über den zukünftigen Stellenwert von Grün- und Freiflächen in den Städten angestoßen. Auf der

Grundlage des Grünbuchs und der Erkenntnisse aus dem Kongress soll ein Weißbuch entstehen, in dem konkrete Handlungsempfehlungen und Umsetzungsmöglichkeiten dargestellt werden.

Neue Pflegekonzepte

Laut Grünbuch ist es in einigen Kommunen infolge stark eingeschränkter finanzieller und personeller Ressourcen kaum mehr möglich, das vorhandene Stadtgrün ausreichend zu pflegen. Hier seien neue Pflegekonzepte erforderlich, sowohl durch die öffentliche Grünverwaltung als auch durch die Zivilgesellschaft, die langfristig eine bezahlbare und qualitativ ansprechende Grünpflege sicherstellen.



Erde zu Erde, Asche zu Asche: Natürliche Rückführung der menschlichen Überreste in den Kreislauf der Natur, hier auf dem Waldfriedhof München.

Bild: Treuhandgesellschaft bayerischer Friedhofsgärtner

Friedhofsgestaltung:

„Urban Death Project“

Neuer Trend zur Bio-Bestattung in Amerika

Von Stephan Jürgenliemk

Die Zeitung „Die Welt“ berichtete jüngst über den sich in Amerika herausbildenden Trend zur Kompostierung menschlicher Leichname in eigens dafür errichteten Anlagen. Das macht neugierig und lädt ein, sich mit den unterschiedlichen Bestattungskulturen in den Vereinigten Staaten und Deutschland zu beschäftigen.

Der neue Trend, den Verstorbenen nur in einem Leichentuch in Holzschnitzeln und Sägemehl zu betten und in einem aeroben Vorgang (unter maßgeblichem Einfluss von Sauerstoff) innerhalb einiger Wochen zu Kompost zersetzen zu lassen, entsteht in den Vereinigten Staaten in einem Umfeld, dessen Bestattungskultur für unsere Verstandnisse von Extremem geprägt ist:

Einerseits nehmen, wie in Deutschland, die Kremationen zu, andererseits ist es nach wie vor üblich, den Leichnam vor der Bestattung mit Chemikalien zur Haltbarmachung einzubalsamieren, verbunden mit aufwändiger kosmetischer Behandlung und anschließender Aufbahrung. Offenbar äußert sich im „Urban Death Project“ („städtisches Bestattungs-Projekt“) ein wachsendes Umwelt- und Naturbewusstsein der Menschen, das das Leben bis in den Tod beeinflusst. Der Verzicht auf Chemie und der Einsatz der Biologie sind sicher gut, aber bedarf es dazu eines dreistöckigen Kompostierungsgebäudes, mit Filteranlage und Klimatisierung? Und kann das dann noch „Bio“ sein?

Natürliche Zersetzung

Der Blick nach Deutschland gibt eine Antwort: Die hiesige Bestattungskultur vertraut seit Jahrhunderten auf die natürliche Zersetzung der Verstorbenen unter der Erde, auf Friedhöfen. Diese Tradition gibt vielen Hinterbliebenen das gute Gefühl,

Vielfältige neue Formen des Miteinanders

Vor diesem Hintergrund etablierten sich vielfältige neue Formen des Miteinanders von Bürgern, lokaler Wirtschaft sowie Verwaltung und Kommunalpolitik. Insbesondere die Aktivierung von Brachflächen und die Schaffung qualitätsvoller Grünräume, die Verbesserung des Stadtklimas, der Schutz und die Entwicklung biologischer Vielfalt sowie die Förderung der Nachbarschaftsentwicklung und einer partizipativen Stadtentwicklung spielten auf allen Seiten eine große Rolle.

Vorteile auf Seiten der Kommunen seien die kreative Reaktivierung von Brachflächen, die Förderung von Eigenverantwortung und zivilgesellschaftlichen Engagements und eine Imageaufwertung des Quartiers oder auch der gesamten Stadt. Die Bürger profitierten vor allem von der Möglichkeit, die Stadt zu „ihrer Stadt“ zu machen. DK

Verkehrssicherungspflicht:

Sichere Bäume durch Kontrolle

Einige Stürme haben dieses Frühjahr wieder zahlreiche Schäden verursacht. Zigttausende Bäume wurden beschädigt, viele sogar entwirzelt. Schon heute zeigen sich in unseren Breiten mit Starkregen und Stürmen gelegentlich Auswirkungen des Klimawandels, die insbesondere in bebauten Räumen - in Städten und Gemeinden - zu verstärkten Vorsorgemaßnahmen führen. Dazu gehört auch die Intensivierung der Baumkontrolle und Baumpflege.

Ohne Bäume geht es nicht. Wenngleich bei den Extremwettern umgestürzte Bäume oder fallende Äste für erhebliche Schäden sorgen, darf nicht vergessen werden, dass Bäume, insbesondere Alleen, eine wesentliche Schutzfunktion für den Straßen- und Schienenverkehr übernehmen. Sie sind zum Beispiel als Straßenbegleitgrün wichtig, weil sie den Wind fangen, Sichtstörungen durch flachstehende Sonne mindern und Erosionsschäden durch Wind- und Wassereinwirkung vermeiden. Auch in Städten sind Bäume die entscheidende Grundlage der sogenannten „Grünen Infrastruktur“. Bäume strukturieren Städte, sie wirken positiv auf das Stadtklima, sorgen für Schatten und gute Luft, sie binden Wasser und Kohlendioxid, sie bieten Lebensraum und Nahrung für Insekten und Vögel und sind nicht zuletzt beliebte Identifikationsträger im öffentlichen Grün wie in Privatgärten.

Städte bieten allerdings Bäumen meist miserable Lebensbedingungen, sie leiden unter Hitze, Trockenheit und Wind, haben zu wenig Wurzelraum oder andere standortbedingte Wuchseinschränkungen. All dies schwächt die Vitalität der Stadtbäume. Um Sach- und Personenschäden zu vermeiden ist eine regelmäßige Baumkontrolle und - wo nötig - Baumpflege unerlässlich.

Aus dem gleichen Grund ist sie auch eine gesetzlich geforderte Aufgabe für die Flächeneigentümer im Zuge der Verkehrssicherungspflicht: Kommunen haben als Eigentümer des öffentlichen Grüns dafür zu sorgen, dass von ihrem Eigentum, zum Beispiel den Straßenbäumen, keine Gefahr ausgeht. Dabei ist nicht vorzugeben, wie oft oder wie genau Baumkontrollen vorzunehmen sind. In obergerichtlichen Grundsatzzurteilen zur Verkehrssicherungspflicht bei Bäumen wird als ausreichend angesehen, wenn Straßen- und Parkbäume periodisch äußerlich visuell kontrolliert werden. Je nach Zustand der Bäume und je nach Gefährdungspotenzial sind ein bis zweimal jährliche Kontrollen üblich. Bei größeren Baumbeständen mit zudem unterschiedlichem Alter und Gesundheitszustand ist die Baumüberwachung in Kommunen eine anspruchsvolle und komplexe Aufgabe.

Praxisbeispiel aus Nordrhein-Westfalen

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW zum Beispiel hat im Frühjahr 2015 die Baumkontrolle für rund 40.000 Straßenbäume am Niederrhein per Ausschreibung

vergeben. Die Ausführung oblag dem Unternehmen BSI Baumservice, das mit mehreren ausgebildeten Baumkontrolleuren im April und Mai 2015 aktiv war. Michael Thomas, Fachagrarwirt für Baumpflege und Baumsanierung bei Straßen NRW, besuchte die Kontrolleure und informierte sich regelmäßig über die Ergebnisse.

Bas van der Velden von BSI legt Wert auf Sicherheit: „Das Ergebnis unserer Arbeit soll die Kommunen haftungssicher stellen. Unsere Baumkontrolleure bewerten deshalb jeden einzelnen Baum und geben an, inwieweit die Verkehrssicherheit gewährleistet ist.“

Grundlage für die Baumkontrollen sind in der Regel die Informationen aus dem örtlichen Baumkataster. Da aber nicht alle Kommunen über differenzierte Baumkataster verfügen, nutzt BSI ein vorher via GPS-Aufnahmen selbst erstelltes System, in das die konkreten Daten zu jedem einzelnen Baum eingetragen werden: Baumart, Größe, Durchmesser und Zustand bzw. Empfehlungen für weitergehende Detailprüfungen oder Maßnahmen. Van der Velden: „Diese Daten sind dann zusammengekommen wie ein Baumkataster nutzbar, wir stellen es dem Auftraggeber zur Verfügung.“

Bisher hat Straßen NRW die Baumkontrollen selbst durchgeführt, 2015 ist nun zum ersten Mal ein externer Dienstleister im Einsatz. Thomas: „In der Ausschreibung haben wir besonderen Wert auch auf die Ausbildung der Kontrolleure gelegt, schließlich haften wir für die Verkehrssicherheit der Bäume in unserem Verantwortungsbereich und wollen sichergehen, dass erst gar keine Gefahrensituation entsteht.“ Eine von mehreren zertifizierten European Tree Technicians, die für BSI arbeiten, ist Jozé t'Hoën: „Je nach Zustand des Baumes ist die Kontrolle mal sehr einfach und manchmal aufwändiger. Bei einem Problembaum ist natürlich auch die Dokumentation umfangreicher. Insgesamt aber zeigt sich hier ein guter Pflegezustand bei den meisten Bäumen.“ Nach ihrer Einschätzung müssen die Straßenmeistereien im Untersuchungsraum am Niederrhein kurzfristig nur hier und da Totholz aus den Bäumen schneiden. Bei einigen Bäumen dürfte aber im Laufe der kommenden vier Jahre eine intensivere Bearbeitung notwendig sein, beispielsweise, weil die Stämme Hohlräume haben. Die notwendigen Pflegemaßnahmen wird Straßen NRW dann wieder in Eigenregie übernehmen. □

Staatspreise für vorbildliche Waldbewirtschaftung

München - 14 kommunale und private Waldbesitzer aus ganz Bayern erhalten Staatspreise für die vorbildliche Bewirtschaftung ihrer Wälder.

Wie Forstminister Helmut Brunner mitteilte, fiel die Wahl der mit Vertretern aus Forstverwaltung und Verbänden besetzten Jury auf die Städte Riedenbürg (Lkr. Kelheim), Eschenbach i. d. Opf. (Lkr. Neustadt a. d. Waldnaab) und Haßfurt (Lkr. Haßberge), die städtische Forstverwaltung München, die Gemeinde Sulzfeld am Main (Lkr. Kitzingen), die Auwaldgenossenschaft Vogtareuth (Lkr. Rosenheim), die Katholische Pfarrpfundestiftung Kronach, die Waldgenossenschaft Ullstadt

(Lkr. Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim) die Waldbesitzervereinigung Westallgäu (Lkr. Lindau), die Rechtlergemeinschaft Kesselostheim (Lkr. Dillingen a. d. Donau) sowie vier private Waldbesitzer aus den Landkreisen Landshut, Amberger-Sulzbach, Kronach und Weißenburg-Gunzenhausen. Die mit einem Preisgeld von jeweils 1.000 Euro dotierten Staatspreise wird der Minister Ende des Jahres bei einem Festakt überreichen.

Der Staatspreis für vorbildliche Waldbewirtschaftung wird seit 1997 alle zwei Jahre an private und kommunale Waldbesitzer verliehen. □



Ladog G129N20 mit Mittelabsaugung: Der kurze, gerade Saugschlauch befindet sich unter der Kabine.

Hoher Entwicklungsstand bei Mähern:

Die Ladog-Maxiflex-Technik

Absaugen mit Mittelabsaugung

Allen „Unkenrufen“ zum Trotz arbeitet die Ladog-Mittelabsaugung (MaxiFlex-Technik) beim Mähen/Absaugen so gut wie verstopfungsfrei. Der kurze Saugschlauch, die gerade, bogenfreie Schlauchführung unter der Kabine und die 4-Messertechnik im Mähwerk sorgen für verstopfungsfreies Mähen/Absaugen. Viele Kunden im praktischen Einsatz bestätigen dies. Und dies egal, ob bei trockenem Wetter, bei Morgentau oder im strömenden Regen gemäht wird.

Ladog hat trotzdem noch weiterentwickelt: Die Mähwerksabsaugung wurde sehr stark lärmreduziert, und zwar bei voller Saugleistung. „Das hören Sie sofort beim Arbeiten“ – sagt Vertriebsleiter Alfred Bertsche. Die Hydraulikleistung des Fahrzeuges wurde optimiert. Volle Leistung auf Mähwerk und Absaugung steht bei ca. 1.800 U/min. Motordrehzahl zur Verfügung. „Was Sie noch hören ist das Mähwerk, aufgrund der hohen Messerdrehzahl“ – sagt Alfred Bertsche beruhigt.

Viel Drehmoment

Es braucht auch keine 145 PS-Motoren: Der Ladog-Hydrostat ist optimiert und bringt viel Drehmoment (Fahrleistung) auf die Straße, und dies mit permanentem Allradantrieb mit Mitteldifferential – ohne Verspannungen im Antriebsstrang! Der Ladog-Hydrostat ist sehr feinfühlig und sparsam ausgelegt. Hier spürt man die 35 Jahre Hydrostat-Entwicklung des Hauses Ladog. Der unterflurige eingebaute Motor sorgt für einen

Kommunalausstattung für Unimog:

Silbermedaille für neue Kombination

Mittelmotorkonzept und schadstoffarme Euro-VI-Motoren

Stuttgart/Wörth - Der Unimog für besondere Anforderungen steht jetzt für Kommunen und den Katastrophenschutz bereit: Der Unimog U 5023 wird als erstes Modell der Baureihe der hochgeländegängigen Unimog mit einer Kommunalausstattung präsentiert. Das honorierten die Veranstalter der Kommunaltechnikmesse Demopark in Eisenach mit einer Silbermedaille für herausragende Neu- und Weiterentwicklungen.

Die neue Kombination mit Kommunalydraulik wird zum Antrieb von wechselnden Anbau- und Aufbaugeräten wie zum Beispiel Streuautomaten und Schneepflug gebraucht. Damit eignet sich dieses Fahrzeug besonders für den Einsatz bei Bauhöfen in hochwassergefährdeten Städten und Gemeinden, denn der Unimog kann außer für klassische Aufgaben im Straßenbetriebsdienst auch für die technische Hil-

fe sowie Rettung oder Bergung im Hochwassergebiet genutzt werden – dank seiner Wadfähigkeit von bis zu 1,2 Meter.

Der Unimog U 5023 verbindet in dieser Ausführung die Vielfalt des Geräteeinsatzes, den man vom Unimog-Geräteträger kennt, mit den speziellen Vorzügen der hochgeländegängigen Fahrzeuge. Neben der Wadfähigkeit von bis zu 1,2 Meter sind dies die komfortable zu bedienende Reifenregelungsanlage und die hohe Nutzlast. So kann der U 5023 einen Streuautomaten mit einem Fassungsvermögen von bis zu drei Kubikmetern Streugut aufnehmen. Das Gesamtgewicht des U 5023 liegt bei 14,5 Tonnen.

Sehr gute Abgaswerte

Wie die Profi-Geräteträger sind auch die beiden hochgeländegängigen Unimog U 4023 und U 5023 im Zuge der Einführung der Euro-VI-Motorengeneration grundlegend weiter entwickelt worden. Der Vierzylinder aus der Motorenbaureihe OM 934 leistet 170 kW (230 PS) und bringt neben hervorragenden Abgaswerten auch eine exzellente Kraftstoffeffizienz mit, die schon bei niedri-

tiefen Schwerpunkt des Fahrzeuges, so dass auch in kritischen Schräglagen ohne Angst gemäht werden kann. „Wir reden nicht nur von guter Sicht auf die Frontanbaugeräte, wir haben Sie auch“ sagt Alfred Bertsche. Davon und von der Mähleistung kann sich jeder Interessent bei einer praktischen Vorführung selbst überzeugen. Ladog-Fahrzeuge sind echte Arbeitsfahrzeuge.

Weitere Informationen unter: www.bertsche-online.de



Streuautomat am hochgeländegängigen Unimog: Die Kommunalausstattung sorgt für vielfältigen Einsatz.

gen Drehzahlen hohe Leistung zur Verfügung stellt. Außerdem wurde der Motor um rund einen Meter nach hinten verlagert. Dieses neue Mittelmotorkonzept half nicht nur, für Euro VI erforderliche Zusatzaggregate unterzubringen, sondern auch einen direkten Nebenabtrieb vom Motor für den Aufbau hinter dem Fahrerhaus verfügbar zu machen. Damit können Geräte unabhängig von der Fahrt angetrieben werden. Beispielsweise sind Feuerlöschfahrzeuge so in der Lage, gleichzeitig zu fahren und zu löschen.

Passender Reifendruck im Display einstellbar

Völlig neu konzipiert wurde die Reifendruckregelungsanlage „Tirecontrol plus“. Nun lässt sich der für den jeweiligen Einsatz passende vorkonfigurierte Reifendruck einfach und komfortabel im Display einstellen, wobei zwischen den Modi „Straße“,

„Sand“ und „Schlechtweg“ gewählt werden kann. Das klassische Fahrerhaus dieser Baureihe erfährt eine Verlängerung um 120 mm und wurde ebenso um 120 mm erhöht. Neben dem erneuerten Bedienkonzept sorgt außerdem die Mittelmotorlage für erhöhten Fahrkomfort sowie für ausgewogene Balance bei der Geländefahrt.

Bewährtes Gesamtkonzept

Unverändert kennzeichnen die Baureihe Unimog U 4023 und U 5023 ihre überragenden Fahreigenschaften im Gelände. Portalachsen, ein niedriger Fahrzeugschwerpunkt, Achsverdrängung bis 30 Grad und extrem günstige Werte bei Böschungswinkeln bilden ein seit Jahrzehnten bewährtes Gesamtkonzept, das immer wieder durch die Bewältigung von Extremsituationen in aller Welt auf sich aufmerksam macht.

demopark + demogolf 2015:

Optimierte Auslastung dank multifunktionaler Technik

Die Wirtschaftlichkeit gibt den Takt vor in der professionellen Areal- und Grünflächenpflege. Je kleiner ein Pflegebetrieb, desto wichtiger wird die Auslastung der eingesetzten Fahrzeuge und Maschinen. Multifunktionalität liegt daher voll im Trend, wie viele Innovationen auf der diesjährigen demopark + demogolf zeigen.

Gleich zwei Geräteträger und Kompaktkehrmaschinen wurden mit einer der begehrten demopark-Innovationsmedaillen ausgezeichnet. Ein großer Vorteil dieser wendigen und kompakten Geräteträger liegt darin, dass sie sich mit ihrem zulässigen Gesamtgewicht von 3,5 Tonnen mit Fahrerlaubnisklasse B auf Gehwegen und Bürgersteigen einsetzen lassen. Erstaunlich schnell und völlig ohne Werkzeug kann der Wechsel ihrer Anbaugeräte vorgenommen werden. So wird aus der Kehrma-

schine im Nu ein professionelles Mähgerät, das die Mahd gleich in den universell nutzbaren Behälter befördert. Ist die Mähseason vorbei, genügen ebenfalls nur wenige Minuten, um das Mähwerk abzumontieren und ein Schneeschild vorne und einen Streuer hinten aufzubauen.

Dank geheizter und klimatisierter Kabinen lässt sich eine solch schlagkräftige Kombi auch im Winterdienst auf Gehwegen wirtschaftlich einsetzen. Der Clou: Dank moderner Kamerasysteme

hat der Fahrer dabei nicht nur den rückwärtigen Bereich immer im Blick, sondern kann auch den Arbeitsfortschritt, so etwa beim Einsaugen des Schnees, des Laubes oder des Grasschnittes, direkt am Saugmund live verfolgen. Übersichtliche Displays, ergonomische Steuerhebel und ein gefederter Sitz motivieren den Profi zusätzlich bei seiner Pflegeaufgabe.

Auch bei den Baumaschinen hält der Aspekt der Multifunktionalität immer mehr Einzug in die Entwicklung. So gibt es mittlerweile bereits Schreitbagger, die mit einem in der Breite verstellbaren Raupenlaufwerk kombiniert sind.

Auf diese Weise lässt sich die Standfestigkeit bei Einsätzen am Hang bei gleichzeitiger Schonung des Bodens weiter erhöhen. Dank seiner hohen Motorleistung ist es möglich, einen derartig ausgestatteten Raupengeräteträger auch mit ungemein leistungshungrigen Anbaugeräten wie Mulchern und Harvestern auszurüsten. Ebenso innovativ ist die Entwicklung eines knickgelenkten Mobilbaggers, der mit nur einem Klick in einen voll funktionsfähigen Radlader inklusive aller intuitiven Bedieneigenschaften verwandelt werden kann.

Wer multifunktionale Lösungen für größere Kommunen in hochwassergefährdeten Regionen sucht, ist auf der demopark + demogolf ebenfalls richtig: Dort werden hochgeländegängige Geräteträger zu sehen sein, die sich sowohl für den Hochwasser- und Katastrophenschutz als auch im herkömmlichen Winterdienst bewähren.

Weitere Informationen unter: www.demopark.de



Winterdienstabschluss im Kreisbauhof Dillingen

Stolze 40.000 Kilometer legten die Mitarbeiter des Kreisbauhofes im zurückliegenden Winter im Rahmen des Winterdienstes zurück. Dennoch bezeichnete der Leiter der Tiefbauverwaltung am Landratsamt Dillingen, Roman Bauer, beim traditionellen Winterdienstabschluss die zurückliegende Saison 2014/2015 als „normalen Winter“. Bei insgesamt 89 Einsätzen wurden 1.320 Tonnen Salz verbraucht. Den Landkreis kostete der Winterdienst alles in allem rund 300.000 Euro. Dies ist gegenüber dem extrem milden Winter 2013/2014 eine Steigerung um 75 %. Im Rekord-Winter 2009/2010 hingegen lagen die Kosten bei satten 520.000 Euro.



Überzeugt Kämmerer und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die neuen Kommunalprofis von Mercedes-Benz.

Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden knapper. Verlangen Sie deshalb nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen. Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: ob besonders kompakt (U 216 / U 218), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023) – Ihr Unimog Partner beweist es Ihnen gerne. www.neuerunimog.de



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de
Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de
KLMV GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Marke DONAURIES im internationalen Vergleich

Studenten der Universität Augsburg auf Exkursion im Landkreis

Donauwörth. Die Marke DONAURIES weckt zunehmend Aufmerksamkeit. Jüngst besuchten rund 40 Geographiestudenten der Universität Augsburg den Landkreis, um sich über die Entstehung der Marke DONAURIES zu informieren. Im kommenden Jahr soll der Prozess mit Regionalmarken in den USA verglichen werden. Bei der vom Wirtschaftsförderverband und dem Konversionsmanagement Donau-Ries organisierten Exkursion wurden die Stadt Nördlingen, das Geotop Lindle und die Harburg besucht.

Start der Exkursion durch den Landkreis war die Bundesstube im Rathaus der Stadt Nördlingen. Nach der Begrüßung durch Oberbürgermeister Hermann Faul referierte Konversionsmanager Stefan Wieschebrock über die Entstehungsgründe der Marke DONAURIES und die Ziele, die die Region mit der Marke erreichen möchte. Im Anschluss diskutierten die Studenten intensiv mit Vertretern der Stabsstelle Kreisentwicklung des Landkreises Donau-Ries sowie der Stadt Nördlingen.

Dabei wurde deutlich, welchen Nutzen eine einzelne Kommune vom überregionalen Marketing hat. So führte Oberbürgermeister

Faul aus, dass mit der Marke DONAURIES Fachkräfte und Neubürger gewonnen werden sollen. Diese wohnen zunächst einmal nicht im Landkreis, sondern in einer einzelnen Kommune. Dadurch profitieren in erster Linie auch die Kommunen. David Wittner, Leiter der Tourist-Info Nördlingen wies zudem darauf hin, dass auch im touristischen Bereich eine überregionale Vermarktung nützlich ist: „Es gibt in Deutschland mehrere hundert Städte mit ca. 20.000 Einwohnern. Um in dem Wettbewerb wahrgenommen zu werden, benötigt man entsprechende Strahlkraft.“

Als nächstes Ziel der Exkursion wurde das Geotop Lindle an-



40 Studenten der Universität Augsburg begaben sich auf eine Exkursion durch den Landkreis Donau-Ries. Start war im Rathaus der Stadt Nördlingen, in dem Oberbürgermeister Hermann Faul die Studenten begrüßte.

geführten. Geopark Ries Geschäftsführer Günther Zwerger und seine Stellvertreterin Heike Burkhardt stellten den Geopark Ries als Alleinstellungsmerkmal der Region vor und führten gemeinsam mit Geoparkführer Kurt Kroepelin durch das Geotop.

Der Abschluss der Exkursion fand schließlich auf Einladung der Firma HPC AG auf der Harburg statt. Arno Bartels und Christian Blothe berichteten den Studenten, welche Maßnahmen sie ergreifen, um Fachkräfte zu gewinnen und erklärten, warum sie die Marke DONAURIES unter-

stützen: „Zum einen aus regionaler Verantwortung, wir fühlen uns als Teil des Landkreises, schließlich haben wir hier seit Jahrzehnten unseren Unternehmenssitz. Und wir sind davon überzeugt, dass es uns als Unternehmen am besten geht, wenn es auch der Region und den Menschen im Landkreis gut geht. Zum anderen sind wir der Überzeugung, dass die Region für Fachkräfte und Bürger sehr viel zu bieten hat. Wenn wir das gemeinsam kommunizieren, profitieren auch alle davon.“

Dr. Bernhard Kräußlich, der die Exkursion von der Universität Augsburg aus organisiert hatte, dankte allen Beteiligten für den sehr informativen und spannenden Eindruck zur Marke DONAURIES. „Wir freuen uns, dass wir die Chance hatten, 'live' zu erfahren, wie eine Regionalmarke entsteht. Wir glauben nach dem heutigen Eindruck, dass die Marke DONAURIES auf einem guten Weg ist, und kommen gerne in zwei Jahren wieder, um zu sehen, wie sich die Marke entwickelt hat.“ so Kräußlich.

Mainfränkische Theaterstiftung schüttet Gewinn aus

Erfolgreiches Zusammenwirken von Bezirk Unterfranken, Landkreis und Stadt Würzburg sowie eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung haben es ermöglicht, dass trotz anhaltend niedriger Zinsen am Finanzmarkt die Mainfränkische Theaterstiftung im vergangenen Geschäftsjahr 2014 einen erfreulichen Jahresüberschuss in Höhe von 198.902,74 aus ihren Finanzanlagen sowie eingegangenen Spenden erzielen konnte.

Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Kuratorium wurde beschlossen, einen Teilbetrag von 66.800 Euro dem Stiftungskapital zuzuführen. 132.102,74 Euro kommen als Betriebskostenzuschuss unmittelbar dem Mainfränkischen Theater für dessen künstlerische Arbeit zugute. Damit hat die Theaterstiftung das Würzburger Dreipartienhaus seit ihrer Errichtung im November 2002 bereits mit rund 2,1 Millionen Euro unterstützt.

Theater als Standortfaktor

„Die Stiftung ist ein Bekenntnis der Region zu ihrem Theater, welches wiederum ein bedeutsamer Standortfaktor für Mainfranken ist“, so die einhellige Meinung von Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, stellv. Landrätin Christine Haupt-Kreutzer und Bürgermeister Dr. Adolf Bauer. Gemeinsam werden die Vorstände um breite Unterstützung für die Mainfränkische Theaterstiftung, die sich der nachhaltigen Förderung und dem dauerhaften Erhalt des Mainfränkischen Theaters verschrieben hat.

Grundstockvermögen von rund 6 Millionen Euro

Aktuell beläuft sich das Grundstockvermögen der Stiftung auf rund 6 Millionen Euro; eine stolze Summe, aus deren Erträgen viel Gutes bewirkt wurde. Das soll auch in Zukunft so sein, denn das Theatergebäude im Stadtzentrum ist in die Jahre gekommen und soll nun baldmöglichst attraktiv umgebaut werden. Mit der bevorstehenden Generalsanierung und Umgestaltung des Mainfränkischen Theaters stehen umfangreiche und kostenintensive Maßnahmen an, weshalb man bei der Theaterstiftung gerade jetzt dankbar für Spenden aus der Bevölkerung und von Seiten der Geschäftswelt ist.

Europäischer Bürgerpreis für Passauer Verein

Für seine besonderen Leistungen bei der europäischen Zusammenarbeit und für die Förderung gemeinsamer Werte wird der Passauer Verein „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ mit dem diesjährigen Europäischen Bürgerpreis des Europäischen Parlaments ausgezeichnet. Die Initiative ist eine von drei deutschen und insgesamt 47 EU-weiten Preisträgern. Die offizielle Würdigung findet am 14. und 15. Oktober in Brüssel im Rahmen einer Feierstunde statt.

Der Verein „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ um die Initiatorin und Geschäftsführerin Perdita Wingerter will die europäische Idee von Einheit und Frieden in die Tat umsetzen. Den Verantwortlichen geht es um den Abbau von Vorurteilen gegenüber Menschen wegen ihrer Herkunft oder ihrer Rasse. Es geht um Ideale, die zwar allgemein anerkannt sind, aber im Alltag viel zu oft auf der Strecke bleiben. Mit Aktionen und Projekten wollen die Vereinsmitglieder dazu beitragen, Chancengleichheit für alle in Gesellschaft, Bildung und Arbeitswelt zu erreichen.

Ein Beispiel dafür ist der internationale Frauentreff „Frauen - Erleben - Kulturen“. Bei diesem monatlichen Stammtisch kommen Frauen aus aller Welt für

Fortbildungen, Ausflüge oder gemeinsame Aktionen zusammen. Außerdem gibt es das Projekt „Kinder - Erleben - Kulturen“: Migranten und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln erarbeiten dabei Konzepte, wie Kindern in Kindertagesstätten, Schulen, Horten und im Ferienprogramm interkulturelles Wissen vermittelt werden kann. Zudem bietet der Verein Selbsthilfegruppen und Notrufberatung für russischsprachige Menschen mit Alkoholproblemen und deren Angehörige in ihrer Muttersprache an.

„Um die Europäische Idee zu verstehen, muss man sie erleben“, betonte Geschäftsführerin Wingerter. Dieses ermöglichen die vielfältigen Projekte des Vereins, die ehrenamtliches Engagement fördern und in denen Vielfalt und

Toleranz erlebt und erlernt werden können. Die Teilnehmer der grenzüberschreitenden Projekte ihres Vereins seien so zu Botschaftern geworden, die bei Stammtischen, bei Gesprächen und in den Familien dem „Europa-Bashing“ etwas entgegenzusetzen hätten.

Wingerter betrachtet den Preis als „eine enorme Anerkennung für unser Engagement“. Vor allem freue es sie, „dass ein kleiner regionaler Verein wie 'Gemeinsam leben und lernen in Europa' vom Europäischen Parlament wahrgenommen und wertgeschätzt wird“.

Europaabgeordneter Ismail Ertug, der den Verein für den Europäischen Bürgerpreis 2015 vorgeschlagen hatte, zeigte sich höchst erfreut, „dass 'Gemeinsam leben und lernen in Europa e.V.' diese Auszeichnung erhalten hat“ und sprach hierzu seine besten Glückwünsche aus. „Der Verein leistet einen wichtigen Beitrag darin, die Europäische Idee auf lokaler Ebene mit Leben zu füllen“, hob Ertug hervor. DK



Die neue Brücke zur Maria-Ward-Realschule:

Elegant und hochwassersicher

Neuhaus am Inn. Die Maria-Ward-Realschule im Schloss auf der Insel im Inn ist nur über eine Brücke erreichbar. Jeden Tag gehen rund 700 Schüler und etwa 50 Lehrer über diese Brücke, aber auch viele Besucher der Schule und des Pfarrbüros Neuhaus. Das Hochwasser vom Juni 2013 hat diese Brücke über den Inn zum Schloss und einstigen Kloster und der jetzigen Maria-Ward-Realschule so schwer in Mitleidenschaft gezogen, dass ein Neubau unumgänglich wurde. Geplant wurde ein Neubau, der künftigen Hochwassern Stand hält - dank moderner Technik und massivem Bayerwald-Granit. Seit Juni 2013 war die Brücke nur durch einen wackeligen Bauzaun gesichert. Das Gelände war dem Hochwasser zum Opfer gefallen. Im Ernstfall können die neuen, elementierten Geländer innerhalb kurzer Zeit abgebaut und nach dem Hochwasser wieder angebracht werden.

nur dadurch realisiert werden, dass Heiko Blaul aus Kredenbach die Idee „Senioren-WG“ unterstützte und in den Bau einer Einrichtung investierte. Sein Großvater Helmut Blaul zog im April 2007 als erster Senior in die WG ein.

Inzwischen versorgt die Marktheidenfelder Sozialstation mehr als 30 betagte Menschen in drei WGs. Ende Februar wurde die erste Wohngemeinschaft in Trennfeld eröffnet, im Januar dieses Jahres zogen im Stockwerk über dieser WG die ersten Senioren der dritten Wohngemeinschaft ein. Die Nachfrage nach der Alternative zum Heim ist groß. Tschammer: „Auf unserer Warteliste stehen gerade acht Menschen.“

In Main-Spessart gibt es inzwischen sechs ambulant betreute Wohngemeinschaften. Drei davon werden von der Marktheidenfelder Sozialstation St. Elisabeth be-

treut. Elf Menschen mit Demenz leben in Esselbach-Kredenbach zusammen, weitere zehn demente Menschen wohnen in Triefenstein-Trennfeld. Dort befindet sich eine weitere WG für zehn Menschen mit und ohne Demenz.

In Gemünden-Seifriedsburg leben sieben Menschen zusammen, die vom Team der Sozialstation Bergmann-Ritschel betreut werden. Eine weitere von diesem Team unterstützte WG befindet sich in Karsbach-Heßdorf. Sie bietet sechs Plätze für Senioren.

In Wohngemeinschaften für Menschen mit einer Demenz kommt den Angehörigen eine große Rolle zu. Sie treffen sich regelmäßig, um zum Beispiel Investitionen wie eine neue Waschmaschine oder einen neuen Fernseher zu besprechen. Auch wird bei den Treffen über die Gestaltung von Festen und Feiern wie Weihnachtsessen, pat

Der Kochtopf auf dem Nachtischchen

Wohnen im Alter: In WGs haben Senioren viel mehr Freiheiten als in einem Heim

Marktheidenfeld. Agnes Väh hat ein Holzbrettchen vor sich und ein Messer in der Hand. Neben ihr steht eine weiße Plastikschüssel, die sich nach und nach mit Stückchen von Rhabarber füllt. Wie früher zu Hause, hilft Väh auch in der Wohngemeinschaft in Trennfeld, in der sie heute lebt, im Haushalt mit. Seit Februar 2014 gibt es die WG. Zehn Menschen mit Demenz wohnen hier zusammen. Versorgt werden sie vom Team der ökumenischen Sozialstation St. Elisabeth in Marktheidenfeld.

Während Agnes Väh beim Backen des Nachmittagskuchens mithilft, sitzt Helga Behl in ihrem gemütlichen Sessel und ruht sich aus. Den Sessel besaß sie schon, als sie noch zu Hause wohnte. Wann das war? Helga Behl denkt nach: „Ach, das weiß ich nicht mehr. Ich bin auf jeden Fall schon sehr lange hier.“ Auch an ihr Alter kann sich die Seniorin nicht erinnern. Doch an die Personen auf den Bildern, die ihr gegenüber an der Wand hängen, an die erinnert sie sich sehr gut.

„Das ist unser Hochzeitbild“, meint sie und zeigt mit dem Finger auf eine Schwarz-Weiß-Fotografie, die sie als strahlende Braut zeigt. Darüber hängt ein weiteres Schwarz-Weiß-Bild. Eine vitale, kernige Frau lacht, vor einem Wasserfall stehend, in die Kamera: „Das war meine Mutter. Sie war

immer eine kräftige Person.“ Ein großes Farbfoto zeigt den Mann von Helga Behl. Der ist schon ziemlich lange tot.

Wie die einzelnen WG-Bewohner früher gelebt haben, welcher Arbeit sie nachgegangen sind, mit welchen Menschen sie Kontakt hatten, dies zu wissen ist für die Pflegekräfte in der WG von großer Bedeutung. Nur durch sogenannte Biografiearbeit lässt sich das oft anderliche Verhalten von altersverwirrten Menschen verstehen, sagt Marianne Tschammer, Leiterin der Sozialstation. Am Beispiel einer Bewohnerin, die nachts immer extrem unruhig wurde, zeigt sie auf, wie wichtig es ist, die einstige Lebenssituation der betagten Bewohner zu berücksichtigen.

„Diese Frau war früher in einer Gastwirtschaft tätig“, berichtet die

Pflegedienstleiterin. Sie war es also gewohnt, bis in der Nacht hinein aktiv zu sein. Manchmal wollten die Gäste noch am späten Abend etwas zu essen haben. Kein Problem. Dann ging die Frau eben noch einmal in die Küche.

Nachts zu kochen, das steckte tief in der dementen Seniorin: „So kamen wir auf die Idee, ihr einen Topf auf den Nachtisch zu kleben und einen Kochlöffel daneben zu legen.“ Der war am Stiel mit einem Handtuch umwickelt, so dass sich die Frau nicht verletzen konnte. Häufig stand sie fortan nachts auf, um eine Stunde im Topf zu rühren. Danach schlief sie in aller Ruhe weiter.

Alternative zum Heim

Vor zehn Jahren begann Marianne Tschammer, erste Pläne für eine Wohngemeinschaft für demente Menschen zu entwickeln: „Allerdings wussten wir zunächst nicht, wie wir das finanzieren sollten.“ Die Sozialstation selbst hat kein Geld, das sie in den Bau oder die Anmietung einer WG investieren könnte. Das Projekt konnte 2007

Brauerei statt Werkstätte

Inklusion: Auch in den Einrichtungen des Bezirks sollen behinderte Menschen arbeiten

Würzburg. Jeder soll mittendrin in der Gemeinschaft leben. So will es die UN-Behindertenrechtskonvention. Schulen haben sich längst auf den Weg gemacht, Inklusion umzusetzen. Der Arbeitssektor hinkt noch hinterher. So arbeiten nach wie vor viele Menschen mit Handicap abgesondert in Werkstätten für Behinderte (WfB). Der Bezirk Unterfranken will dies zusammen mit der Lebenshilfe ändern. So sollen künftig auch im Bezirkskrankenhaus Lohr Menschen mit geistiger Behinderung arbeiten.

Der Impuls für die Aktivitäten des Bezirks geht von Bamberg aus. Dort gibt es seit mehreren Jahren das Modellprojekt „Integra Mensch“. Innerhalb von vier Jahren gelang es den dortigen Projektmitarbeitern, 50 Menschen mit geistiger Behinderung in Jobs außerhalb der Werkstätte zu vermitteln – etwa als Hilfspflegerin im Seniorenheim.

Eigentlich gehört es zum Auftrag von Werkstätten, behinderten Mitarbeitern den Weg nach draußen zu bahnen. In der Vergangenheit gelang dies jedoch nur selten. Neu bei „Integra Mensch“ ist die Idee, möglichst viele Menschen innerhalb eines „Sozialraums“ bei der Schaffung inklusiver Arbeitsplätze einzubinden. Die Vermittlung ist also nicht mehr allein Sache von Sozialarbeitern. Diese sind vielmehr dafür zuständig, ein Netzwerk von Vertretern aus Betrieben, Behörden, Verbänden, Kirchen und Politik zu schaffen, die ihrerseits für die Idee „Inklusion“ in der Arbeitswelt eintreten und Kooperationen mit der Werkstätte vor Ort eingehen.

Innerhalb Unterfrankens ist die Lebenshilfe in Schweinfurt Vorreiter, was das Schaffen inklusiver

Jobs anbelangt. 14 Werkstattmitarbeiter haben inzwischen einen Arbeitsplatz außerhalb der Werkstätte gefunden – zum Beispiel in einer Brauerei, in Einkaufsläden, einer Schreinerei oder im hauswirtschaftlichen Bereich eines Pflegeheims. Weitere fünf Arbeitsplätze werden aktuell angebahnt.

Neuer Fachdienst

Seit Januar versuchen auch die Mainfränkischen Werkstätten, inklusive Jobs in Würzburg, Main-Spessart und Kitzingen zu finden. Zu diesem Zweck wurde ein neuer Fachdienst mit einer Außenstelle in Marktheidenfeld gegründet. „Für diesen Dienst haben die Mainfränkischen Werkstätten sehr kompetente Mitarbeiter gewonnen“, berichtete Peter Ditzte, Leiter der bezirklichen Sozialverwaltung, im Sozialausschuss des Bezirkstags. Das Team besuchte inzwischen auch schon die Leitung des Lohrer Bezirkskrankenhauses und informierte über das Inklusionsprojekt.

Fünf Menschen aus der Region Würzburg, die bisher in einer Werkstätte tätig waren, fanden inzwischen einen Arbeits-

platz außerhalb der Sondereinrichtung. Vier Werkstattmitarbeiter durchlaufen aktuell den Berufsbildungsbereich der Maßnahme. Ein weiterer Mitarbeiter befindet sich im Eingangsverfahren.

Auch in der Region Würzburg sollen sich Betriebe, Stadt- und Gemeinderäte als mitverantwortlich für die Umsetzung des Menschenrechts auf Inklusion verstehen. Der Bezirk selbst dürfe nicht außen vor bleiben, betonte Peter Motsch, Vorsitzender der CSU-Fraktion: „Wir wollen nicht nur loben, was bisher geschehen ist, sondern müssen uns aktiv beteiligen.“ Bei über 3.000 Bezirksbeschäftigten müsse es möglich sein, behinderte Menschen zu integrieren, ergänzte Behindertenbeauftragte Karin Renner (CSU).

„Ich finde das Projekt super“, äußerte die Kitzinger Land- und Bezirksrätin Tamara Bischof (FW): „Doch es ist alles andere als einfach, die Menschen zu gewinnen, mitzumachen.“ Sie selbst habe das Projekt in einer Bürgermeisterdienstversammlung im Kitzinger Landkreis vorgestellt: „Doch die Resonanz war keineswegs so, wie ich mir das vorgestellt hatte.“ In ihrer eigenen Landkreisverwaltung habe sie im Bauhof und in der Gärtnerei nach Stellen für Menschen mit einer geistigen Behinderung suchen lassen: „Doch beim ersten Mal wurde nichts gefunden.“ **Pat Christ**

Ingolstadt:

Kooperation für ganzheitliche Bildungsarbeit unterzeichnet

Ingolstadt arbeitet ab sofort mit der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement zusammen. Ziel ist es, die Bildungsarbeit und somit das Bildungsangebot in Ingolstadt für alle Bürgerinnen und Bürger besser aufeinander abzustimmen und zu vernetzen.

Die kommunalen Angebote sollen künftig in eine Gesamtstrategie zusammengeführt und koordiniert werden. Als Grundlage dafür sollen die bereits vorhandenen Bildungs-, Integrations- und Sozialberichterstattungen dienen. Alle Ingolstädterinnen und Ingolstädter unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft sollen von bestmöglichen Bildungsangeboten vor Ort profitieren.

Das sog. Lebenslange Lernen in der Kommune soll dauerhaft gefördert und für alle Menschen zugänglich gemacht werden. Um das

zu erreichen, wird Ingolstadt ab sofort von der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement unterstützt.

Die Transferagentur, eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), ist Teil eines bundesweiten Netzwerkes, das Kommunen beim Auf- und Ausbau ihres Bildungsmanagements vor Ort berät. Dazu stellt sie zum Beispiel Modelle bereit, die bereits in anderen Kommunen in Deutschland erfolgreich erprobt wurden und zu einer Verbesserung der Bildungs-

arbeit vor Ort beigetragen haben. Für ein erfolgreiches kommunales Bildungsmanagement werden außerdem die lokalen Besonderheiten berücksichtigt und alle Akteure aus der regionalen Bildungslandschaft mit einbezogen.

Tobias Schmidt, Leiter des Regionalbüros Süd der Transferagentur, freut sich auf die Zusammenarbeit: „Ingolstadt ist als ausgezeichnete Bildungsregion und mit seiner Bildungsberichterstattung schon Vorbild in Sachen Bildungsarbeit. Wir möchten die Stadt nun dabei unterstützen, bereits erarbeitete Ergebnisse dauerhaft in die Ingolstädter Bildungsarbeit zu integrieren, weiterzuentwickeln und darauf aufzubauen.“

Die gemeinsam erarbeitete Zielvereinbarung, die von Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel und Tobias Schmidt am 22. April 2015 unterzeichnet wurde, enthält die Schwerpunkte der Kooperation.

Einen besonderen Stellenwert sollen die Themen „Weiterentwicklung der vorhandenen Bildungs-, Integrations- und Sozialberichterstattung zu einem fort-schreibbaren, integrierten und indikatorengestützten Monitoring“ und die „Fortentwicklung vorhandener Ansätze zur strategischen Steuerung und Koordination eines kommunalen Bildungsmanagements“ erhalten.

Oberbürgermeister Christian Lösel erklärt die Vorteile der Kooperation: „Bildung in ihrer ganzen Bandbreite ist ein Schwerpunktthema der Stadt Ingolstadt. Schließlich trägt ein ganzheitliches Bildungskonzept, getragen von einem indikatorengestützten kommunalen Bildungsmonitoring, zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt bei. Durch die Zusammenarbeit mit der Transferagentur Bayern lassen sich diese Bildungsziele schärfen und verstetigen.“ □

Bezirk Oberfranken:

Unterstützung Pflegebedürftiger mit zusätzlichen freiwilligen Leistungen

Durch die Einführung des sog. Pflegestärkungsgesetzes Anfang dieses Jahres wurden die Leistungen für pflegebedürftige Menschen im stationären Pflegebereich ausgebaut. So erhalten nun auch Heimbewohner Vergütungen, „deren Hilfebedarf im Bereich der Grundpflege und hauswirtschaftlichen Versorgung nicht das Ausmaß der Pflegestufe I erreicht.“

Der Bezirksausschuss beschloss nun, diese Hilfen auch denjenigen als freiwillige Leistung zu gewähren, die als Sozialhilfeempfänger nicht pflegeversichert sind. Damit erhalten nun oberfrankenweit rund 40 Heimbewohner zusätzliche Leistungen.

Er folgte damit der Entscheidung, die neu gewährten Hilfen auch nichtversicherten Personen zu Teil werden zu lassen, einer Empfehlung vom Fachausschuss für Soziales des Bayerischen Bezirkstages. „Zur Wahrung des Heimfriedens und um

Sozialhilfeempfänger nicht von den Angeboten des Pflegestärkungsgesetzes auszuschließen, sollten wir diese freiwilligen Leistungen gewähren“, appellierte Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler an die Mitglieder des Bezirksausschusses.

Ein Appell, der auf offene Ohren bei den Bezirksräten stieß. Einstimmig wurden die freiwilligen Leistungen vom Bezirksausschuss beschlossen. Damit kommen den pflegebedürftigen Menschen in Oberfranken zusätzlich pro Jahr rund 55.500 Euro zugute. □



Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wieder keine Briefe heute? Von mir aus kann das so bleiben – es wird eh nur mehr Werbung per Post verschickt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, erkundigte sich nach dem Sachstand an der „Streikfront“, also der Posteinlaufstelle. Fazit: Wer was vom Rathaus will, legt es selber in den amtlichen Briefkasten ein, nutzt private Zustelldienste oder mailt es uns. Richtig spürbar ist der Poststreik nicht.

Nicht mal die Tatsache, dass die „Bayerische Gemeindezeitung“ nicht zugestellt wurde, erschüttert meinen Chef, denn wir sind natürlich registrierte Nutzer des ePapers. Und so sehr es der Bürgermeister liebt, die Zeitung haptisch zu greifen, die Füße auf den Schreibtisch zu legen und darin zu blättern – die kompletten Infos gibt es auch digital. Wichtige Rubriken, wie etwa meine Kolumne, sind eh für jeden Nutzer frei zu-



dernde und wichtige Arbeit mehr Geld. Dies soll aus den Taschen der kommunalen Steuerzahler und der Eltern, die für ihre Kinder Gebühren zum Besuch der Krippen und Kindergärten berappen müssen, in die Taschen der Erzieherinnen und Sozialarbeiter fließen. Das kann man verstehen, wenn auch über das Ausmaß des Transfers geteilter Meinung sein.

Schwieriger wird es bei der Lufthansa, wo Vereinigungen mit Namen wie Cockpit oder Ufo ein in einer schweren Wettbewerbssituation stehendes Unternehmen zwingen wollen, Vorrhestandsmodelle aus goldenen Zeiten weiter zu führen, gegen die das griechische Rentensystem wie ein Ausbund neoliberaler Traumvorstellungen aussieht. Immer nach dem Motto „Für meinen Ruhestand wird's schon noch reichen, die nach mir kommen scheren mich nicht.“ Schöne Solidarität.

Vollends absurd ist aber der Streik bei Bahn und Post. Bei der Bahn streiten sich zwei Gewerkschaften in der Art zweier Rotzöpfe, die beide zeigen wollen, wer der größere Quälgeist auf dem Spielplatz ist. Der bedauernswerte Personalvorstand macht ein Zugeständnis nach dem anderen, es könnte einen legendär hohen Tarifabschluss geben, aber es kehrt keine Ruhe ein, weil die wechselseitigen Eitelkeiten zu bedienen sind. Die Bahnkunden suchen sich derweil Alternativen und die Busbranche boomt. Genauso bei der Post: Da wird nicht nur der Paketdienst bestreikt, der im Zuge des Versandhandels immer wichtiger wird, sondern auch der Briefdienst, zu dem es viele Alternativen gibt. Im Grunde streiken die Leute gegen ihre eigenen Arbeitsplätze. Ist das zu begreifen?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist da pragmatisch. Vielleicht werden im Zuge dieser absurden Streikwelle neben dem Tarifeinheitsgesetz noch andere bisher fehlende Spielregeln für Arbeitskämpfe in Kraft gesetzt, damit volkswirtschaftlicher Schaden vermieden wird. Und noch dürfte wahr sein, was der ehemalige Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt einmal humorvoll bemerkte: „In Deutschland geht mehr Arbeitszeit durch Grußworte verloren als durch Arbeitskämpfe.“

Absurde Streikwelle

gänglich, also auch hier keine Entzugserscheinungen wegen des Poststreiks. Die Post selbst macht ja auch das Beste aus der Situation, indem sie intensiv auf den neuen Service ePost für sicheren Mailaustausch verweist und damit auf die elektronische Alternative zum analogen Brief aus dem eigenen Haus.

Gefühlt toben in Deutschland seit einigen Monaten lauter absurde und äußerst lästige Streiks, die eher an England oder Italien in den 1980er Jahren erinnern als an unser Land der Tarifpartnerschaft und der maßvollen Vernunft bei Arbeitskämpfen. Kluge Köpfe haben dafür natürlich eine Erklärung: Wir haben einen langen Aufschwung mit erheblichem Wohlstandsgewinn hinter uns, da wollen jetzt möglichst viele ein möglichst großes Stück abhaben, bevor es mit dem Wachstum vorbei ist – und sorgen damit dafür, dass sich Wachstum und Wohlstandsgewinn verlangsamen. So weit, so schlecht. Aber immerhin noch legitim, denn Streiks für eine andere Verteilung des Erwirtschafteten gehören selbstverständlich zur Sozialen Marktwirtschaft.

Insoweit ist der derzeit durch die Schlichtung unterbrochene Streik der Erzieher und sozialen Berufe rational nachvollziehbar. Die Beschäftigten möchten für ihre ohne Zweifel herausfor-

the sabriul

Regensburgs Landrat a. D. Schmid feierte 80. Geburtstag

Landrätin Tanja Schweiger lud ehemalige Kreisräte, Bürgermeister und Weggefährten zum Empfang ins Landratsamt ein

Regensburg. (mr) Zum 80. Geburtstag von Landrat a. D. Rupert Schmid gratulierten Landrätin Tanja Schweiger, Bezirkstagspräsident Franz Löffler und eine Reihe von Kreisräten, Bürgermeistern und Weggefährten des Jubilars. Die Landrätin hatte Schmid zum Empfang in den großen Sitzungssaal des Landratsamts eingeladen, um ihm für sein Lebenswerk zu danken und gemeinsam die Zeit seines Wirkens Revue passieren zu lassen.

„Rupert Schmid hat sich als Landrat über 24 Jahre mit Umsicht, Weitblick und Engagement für die Interessen unseres Landkreises eingesetzt und diesen entscheidend geprägt“, betonte Landrätin Tanja Schweiger. Franz Löffler bescheinigte Rupert Schmid eine geschickte Führung des Bezirkstags und ein besonderes soziales und kulturelles Engagement für die Oberpfalz: „Du hast große Spuren hinterlassen.“

Landrat a. D. Rupert Schmid wurde 1935 in Regensburg geboren und war nach Gymnasialzeit, Abitur und Jurastudium Referendar in Berlin, Speyer und Regensburg. Nach seiner Anwaltstätigkeit in Regensburg trat er 1963 in den Staatsdienst ein, zunächst als juristischer Staatsbeamter im Landratsamt Riedenburg, anschließend 1967 im Landratsamt Regensburg. Im Juni 1968 wurde ihm die Aufgabe des Vertreters des Landrats Leonhard Deininger übertragen.

Von 1978 bis 2002 hatte Schmid das Amt des Landrats im Landkreis Regensburg inne. Er legte dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Steigerung des Arbeitsplatzangebots, die Förderung

einer gesunden Umwelt, Bildung, Gesundheit, Sport und solide Finanzen. Aufgrund seiner Initiative wurde der Landkreis Regensburg in vielen Bereichen des Umweltschutzes, besonders bei der Abfallbeseitigung, beispielgebend in ganz Bayern.

Rupert Schmid setzte sich auch für eine verbesserte kommunale Zusammenarbeit ein. Vieles bedurfte seiner intensiven Überzeugungsarbeit, so z.B. die Gründung

des RVV und die Fusion der Sparkassen von Stadt und Landkreis. „Ich bin froh, dass mein Vorvorgänger diese Weichen schon früh zusammen mit der Stadt Regensburg für eine gemeinsame Region gestellt hat und wir nicht mehr in alten Gebietskörperschaften denken. Davon profitieren wir heute enorm“, so Landrätin Schweiger. Während Schmid's Amtszeit hat der Landkreis Regensburg beinahe ein Drittel an Einwohnern hinzugewonnen. Großen Wert legte Schmid darauf, den Kontakt zu den Bürgern nicht abreißen zu lassen. Der Besuch einer Bürgerversammlung war ihm stets wichtiger gewesen als manch repräsentativer Termin. □



Landrätin Tanja Schweiger, Heimeke Schmid-Krey, Landrat a. D. Rupert Schmid und Bezirkstagspräsident Franz Löffler schneiden die Geburtstagstorte an. □

Vorstandswechsel beim Verein Fortschritt e.V. in Niederpöcking

Peter Graf von Quadt zu Wykradt und Isny, Gründer von Fortschritt Starnberg e.V. und gGmbH, schaut auf eine große Erfolgsgeschichte zurück. 20 Jahre Verbreitung der Konduktiven Förderung in Oberbayern sind 20 Jahre Arbeit für die Förderung geistig-körperlich behinderter Menschen unter dem Gedanken der Inklusion. Der Verein Fortschritt zählt rund 400 Mitglieder.

Aus der einstigen Elterninitiative ist mittlerweile ein engagiertes Miteinander zwischen dem Verein Fortschritt und der gleichnamigen gGmbH geworden. Während die gemeinnützige GmbH es sich zur Aufgabe gemacht hat, in ganz Oberbayern rund 35 integrative Einrichtungen wie Krippen, Kindergärten, Horte und heilpädagogische Tagesstätten einzurichten und als Träger zu betreiben, kümmert sich der Verein unter anderem um Spenden für cerebral geschädigte Kinder, deren Eltern sich die Kosten einer konduktiven Förderung nicht leisten können.

Familienratgeber

Ein Schwerpunkt war u. a. im vergangenen Jahr der Weltkongress der Konduktiven Förderung,

der vom 9. bis 12. Oktober unter dem Motto „Rhythm and Balance“ im Schloss Fürstenfeld in Fürstentfeldbruck unter der Schirmherrschaft von Prinzessin Ursula von Bayern und des Rockmusikers Peter Maffay stattfand. Zu den besonderen Aktivitäten gehört auch der Familienratgeber, ein von der Aktion Mensch initiiertes Online-Servicé für Menschen mit Behinderung, der für den Raum Oberbayern an den Verein Fortschritt übertragen wurde.

Diverse Angebote

Mit unterschiedlichen Angeboten richtet sich Fortschritt heute an Eltern, die die bestmögliche Betreuung und Förderung für ihre Kinder suchen. Ein ambulanter

Dienst begleitet als aufsuchende Hilfe betroffene Menschen zu Hause. Am 1. Juli 2015 eröffnet Fortschritt die ambulante betreute Wohngruppe mit konduktivem Förderschwerpunkt in Starnberg.

Individuelle Behandlung

Peter Graf von Quadt hat gemeinsam mit seiner Frau Hanni die ungarische Fördermethode des Arztes András Pető in Deutschland verbreitet - gemeinnützig und mit dem Ziel, Kindern und betroffenen Erwachsenen die „best practice“ für den motorischen und kognitiven Ausbau ihrer Fertigkeiten und Fähigkeiten anbieten zu können. Die Konduktive Förderung arbeitet unter pädagogisch-didaktischer Anleitung als ganzheitlicher Ansatz einer physio-, logo- und ergotherapeutischen Behandlung, individuell am Handicap des Menschen orientiert.

Peter Graf von Quadt hat seinen Vorstandsvorsitz jüngst an Prof. Dr. Stefanie Koehler abgegeben. Er bleibt weiterhin Geschäftsführer der Fortschritt gGmbH sowie dem Verein als Beisitzer erhalten. Prof. Dr. Stefanie Koehler ist Honorarprofessorin für Konduktive Förderung, Lehrbeauftragte der Hochschule Fresenius in München und Markenbotschafterin der Andrés Pető Hochschule für Konduktive Förderung.



Der Vorstand des Vereins Fortschritt Starnberg e.V. (v. l.): Peter Graf von Quadt, Gerald Kubik, Prof. Dr. Stefanie Koehler, Daniel Virag, Regina Welk, Prof. Dr. Friedrich Dittmar.

Verdienstvolles Wirken

Nach ihrer Wahl bedankte sie sich für das große, ihr entgegengebrachte Vertrauen: „Die Konduktive Förderung, das Zusammenleben aller Menschen und eine pluralistische Gesellschaft, die von gegenseitiger Wertschätzung geprägt ist, liegen mir am Herzen. Peter von Quadt hat mit seiner Arbeit die Tür zum Zeitalter der Inklusion geöffnet, lange bevor es dieses Wort gab. Mein Respekt liegt in seinem Verdienst am Menschen und dem bedingungslosen Einsatz um eine menschliche Gesellschaft, in der jeder die eigenen Stärken und Schwächen akzeptiert. In diesem Sinne möchte ich den persönlichen Weg Peter von Quads für Fortschritt weitergehen und gestalten.“

Spielen statt spionieren

Vor kurzem wurde das neue integrative Fortschritt Kinderhaus in Söcking „Kind & Natur“ bei schönstem Wetter feierlich eingeweiht. An der Stelle, wo heute das Kinderhaus steht, stand früher ein Gebäude des Bundesnachrichtendienstes. Nach einem Architektenwettbewerb wurde das alte Haus abgerissen.

Architekt Stephan Maria Lang hat ein wunderschönes Gebäude - in verschiedenen Grüntönen gehalten - in die Natur eingefügt, das sich harmonisch „wie eine Raupe“ der Landschaft anpasst und das Thema „Natur und Kind“ verkörpert. Das Haus beherbergt heute 3 Krippen, 2 Kindergärten- und eine Hortgruppe. Das naturpädagogische Konzept bietet den Kindern Freiraum, sich und die natürliche Umgebung zu entdecken. Dazu gehören Waldausflüge, der Bau von Staudämmen, Schnitzen, das Bestimmen von Blumen und das Sammeln von Beeren. „Ziel ist es, die Jahreszeiten zu erleben und zu erkennen, dass der Mensch die Natur braucht“, erklärt die Leiterin von Kind & Natur, Rita Stoschek.

Bei schönstem Wetter kamen viele Besucher, um die Eröffnung des „Natur und Kind“-Hauses zu feiern. Darunter waren auch zahlreiche offizielle Gäste wie zum Beispiel Landrat Karl Roth, Stadtrat Thomas Beigel und Jugendamtsleiterin Rosemarie Merkl-Griesbach.

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 66 70

23. April 2015

3. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke — von Entwurf zu Umsetzung und mehr.
The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Gewerbekauf

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Masing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Immobilienberatung

OPTIMHOME Immobilien GmbH

Wir bieten an:

In der Metropolregion Nürnberg:
1 - 2 Zi. Mini-Apartments, ideal für Anleger
2 - 4 Zi. Eigentumswohnungen, teilweise mit Gartenanteil, sowie großzügige Penthouses-Wohnungen.

Wir suchen für Vermietung und Verkauf
Wohnungen und Häuser in gutem bis bestem Zustand.

Kostenlos: Aktuelle Verkehrswertermittlung, Photoshooting, Werbung in allen bekannten Internetportalen sowie eine Betreuung bis zum Notartermin.

Immobilien Kaeser, Metropolregion Nürnberg
Tel.: 0911 / 99 288 12, Mobil: 0160-812 81 73
iug.kaeser@optimhome.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Die alternative Energiegenossenschaft

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

25. Juni 2015

8. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Stadt Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de **BayernLabo**

Präsente

www.bayern-laden.de
Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.
Tel.: 08766 - 93 98 66
Email: upenner@t-online.de

Wärme-Contracting

Wärme-Contracting.
Weniger Kosten. Mehr Service.
www.baywa-edl.de

Energie **BayWa**

Heizanlage + Brennstoff + Service = Wärme-Contracting

Herbst 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326/502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG